

Inhalt

Arbeitsprogramm Landesvorstand 2019/20	3
ANTRAGSBEREICH: A- Arbeit	11
Den Wert der Arbeiter*innen gerecht werden.....	11
Unternehmer*innenhaftung in der Paketdienst-Branche	12
Gute Ausbildung für Alle	14
ANTRAGSBEREICH: B- Bildung.....	17
Druck verringern – Benotungssystem abschaffen	17
Auseinandersetzung mit der Inklusion im Lehramtsstudium verpflichten.....	18
Reform der MTA-Gesetze (MTAG, MTA-APrV) und Neuregelung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung....	19
Antisemitismus bekämpfen – auch an Schulen!	21
Gesundes Schul-, Kindergarten- und Kita-Mensaessen und Beteiligung von Schüler*innen bei der Herstellung	23
Ausbau der Ganztagschule fördern	24
Mehr Autorinnen*, weniger Rollenklischees – macht den Deutschunterricht feministischer!	25
Kopfnoten abschaffen - Chancen für alle!	27
Mehr Fortbildungen für Lehrer*innen im digitalen Bereich.....	28
ANTRAGSBEREICH: D - Demokratie und Kampf gegen Rechts.....	28
Anerkennung von Opfern rechter Gewalt.....	29
„Fridays for future“ – Solidarität mit den streikenden Schülerinnen und Schülern.....	30
Resolution: Antifa – ungemütlich und laut	31
ANTRAGSBEREICH: Fem - Feminismus.....	32
Die Hälfte der Macht für die Hälfte der Bevölkerung	32
Nicht nur Worte, sondern auch Taten. Frauen in die Unternehmensspitzen	35
Die Rechte von Inter*Menschen umsetzen und ausbauen!	36
Mehr Unterstützung für Frauen*häuser	38
Ein verpflichtendes Seminar zum Thema Gender-Sensibilisierung in Ausbildungen zu Erzieher*in und Lehrer*in einführen!.....	41
„Some people are asexual, deal with it!“ – Für einen aufgeklärten und diskriminierungsfreien Umgang mit Asexualität.....	42
Unabhängige Untersuchung der Landesbehörden auf die systematische Benachteiligung von Frauen	44
ANTRAGSBEREICH: Fin -Finanzen	45
Bischöfe sind auch nur ArbeitnehmerInnen – Schluss mit Staatlichen Gehältern für Kirchenämter.....	45
ANTRAGSBEREICH: G -Gesundheit & Pflege	46
Initiierung einer Gesetzesänderung des Betäubungsmittelgesetzes (BtMG) bezüglich der Opiat-Gabe durch Notfallsanitäter*innen	46
Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst	48
Pflegt die Pflege!	51
Gesünder leben dank besserer Lebensmittelkennzeichnung	52
Für eine umfassende (Gesundheits-)Politik der sexuellen Selbstbestimmung	53
ANTRAGSBEREICH: I -Inneres.....	55
Schafft sichere Häfen!	55

ANTRAGSBEREICH: Int - Internationales	57
Antisemitismus in den Vereinten Nationen	57
Europäischer Personalausweis.....	60
Europa ist keine Festung – Seenotrettung ist kein Verbrechen	61
Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben!	62
ANTRAGSBEREICH: O - Organisatorisches.....	65
Mehr Inklusion in parteipolitischer Arbeit	65
Mehr Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein bei Werbe-und Konsumartikeln.....	66
#ichbinhier für die SPD – für mehr Solidarität im Internet	67
ANTRAGSBEREICH: S - Soziales.....	69
Wiedereinführung des unter Wulff abgeschafften Pflegewohngeldes	69
Woher nehmen, wenn nicht stehlen? - Für eine aktive Wohnraumpolitik!	70
Wohnraum für Studierende	73
Begrenzung der Maximalkosten für die Nutzung einer Toilette.....	75
Inklusion - unser Plan für Niedersachsen.....	76
Pflege- und Heimkinder von Kosten ihrer Unterbringung befreien.....	79
ANTRAGSBEREICH: U - Umwelt.....	80
Brennstoffzellenautos als Chance für Wirtschaft und Klima	80
Schrittweise Streichung aller umweltschädlichen Subventionen in das Klimaschutzgesetz integrieren	82
Energiespeicherung innovativ denken, LOHC-Forschung intensivieren	83
Silvesterknaller? Nein danke.	85
Wölfe Abschießen? Ohne Uns!	86
Erdgas- und Erdölförderung in Niedersachsen sicherer, umweltverträglicher, transparenter gestalten	87
Nachhaltiger in die Ferne - Verschärfung der CO2-Ausstoß-Abgabe für Airlines bei EU weiten Flügen.....	90
ANTRAGSBEREICH: V - Verkehr	91
Erlösung für unsere Straßen und Feen.....	91
Verkehrswende jetzt!	93

AP	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

Arbeitsprogramm Landesvorstand 2019/20

0 **Präambel**

1 Wir verstehen uns als Vertretung der niedersächsischen Jusos in der öffentlichen Diskussion und der
 2 innerparteilichen Willensbildung auf Landesebene. Wir führen die Beschlüsse der Landeskonzferenz
 3 aus, erledigen die laufenden Geschäfte, koordinieren die politische und organisatorische Arbeit des
 4 Landesverbandes.

5 Darüber hinaus bringen wir die jungsozialistischen Positionen in die landespolitischen Debatten ein.
 6 Darüber hinaus stehen wir den Unterbezirken und Kreisverbänden als Ansprechpartner*innen zur
 7 Seite und unterstützen diese bei ihrer Arbeit. Wir arbeiten partner*innenschaftlich mit Bezirken,
 8 Unterbezirken und Kreisverbänden zusammen und nehmen Anregungen und Kritik von allen Seiten
 9 gerne auf.

10 **Arbeitsweise**

11 Präsenzsitzungen des Landesvorstandes sollen weiterhin monatlich abgehalten werden. Diese finden
 12 verbandsöffentlich und nach Möglichkeit zentral gelegen statt, um für möglichst viele Jusos erreichbar
 13 zu sein. Die Termine können so gelegt werden, dass Sitzungen nach einer gemeinsamen Veranstaltung
 14 erfolgen, sodass keine Anfahrt nötig ist, wenn alle vor Ort sind. Es sollen ebenfalls monatliche
 15 Telefonkonferenzen stattfinden. Der Abstand zwischen den Präsenzsitzungen und den
 16 Telefonkonferenzen soll zwei Wochen betragen, damit ein regelmäßiger Austausch innerhalb des
 17 Landesvorstandes stattfindet.

18 Alle Mitglieder des Landesvorstands sollen an den Sitzungen, Telefonkonferenzen, Klausurtagungen,
 19 eigenen Veranstaltungen und zentralen Parteiveranstaltungen anwesend sein, sofern es ihnen möglich
 20 ist. Nur so können wir uns und die Partei weiter voranbringen!

21 Wir verstehen uns als präsenzter Landesvorstand vor Ort, weshalb wir uns bemühen, dass unsere
 22 Veranstaltungen im gesamten Landesgebiet stattfinden. Weiterhin freuen wir uns, wenn wir von
 23 anderen Gliederungen der Partei Einladungen für Veranstaltungen erhalten. Wir suchen gleichzeitig
 24 das Gespräch mit den einzelnen Parteigliederungen. Der Austausch mit den Unterbezirken und
 25 Kreisverbänden ist uns sehr wichtig. Außerdem lebt die Arbeit im Landesverband von den
 26 Rückmeldungen der Jusos vor Ort. Deshalb wollen wir Maßnahmen entwickeln, mit denen wir unsere
 27 Arbeit evaluieren und bspw. bei der Themensetzung Impulse aus der Basis aufnehmen können. Hierzu
 28 werden wir mehr direkten Kontakt zu den Vorsitzenden der UBs und KVs suchen.

29 **Thematische Schwerpunkte**

30 Inneres

31 Mit dem neuen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz hat die SPD auf Landesebene einen neuen
32 Kurswechsel in der Innenpolitik eingeleitet. Das NPOG schneidet die Freiheits- und Bürger*innenrechte
33 massiv ein. Wir haben den Prozess des Polizeigesetzes im landesweiten #noNPOG-Bündnis kritisch
34 begleitet und stehen auch in Zukunft dem NPOG skeptisch gegenüber.

35 Innenpolitische Themen gehen aber über ein Polizeigesetz hinaus. Der letzte Landesvorstand hat mit
36 dem Themenforum Innenpolitik bereits eine Debatte darüber gestartet, wie linke Innen- und
37 Sicherheitspolitik aus Juso Perspektive aussieht. Dies wollen wir weiterführen und unsere Positionen
38 gerade in der Innenpolitik verstärken und verfestigen. Die derzeit auf Bundesebene im Projekt "Innere
39 Sicherheit" geführte Debatte beobachten wir dabei. Unser Ziel ist es zur Landeskonzferenz 2020 einen
40 umfangreichen Antrag zu erarbeiten.

41 Bildung

42 Wir setzen uns für ein offenes, modernes Schulsystem ein, welches jungen Menschen die Möglichkeit
43 gibt, sich zu entfalten und weltoffen aufzuwachsen. Um sowohl Lehrkräften als auch Schüler*innen
44 Beteiligung in der Schule zu ermöglichen, setzen wir uns für die Demokratisierung von
45 niedersächsischen Schulen ein. Um uns für die aktuellen Belange unserer Schüler*innen in
46 Niedersachsen stark zu machen, wollen wir auch weiterhin die JSAG in Niedersachsen aufrechterhalten
47 und die Arbeit der dort engagierten jungsozialistischen Schüler*innen tatkräftig unterstützen. Dabei
48 wollen wir die Kommunikation zwischen JSAG und Landesvorstand verbessern und intensivieren.
49 Besonders die Digitalisierung an Schulen wurde im Masterplan Digitalisierung des niedersächsischen
50 Wirtschaftsministeriums aufgegriffen. Für uns ist es wichtig, dass Schulen besser medial und technisch
51 ausgestattet werden, aber dies nicht zu Kosten der Schüler*innen. Wir lehnen deshalb vorgeschlagene
52 BYOD (Bring your own device - Tabletklassen) System ab, da dieses Schüler*innen aus
53 einkommensschwächeren Haushalten klar diskriminiert werden und wollen diesbezüglich unsere
54 Forderungen mit Landespolitiker*innen aus den Kultus- und Wirtschaftsaustausch der
55 Landtagsfraktion diskutieren. Aus diesem Grund werden wir ein Konzept erstellen, welches beschreibt,
56 wie wir uns Digitalisierung an allgemeinen und ausbildenden Schulen vorstellen.

57 Die integrierte Gesamtschule gilt für uns als favorisierte Schulform. Hierbei stehen wir auch für eine
58 offene, inhaltliche Differenzierung in Grund- und Erweiterungskursen mit fairen
59 Aufstiegsmöglichkeiten. Deshalb bieten wir den Jusos in Kreisverbänden und Unterbezirken in der
60 kommunalpolitischen Debatte unsere Unterstützung an.

61 Demnach wollen wir auch Themenforen und Workshops zu den Themenbereichen rund um
62 Digitalisierung, Schulsystem und Lehrer*innenausbildung abhalten.

63 Pflege

64 In den letzten Jahren ist immer deutlicher geworden, dass die Arbeitsbedingungen in der Pflege
65 unhaltbar sind. Gleichzeitig zeigt sich, dass gerade im ländlichen Raum ein massiver Mangel an
66 Pflegepersonal besteht.

67 Vor allem mit der Debatte um die neu gegründete niedersächsische Pflegekammer ist klar geworden,
68 dass auch die niedersächsische Landespolitik zur Verbesserung der Situation beitragen kann. Deshalb
69 möchten wir in einem Themenforum Pflege über mögliche Lösungsansätze diskutieren.

70 Mobilität

71 Niedersachsen ist eins der größten Bundesländer und doch sind die Möglichkeiten, das Land mit
72 öffentlichen Verkehrsmitteln zu durchqueren sehr klein und oftmals viel zu teuer. Jugendliche setzen
73 sich für Klimapolitik ein und können in den meisten Fällen nicht einmal ihren alltäglichen Aktivitäten
74 nachgehen, ohne von den Eltern mit dem Auto gefahren zu werden. Dadurch wird nicht nur unsere
75 Umwelt weiter verschmutzt, sondern den Jugendlichen wird auch alle Eigenständigkeit abgeschrieben.
76 Außerdem werden die Elternteile zusätzlich belastet.

77 Unser Ziel ist weiterhin der kostengünstige ÖPNV im gesamten Land Niedersachsen. Einige Kommunen
78 und Städte wie die Region Hannover, gehen mit der JugendNetzCard in die richtige Richtung. Doch das
79 reicht uns nicht. Öffentliche Verkehrsmittel müssen für alle Jugendlichen in Niedersachsen kostenlos
80 werden, um Eigenständigkeit zu fördern und die Umwelt zu schützen. Langfristig ist unser Ziel den
81 ÖPNV für alle kostenlos nutzbar zu machen.

82 Gerade in den ländlichen Regionen muss insbesondere das Schienen- und Liniennetz deutlich
83 ausgebaut werden, da viele Orte heute noch nicht mit öffentlichem Nahverkehr zu erreichen sind.
84 Zudem muss die Frequenz, in der Busse und Bahnen fahren, deutlich erhöht werden. Damit wollen wir
85 nicht nur jungen Menschen mehr Mobilität ermöglichen, sondern auch Pendler*innen die Chance
86 geben, auf dem Weg zur Arbeit auf das Auto verzichten zu können.

87 Im kommenden Jahr werden wir uns in Veranstaltungen und Arbeitsgruppen mit Mobilitätskonzepten
88 beschäftigen. Dabei soll es sowohl darum gehen wie man den ländlichen Raum besser an den ÖPNV
89 anbindet, als auch darum, wie die Verkehrssituation in den Städten nachhaltig verbessert werden
90 kann. Die Ergebnisse dieses Prozesses sollen in einem umfassenden Antrag auf der kommenden
91 Landeskonferenz münden.

92 Arbeit

93 Niedersachsen ist ein vielfältiges Land, welches von landwirtschaftlichen Kleinbetrieben bis zu großen
94 Industriekonzernen diverse Arbeitsfelder abdeckt. Eine Vielzahl bedeutender Arbeitsplätze finden sich
95 in der Automobil- und Stahlbranche sowie in der maritimen Wirtschaft mit Schiffsbau und Offshore-
96 Industrie. Industriearbeit ist ein Kernelement im Bereich "Arbeit". Aufgrund der Digitalisierung und der
97 Wandlung der Arbeitsprozesse müssen wir unsere Vorstellungen von "Guter Arbeit" voranbringen und
98 durchsetzen. Insbesondere in neue entstehenden Wirtschaftsbereichen gilt es gute
99 Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

100 Gemeinsam mit der DGB-Jugend wollen wir auf Basis des im vergangenen Jahr durchgeführten
101 Gewerkschaftskongresses im kommenden Jahr unsere Positionen konkretisieren und für eine gerechte
102 und solidarische Arbeitswelt stark machen.

103 Feminismus

104 Feminismus ist einer der Grundwerte unseres Verbandes und unserer Arbeit. Im Kampf um
105 Gleichberechtigung und Selbstbestimmung ist noch lange kein Ende in Sicht. Veraltete Rollen- und
106 Familienbilder prägen immer noch unser gesellschaftliches Zusammenleben. Rechte Gruppierungen
107 bestärken diese und versuchen ihnen neue Legitimität zuzuschreiben. Dies ermutigt uns umso mehr,
108 uns für die Stärkung von Frauen*rechten einzusetzen und die Gleichberechtigung von Frauen* und
109 Männern* voranzutreiben. Diese Gleichberechtigung beginnt innerhalb des Verbandes. Wir wollen
110 innerhalb unserer Strukturen weiterhin für das Thema sensibilisieren und dem Feminismus eine
111 wichtige Rolle zuschreiben.

112 Wir bekennen uns klar zur Quote als Mittel, Frauen* zu empowern und zu ermutigen. In unserem
113 Verband bilden Cis-Männer den größten Anteil an Redebeiträgen und um Frauen* zu ermutigen, ist
114 für uns eine quotierte Redeliste selbstverständlich. Wir wollen damit die Diversität in den
115 Redebeiträgen erhöhen und Frauen* die Barrieren nehmen, sich an Debatten zu beteiligen. Unsere
116 feministische Einstellung wollen wir auch in die Öffentlichkeit und besonders in die SPD einbringen.
117 Unser Ziel soll es dabei sein, junge Frauen* auf aussichtsreiche Listenplätze, sowohl für die Kommunal-
118 als auch für die Landtagswahlen, zu bringen. Wir wollen sie sowohl bei der Kandidatur und dem Weg
119 auf die Liste, als auch bei der Wahl und der Wahrnehmung ihres Amtes unterstützen. Damit nach 100
120 Jahren Frauen*Wahlrecht auch eine gleichteilige Repräsentation von Frauen* und Männern in
121 Parlamenten Realität wird, werden wir uns an der Ausarbeitung eines Paritätsgesetzes aktiv beteiligen.

122 Gerade im Bereich der Grundlagen-Arbeit wollen wir für feministische Themen sensibilisieren und den
123 Austausch untereinander fördern. Für uns ist klar, dass wir uns rassistischen, diskriminierenden und
124 frauenfeindlichen Aussagen klar und deutlich entgegenstellen, aus diesem Grund wollen wir unsere
125 Mitglieder empowern und sie sensibilisieren. Im kommenden Jahr werden wir eine Frauen*vernetzung
126 organisieren, um die Verbindung unter Frauen zu fördern und den Austausch im geschützten Raum zu
127 gewährleisten, damit unsere Veranstaltungen und Strukturen so gestaltet werden, dass sie auch
128 attraktiver auf Frauen* wirken.

129 Auch wollen wir ein Themenforum anbieten, um allen Mitgliedern unseren Grundwert Feminismus
130 näher zu bringen. Wir haben dabei den Anspruch feministische Debatten anzustoßen und sexistische
131 Vorurteile zu durchbrechen, damit sich Interessierten die Möglichkeit bietet, sich mehr Wissen über
132 Feminismus anzueignen.

133 Weiterhin werden wir auf unseren Veranstaltungen, wie Landesverbandswochenenden und
134 Themenforen, ein mit mindestens einer weiblichen Person besetztes Awareness-Team anbieten, um
135 für Teilnehmende ansprechbar zu sein, wenn sie sich unwohl, oder in ihren persönlichen Grenzen
136 verletzt fühlen. Um das zu gewährleisten, wird sich der Landesvorstand intern zu diesem Thema
137 weiterbilden. Hierfür suchen wir auch den aktiven Austausch mit den Bezirken, um unseren Verband
138 im Bereich Awareness-Arbeit voranzubringen.

139 Umwelt, Bau und Energie

140 Um den Trend des letzten Jahres weiter fortzusetzen, wollen wir unseren Schwerpunkt auf
141 umweltpolitische Themen weiterhin wahren und uns außerdem auch mit bau- und energiepolitischen
142 Themen auseinandersetzen.

143 Uns ist es weiterhin wichtig, dass wir uns inhaltlich zu Klimaschutzthemen, Umweltschutz und dem
144 rapiden Ausbau für erneuerbare Energien, einsetzen. Deshalb werden wir ein Positionspapier
145 erarbeiten, in dem wir unsere Forderungen für das 1. Niedersächsische Klimaschutzgesetz vorstellen.
146 Darüber hinaus suchen wir aktiv das Gespräch mit der Landesregierung und der SPD Landtagsfraktion.
147 Deziert werden wir uns mit dem Thema Wasserstoffmobilität auseinandersetzen.

148 Gerade für uns Jusos ist das Thema bezahlbares Wohnen eine Herzensangelegenheit. Wir wollen in
149 dieser Amtszeit des Landesvorstands unsere Positionen zum Ausbau des studentischen und sozialen
150 Wohnungsbaus für Auszubildende durch Wohnraumgipfel, mit entsprechenden Expert*innen und
151 dem Umweltminister, an den niedersächsischen Hochschulstandorten abhalten.

152 In diesem Jahr wird ein Themenforum zum Thema Landwirtschaft und Umwelt stattfinden. Der Besuch
153 auf einem tier- und landwirtschaftlichen Betrieb wird angestrebt. Dabei beziehen wir die
154 Bezirksvorstände mit ein, da Landwirtschaftspolitik nicht nur ein landespolitisches Thema ist.

155 Um der Bedeutung der Klima Thematik gerecht zu werden, soll im kommenden Jahr Material hierzu
156 erarbeitet werden.

157 Landwirtschaft und Verbraucher*innenschutz

158 Wir setzen uns für nachhaltige Landwirtschaftsformen ein. Gerade das Agrarland Niedersachsen steht
159 häufig für übersäuerte Böden, Monokultivierung, schlechte Grundwasserqualität und
160 umweltschädlicher, industrieller Viehzucht. Wir wollen uns deshalb vermehrt in diesem Jahr mit dem
161 Thema Landwirtschaft auseinandersetzen und ein Konzept ausarbeiten, inwiefern wir die
162 Landwirtschaft 2030 umweltverträglicher, nachhaltiger und sozialverträglicher für Umwelt,
163 Verbraucher*in und Landwirt*in machen können. Hierfür wollen wir unsere Vernetzung mit den
164 Jungbäuerinnen und Jungbauern weiter intensivieren und auch mit entsprechenden Arbeitskreisen der
165 Bezirke kooperieren.

166 Auch der Schutz von Betäubungsmittelkonsument*innen ist für uns Teil des
167 Verbraucher*innenschutzes. Auch wenn der politische Wille zu einer Legalisierung und Regulierung
168 fehlt, ist die Existenz des Konsums nicht abzustreiten. Wir setzen uns in diesem Bereich weiter für die
169 Legalisierung von Cannabis ein und kämpfen gegen Konsumrisiken, die mit der Illegalisierung
170 einhergehen.

171 Sport

172 Wir wollen im kommenden Jahr unsere inhaltliche Arbeit im Bereich Sportpolitik auf Landesebene
173 vertiefen. Zum einen werden wir, unsere Positionen zum E-Sports vertiefen und konkretisieren, um E-
174 Sports auch auf Landesebene voranzutreiben und eine Anerkennung der Sportart zu erreichen. Zum
175 anderen wollen wir uns mit Expert*innen im Bereich der Sportpolitik auseinandersetzen und neue
176 sportpolitische Positionen entwickeln.

177 Finanz- und Steuerpolitik

178 Die Novellierung des Glücksspielstaatsvertrags auf Landesebene und die steigende Zahl an Wettbüros
179 in den Kommunen werden zu einer Erhöhung von Glücksspielmöglichkeiten führen. Hierbei muss
180 geklärt werden, wie mit den neuen Gegebenheiten umgegangen und der Online-Wetthandel gestaltet
181 werden soll.

182 Der Finanzkapitalismus muss überwunden werden. Dabei wollen wir uns als Jusos Niedersachsen den
183 niedersächsischen Leitindex (NISAX) analysieren und zusammen mit der Nord/LB prüfen, ob eine
184 Börsenumsatzsteuer zur Bekämpfung des ungehemmten Finanzkapitalismus als "niedersächsische
185 Finanztraktionssteuer" durchgesetzt werden kann.

186 Durch die Digitalisierung entstehen immer mehr Kryptowährungen (z.B. Bitcoin). Wir müssen uns
187 deshalb die Frage stellen, inwieweit dem noch unregulierten Zahlungsverkehr etwas entgegengesetzt
188 werden kann.

189 **Bildungsarbeit**

190 Jusos fit für die Parlamente

191 Noch immer ist der Altersdurchschnitt in den Kommunal- und Landesparlamenten viel zu hoch. Junge
192 Menschen werden in Niedersachsen kaum repräsentiert und sie stoßen auf viele Barrieren, wenn sie
193 sich kommunalpolitisch engagieren wollen. Das wollen wir ändern.

194 Für die Landtags- und Kommunalwahlen in den Jahren 2021 und 2022 wollen wir Juso-Mitglieder
195 schulen und auf politische Ämter vorbereiten. Dabei wollen wir gerade junge, weibliche Menschen
196 unterstützen zu kandidieren und auf einen aussichtsreichen Listenplatz zu gelangen. Weitergehend
197 wollen wir die Kandidierenden im Wahlkampf unterstützen und auch in ihrem Amt weiterhin
198 begleiten. Dabei arbeiten wir sowohl mit den Juso Bezirken, dem SPD Landesverband und der
199 Landtagsfraktion zusammen.

200 Darüber hinaus wollen wir Jusos, welche bereits kommunale Mandate übernommen haben, bei ihrer
201 Arbeit unterstützen und Vernetzungsangebote schaffen.

202 Landesverbandswochenenden

203 Wir wollen auch weiterhin künftig zwei Landesverbandswochenenden pro Legislaturperiode abhalten.
204 Diese sollen zukünftig schwerpunktmäßig in den zentral und gut angebundenen Orten stattfinden, um
205 möglichst vielen Interessierten eine Teilnahme zu ermöglichen und den organisatorischen Aufwand zu
206 minimieren. Auch sollen diese künftig arbeitnehmer*innenfreundlicher gestaltet werden und nur noch
207 samstags bis sonntags stattfinden.

208 Der Schwerpunkt eines der beiden Verbandswochenenden soll auf der Vermittlung von Hard- und
209 Softskills (z.B. Rhetorik, Social Media und Verbandsarbeit) gelegt werden, um Interessierten vor Ort
210 bestmöglich bei der Arbeit zu unterstützen.

211 Das diesjährige Sommercamp ist hierbei eine besondere Ausnahme und findet vom 18.-21 Juli in
212 Wanhöden (Cuxhaven) auf dem Deichbrand-Festival statt. Dieses wird in Kooperation mit den Jusos
213 Nord-Niedersachsen organisiert. Wir werden im Juso Camp interessante Workshops, Aktivitäten und
214 Konzertbesuche organisieren.

215 Ein weiteres Format neben den Landesverbandswochenenden werden die Themenforen sein, die
216 gleichmäßig in allen Bezirken als Tagesveranstaltung stattfinden werden. Hierbei werden einzelne
217 Themenfelder mit Workshops, Kamingesprächen oder Planspielen den Teilnehmenden nähergebracht.

218 **Öffentlichkeitsarbeit**

219 Social Media

220 Unsere Öffentlichkeitsarbeit werden wir im kommenden Landesvorstand neu gestalten. Diesbezüglich
221 werden wir unsere Formate überarbeiten und neue Schwerpunkte setzen. Wir haben den Anspruch
222 unsere Positionen leicht zugänglich anzubieten und verständlich zu erklären. Diskutiert werden
223 Formate wie Livestreams, Videos und Podcasts.

224 Um unsere Postings besser zu koordinieren und zu planen, werden wir zu Anfang der Legislatur einen
225 Posting-Kalender erarbeiten. Für uns ist wichtig, dass wir eine bessere Struktur und ein besseres Timing
226 in unsere Mitteilungen bekommen. In der Öffentlichkeit wollen wir darauf achten, dass wir nicht nur
227 auf Ereignisse der Landespolitik regieren, sondern auch unsere Beschlusslagen einfordern.

228 Dazu entwickeln wir ein Social-Media-Team, auch mit Hilfe außerhalb des Landesvorstandes, um auch
229 von anderen Ideen und Kompetenzen zu profitieren. Aber auch innerhalb des Landesvorstandes

230 werden wir uns externe Referent*innen einladen, um uns weiterzubilden, damit wir unsere
231 öffentlichen Auftritte zielgruppengerecht bespielen können.

232 Zentraler Bestandteil für uns ist, dass unsere Plattformen häufiger und systematischer bespielt
233 werden, unsere Reichweite verstärkt genutzt wird und unsere Positionen nach außen getragen
234 werden.

235 Presse

236 Trotz Digitalisierung ist die Pressearbeit auch heute noch eine wichtige Komponente für uns, um als
237 landespolitische Akteur*innen wahrgenommen zu werden. Deshalb werden wir auch weiterhin
238 regelmäßig Pressemitteilungen herausgeben und Kontakte zu Journalist*innen aufbauen und pflegen.
239 Es wird geprüft, inwieweit auch eine Mitgliedschaft in der Landespressekonferenz möglich und für uns
240 sinnvoll ist.

241 Kampagnen

242 Das Ziel unserer Arbeit muss sein unsere Inhalte und Positionen, sowohl parteiintern, als auch
243 gegenüber unserer Zielgruppe anzusprechen. Auch außerhalb des Wahlkampfs. Deshalb ist unser Ziel
244 im kommenden Jahr die Jusos Niedersachsen kampagnenfähig zu machen und kurzfristig auf aktuelle
245 landespolitische Entwicklungen zu reagieren und kurze thematische Kampagnen zu bestreiten.

246 **Verbandsarbeit**

247 Wir werden im kommenden Jahr, zusätzlich zu den Landesverbandswochenenden, Unterbezirks- und
248 Kreisverbandsvorsitzendenkonferenzen veranstalten. Dadurch wollen wir uns besser mit den
249 Unterbezirken und Kreisverbänden vernetzen und einen Austausch zwischen diesen ermöglichen. Die
250 Konferenz soll in Zusammenarbeit mit den Juso Bezirken durchgeführt werden. Ziel soll es sein, ein
251 Wochenende mit allen 44 Unterbezirken und Kreisverbänden zu organisieren, die quotiert mit zwei
252 Vertretenden teilnehmen sollen. Dabei achten wir natürlich auch auf gute Erreichbarkeit mit
253 öffentlichen Verkehrsmitteln.

254 Die Vernetzung innerhalb unseres Verbandes soll auch durch ein Online-Tool verbessert werden, das
255 eine landesweite Übersicht von Veranstaltungen ermöglichen soll. Jeder Unterbezirk, Kreisverband,
256 Bezirk und natürlich auch der Landesverband soll die Chance bekommen, Veranstaltungen in einem
257 Kalender eintragen zu können. Somit werden diese Veranstaltungen weiterverbreitet und auch über
258 Unterbezirks-, Kreisverbands- und Bezirksgrenzen hinaus besucht werden.

259 Wir wollen außerdem einen Vorsitzenden-Call einführen. Dabei sollen die Vorsitzenden aller
260 Unterbezirke und Kreisverbände über die Arbeit im Landesvorstand informiert werden. Darüber hinaus
261 gibt es dort die Möglichkeit sich über weitere Themen auszutauschen, um einen direkten Kontakt zu
262 allen Unterbezirken und Kreisvereinen herzustellen und aufrecht zu halten.

263 Damit alle Jusos alle Informationen erhalten, möchten wir verstärkt in der Jusos Niedersachsen
264 Facebook-Gruppe informieren und einen Broadcast eröffnen, in dem alle Interessierte aufgenommen
265 werden. Diese Möglichkeiten werden die bisherigen Infomails nicht ersetzen, sondern ergänzen.

266 **Bündnisarbeit**

267 Wir wollen weiterhin Bündnispartner*innenarbeit betreiben, d. h., dass wir bestehende Bündnisse
268 weiterführen und versuchen, neue Bündnisse aufzubauen. Dabei ist es uns wichtig darauf zu achten,
269 dass unsere Bündnispartner*innen nicht in Konflikt mit dem Selbstverständnis der Jusos stehen. Für

270 eine Zusammenarbeit mit rassistischen, sexistischen, antifeministischen, homophoben oder
271 antisemitischen Organisationen, Gruppierungen und Strukturen stehen wir Jusos nicht zur Verfügung.

272 **Zusammenarbeit mit der SPD und SPD-Landtagsfraktion**

273 Mit unserer Mutterpartei sind wir in kritischer Solidarität verbunden. Wir arbeiten konstruktiv, um die
274 Partei voranzubringen und kritisieren, wenn nötig. Darüber hinaus werden wir weiterhin für eine
275 inhaltliche, personelle und organisatorische Erneuerung der Partei streiten. Diese ist auch zwei Jahre,
276 nach Bundes- und Landtagswahlen, nicht abgeschlossen und muss von allen Beteiligten ernsthaft
277 verfolgt werden. Auf dem letzten Parteitag haben wir dafür erste Punkte durchgesetzt. Wir werden
278 weiterhin dafür arbeiten, dass diese nicht nur auf dem Papier, sondern auch in der alltäglichen
279 Parteiarbeit gelebt werden.

280 Wir werden den regelmäßigen Austausch mit Partei- und Fraktionsführung suchen und uns in
281 innerparteiliche Prozesse und Debatten einmischen.

ANTRAGSBEREICH: **A- Arbeit**

A1	Antragsteller*innen:	UB Uelzen/Lüchow-Dannenberg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Den Wert der Arbeiter*innen gerecht werden**

- 2 1. Zuschläge beim Stundenlohn (z.B. Akkordzuschläge) sollen für die Rente mit angerechnet werden.
- 3 2. Arbeitnehmer*innen welche zum Stundenlohn bzw. Grundlohn Zuschläge erhalten, sollen im
- 4 Krankheitsfall oder anderweitigem Ausfall nicht mehr nur den Stundenlohn/Grundlohn ausbezahlt
- 5 bekommen, sondern zusätzlich dazu den Durchschnitt an verdienten Zuschlägen aus den letzten
- 6 drei Monaten.
- 7 3. Weitere Arbeitsstunden, über einem 8-Stunden-Arbeitstag hinaus, sollen 25% höher als der
- 8 eigentliche Stundenlohn entlohnt werden.

1

2

<h1>A3</h1>	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Unternehmer*innenhaftung in der Paketdienst-Branche**

2 Die Jusos des Landes Niedersachsen beschließen, dass es eine Gesetzgebung braucht, die eine
 3 Unternehmer*innenhaftung bei Verstößen gegen Arbeitsrecht und Mindestlohngesetz vorsieht.
 4 Dadurch liegt die Verantwortung einer gerechten Bezahlung bei den Paketkonzernen, statt bei den
 5 Subunternehmer*innen. Einen ähnlichen Gesetzentwurf hat die Bundesregierung 2017 für die
 6 Fleischindustrie verabschiedet. Dort gibt es eine geltende Unternehmer*innenhaftung, die vorsieht,
 7 dass Schlachtunternehmen für Verfehlungen ihrer Subunternehmer*innen in Regress genommen
 8 werden. Dieses Modell würde in der Paketbranche ebenfalls für eine nachhaltig positive Entwicklung
 9 sorgen. Eine engmaschige Kontrolle auch nach Verabschiedung eines Gesetzes ist allerdings
 10 unerlässlich.

11 **Begründung:**

12 Die Zahl der Sendungen, die in Deutschland von Kurier-, Express und Paketdiensten (kurz KEP) im Jahr
 13 2018 zugestellt wurden beträgt ca. 3,5 Milliarden. Diese Zahl steigt, mit einer Ausnahme, in jedem Jahr
 14 seit der Jahrtausendwende. Prognostiziert wird ein weiterer Anstieg bis 2022 auf 4,3 Milliarden
 15 Sendungen pro Jahr. Die KEP-Branche befindet sich in einem Aufschwung, dessen Ende noch nicht in
 16 Sicht ist. Aus diesem Grund muss eine sozialdemokratische Politik das Ziel haben, faire
 17 Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und Löhne für Paketzuliefer*innen zu sichern.

18 Die großen Paketdienste in Deutschland (DHL, DPD, Hermes, GLS, etc.) nehmen zur Zustellung ihrer
 19 Sendungen allesamt Subunternehmer*innen unter Vertrag. Diese Subunternehmer*innen
 20 koordinieren die Auslieferungen und stellen das Personal, mitunter auch die Zulieferungsfahrzeuge.
 21 Eine Reihe in Deutschland agierender Subunternehmer*innen streben Gewinnmaximierung durch
 22 billige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen an. Betroffen davon sind meistens osteuropäische
 23 Arbeitnehmer*innen, die in Deutschland arbeiten, um ihre Familien in der Heimat zu ernähren. Diese
 24 sprechen meistens kein, oder nur sehr gebrochenes, Deutsch und sind dementsprechend nicht in der
 25 Lage sich den Rechtsstaat vollends zunutze zu machen, um gegen dieses kriminelle System vorzugehen.

26 Bei einigen Subunternehmer*innen sind Arbeitstage von bis zu 14 Stunden für ihre Angestellten die
 27 Norm. Abgerechnet wird dabei ein festes Monatsgehalt, welches allerdings nur 40 Stunden in der
 28 Woche vorsieht. Dieses kriminelle Vorgehen wurde in einem „SZ“-Artikel vom 15. Dezember 2017
 29 treffend an einem Beispiel eines Arbeitstages des rumänischen DPD-Paketfahrers, Iurie Popescu,
 30 veranschaulicht:

31 „Morgens um halb vier geht es los. Popescu lädt Pakete aus, scannt im Depot in eisiger Kälte Pakete
 32 ein, belädt seinen weißen Lieferwagen neu, den DPD seinem Arbeitgeber, einem Subunternehmen,
 33 zur Verfügung gestellt hat. Erst um halb neun beginnt seine Tour, 70 Kilometer lang mit etwa 115
 34 Stopps. Im Durchschnitt liefert er jeden Tag 200 Pakete ab. Gegen 18 Uhr ist sein Arbeitstag zu Ende,
 35 wenn die Retouren und Päckchen von Firmen abgeholt sind. Da Popescu auch samstags arbeitet,

36 kommt er leicht auf 75 Stunden pro Woche. In Wirklichkeit verdient er also nicht den Mindestlohn,
37 sondern etwa fünf Euro [pro Stunde].“

38 Beim Aufwiegen tatsächlich geleisteter Arbeitsstunden und dem ausgezahlten Lohn ergeben sich also
39 häufig Stundenlöhne von weniger als 6,- €. Die meisten Fahrzeuge besitzen kein GPS-Tracking, was es
40 schwierig macht eine externe Nachverfolgung von Lieferwegen und tatsächlichen Arbeitszeiten der
41 Fahrer*innen vorzunehmen. Darüber hinaus ist es üblich Angestellt*innen, die sich über Arbeitszeiten
42 und -bedingungen beschweren mit einer Kündigung zu drohen.

43 Wieso gibt es aus der Arbeitnehmer*innenschaft der Paket-Branche nicht mehr Gegenwehr? Wie
44 bereits angesprochen sind es meistens osteuropäische Arbeiter*innen, die Opfer der Ausbeutung
45 durch Subunternehmer*innen werden. Die Löhne – auch wenn sehr niedrig – übersteigen dennoch
46 das Durchschnittsgehalt von Paketzuliefernden in Ländern wie Rumänien und Bulgarien. Deswegen
47 werden diese Bedingungen häufig in Kauf genommen. Wer allerdings in Deutschland beschäftigt ist,
48 muss zwingend nach geltendem Mindestlohngesetz bezahlt werden.

49 Einige große Paketkonzerne verpflichten ihre Subunternehmer*innen vertraglich zur
50 Schadensübernahme bei Verstößen gegen das Mindestlohngesetz. Damit entziehen diese sich der
51 Verantwortung und der Aufgabe, bei der Paketzustellung für gerechte Arbeitsbedingungen zu sorgen.
52 Bei Verstößen können Bußgelder bis zu 500.000,- € anfallen. Auf Anfrage der ARD zu diesem
53 Sachverhalt äußerte sich die DHL wie folgt: „Werden Tatsachen bekannt, die gesetzeswidrig sind,
54 behalten wir uns die fristlose Kündigung [der Subunternehmer*innen] vor. Ein direkter Eingriff in die
55 Lohnstruktur der Servicepartner[*innen] ist jedoch nicht möglich, da es sich um selbstständige
56 Unternehmen handelt, ...“ Hier wird deutlich, dass die komplette Verantwortung auf die
57 Subunternehmer*innen abgewälzt wird und ein Handeln von Seiten der Paketdienste nur notwendig
58 wird, wenn Missstände bereits aufgedeckt wurden. Diese Umstände sind weit entfernt vom
59 Idealzustand.

60 Darüber hinaus üben diese Strukturen enormen Druck auf Subunternehmer*innen aus, die ihre
61 Angestellten fair behandeln und entlohnen. Durch Einsparnisse im Personalbereich können die Preise
62 für Zustellungen so gedrückt werden, dass dadurch ein eindeutiger Marktvorteil entsteht.

<h1>A10</h1>	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Gute Ausbildung für Alle**

2 Der gemeinsame Gewerkschaftsjugendkongress mit der DGB Jugend hat unsere beiden Verbände
3 zueinander geführt und uns zu dem Ergebnis gebracht, dass wir zusammenarbeiten und dabei die
4 betriebliche Ausbildung stärken wollen.

5 Die Ausbildung im Betrieb und der Berufsschule müssen aufeinander abgestimmt sein. Alles, was
6 Auszubildende theoretisch lernen müssen, sollten sie auch praktisch umsetzen können. Dafür ist eine
7 enge Abstimmung notwendig, was durch die technischen Möglichkeiten von heute auch einfacher als
8 je zuvor ist. Zusätzlich kann es sinnvoll sein, wenn sich kleinere Betriebe zusammentun und
9 gemeinsame Lernorte, bzw. gemeinsame Ausbildungswerkstätten nutzen. Auch das Land
10 Niedersachsen muss hier tätig werden und die Berufsschulen an die Realitäten anpassen und
11 zukunftsfähig gestalten. Zusätzlich sollte das Land eine enge Zusammenarbeit mit den Berufsschulen
12 und den Betrieben anstreben, um in Lernortkooperationen moderne Bedingungen zu schaffen.

13 **Dazu fordern wir:**

- 14 Ausbau Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Berufsschulen, um Theorie und Praxis
15 stärker zu verbinden
- 16 Lernortkooperation zwischen Land, Betrieben und Berufsschulen, um moderne und
17 gemeinsame Lernorte zu schaffen
- 18 Klare moderne Kommunikationswege nutzen
- 19 Verpflichtende Anwesenheit und (pädagogische) Weiterbildung von Ausbilder*innen
- 20 Geltungsbereich BBiG ausweiten – schulische Ausbildung – duales Studium

21 Wer durch eine Ausbildung in das Berufsleben startet, ist finanziell stark belastet. Sowohl die
22 Arbeitswege als auch die Wege zu den Berufsschulen stellen eine hohe finanzielle Belastung dar. Hier
23 kann man mit Azubi-Tickets bei den öffentlichen Verkehrsmitteln erste Abhilfe schaffen. Aber auch die
24 Betriebe sollten sich finanziell beteiligen, wenn es z.B. um Reise- und Übernachtungskosten von
25 Weiterbildungsmaßnahmen handelt. Denn jede Weiterbildung stärkt nicht nur die Beschäftigten,
26 sondern auch vor allem den Betrieb. Dazu gehören auch alle benötigten Ausbildungsmittel und
27 Lehrbücher.

28 **Dazu fordern wir:**

- 29 Kostenlose Ausbildungsmittel (vom Betrieb finanziert)
- 30 Übernahme von Reise- und Übernachtungskosten
- 31 Azubi Tickets

32 **Arbeitszeit**

33 Viel zu häufig werden Auszubildende auch zeitlich ausgenutzt. Natürlich gibt es von beiden Seiten ein
34 Interesse daran an praktischer, auch wertschöpfender Arbeit, zu üben und dadurch zu lernen.
35 Auszubildende dürfen aber nicht als günstige Arbeitskräfte benutzt werden. Sowohl die gesetzlichen,
36 als auch tariflichen Arbeitszeitbedingungen sind strikt einzuhalten. Ausreichend Zeit zur körperlichen
37 Regeneration ist wichtig, um die Lernzeiten und Lernziele einhalten zu können. Daher ist auch eine
38 Anerkennung der Berufsschulzeit als Arbeitszeit zwingend erforderlich, genauso wie die strikte
39 Trennung von Arbeits- und Lerntagen.

40 Auszubildende müssen besonders geschützt werden vor allen Einflüssen, die ihre Lernfähigkeit negativ
41 beeinflussen könnten. Schichtarbeit gehört genauso verboten, wie eine Erreichbarkeit außerhalb der
42 Arbeitszeiten. Die 30 Stunden Woche ist zum Erlernen praktischer Arbeiten ausreichend und bietet
43 den zeitlichen Raum, um theoretische Inhalte zu Erlernen.

44 Auch für junge Menschen gibt es immer wieder mal persönliche Situationen, die eine Flexibilität der
45 Arbeitszeiten oder Home-Office nötig machen, um die Ausbildung weiterführen zu können. Hierfür
46 braucht es einen strengen Rahmen, der das Ausnutzen junger Menschen verhindert.

47 **Dazu fordern wir:**

- 48 ▪ Anerkennung der Berufsschulzeit als Arbeitszeit
- 49 ▪ Keine Rückkehrpflicht nach der Berufsschule
- 50 ▪ Keine Schichtarbeit
- 51 ▪ Festhalten an täglichen maximal Arbeitszeiten
- 52 ▪ Flexibilität und Home-Office ermöglichen, mit strengen Rahmen
- 53 ▪ Nicht Erreichbarkeit außerhalb der Arbeitszeiten
- 54 ▪ 30 Stunden Woche

55 **Vergütung**

56 Auszubildende starten nicht nur in das Berufsleben, sondern häufig auch direkt in ihr eigenes und
57 unabhängiges Leben. Dafür ist eine auskömmliche Vergütung dringend erforderlich. Dazu ist nicht nur
58 eine gesetzliche Mindestausbildungsvergütung wichtig, sondern auch eine stärkere Tarifbindung.

59 **Dazu fordern wir:**

- 60 ▪ Tarifbindung stärken
- 61 ▪ Mindestausbildungsvergütung auskömmlich (660€, bzw. 80% der tarifl. Ausbildungsvergütung)
62 mit zusätzlicher kommunaler Anpassung
- 63 ▪ Abschluss & Qualifikation

64 Niedersachsen sollte Vorreiter sein, wenn es darum geht neue Ausbildungsberufe zu erkennen und
65 auszubilden. Die Digitalisierung wird hier vieles in Bewegung setzen, dafür sollten wir gewappnet sein.

66 Unter dem zunehmenden Drang der Akademisierung darf die duale Berufsausbildung nicht leiden. Der
67 Mangel an Fachkräften ist massiv und das duale Berufsbildungssystem eines der besten. Das muss sich
68 sowohl in der gesellschaftlichen als auch finanziellen Anerkennung widerspiegeln. Darüber hinaus
69 möchten wir, dass die Anerkennung deutscher Abschlüsse international vereinfacht wird.

70 Auch der Hochschulzugang muss nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung erleichtert werden.

71 **Dazu fordern wir:**

- 72 ▪ Neue Ausbildungsberufe erkennen und ausbilden

- 73 ▪ Einführung der Abschlüsse Bachelor und Master Professional
- 74 ▪ Hochschulzugang erleichtern

75 **Prüfungswesen**

76 Die praktische Ausbildung im Betrieb darf nicht nur nach Zufall und Aufträgen passieren, sondern muss
77 sich für alle im Betrieb gleichwertig gestalten. Dazu ist ein betrieblicher Ausbildungsplan dringend
78 notwendig.

79 Nicht jeder Betrieb ist ausgestattet wie jeder andere, der eigene Betrieb und die eigenen Werkzeuge
80 und Anlagen sind diejenigen, mit denen man am besten vertraut ist, daher ist eine praktische Prüfung
81 im eigenen Betrieb die fairste Gestaltung.

82 Wer eine so wichtige Abschlussprüfung vor sich hat, muss besonders geschützt werden. Zumindest der
83 Tag vor anstehenden Prüfungen sollte generell frei sein, um sich vorzubereiten oder zumindest vom
84 beruflichen Alltag zu erholen, um konzentriert in die Prüfungen gehen zu können.

85 **Dazu fordern wir:**

- 86 ▪ Betrieblicher Ausbildungsplan
- 87 ▪ Praktische Prüfung im Betrieb
- 88 ▪ Bezahlte Freistellung 1 Tag vor jeder Prüfung

89 **Übernahme**

90 Wer eine Ausbildung beginnt, wählt seinen Ausbildungsbetrieb sehr gezielt aus und hat gewisse
91 Erwartungen was die Zukunft angeht. Wer ausbildet geht damit ein Vertrauensverhältnis ein und muss
92 seinen Azubis eine Zukunft im Betrieb auch ermöglichen. Sollte eine Übernahme nicht möglich sein, so
93 braucht es eine Ankündigungsfrist, um die Suche auf eine Folgeanstellung frühzeitig zu ermöglichen.
94 Die Ausbildungszeit reicht unserer Meinung nach völlig aus, um festzustellen, ob man miteinander
95 arbeiten kann und möchte, nach einer Übernahme ist daher keine Probezeit mehr notwendig.

96 **Dazu fordern wir:**

- 97 ▪ Ankündigungsfrist bei Nicht-Übernahme (3 Monate)
- 98 ▪ Übernahmegarantie ohne Probezeit

99

ANTRAGSBEREICH: **B- Bildung**

100

B1	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Druck verringern – Benotungssystem abschaffen**

2 In allen Schulformen soll das Benotungssystem abgeschafft werden und durch ausführliche
3 Lernentwicklungsberichte und dialogorientierte Leistungsrückmeldungen ersetzt werden, die bereits
4 jetzt in Integrierten Gesamtschulen angewandt werden. Damit Schüler*innen die Möglichkeit erhalten
5 potentielle Kompetenzrückstände aufzuholen, müssen wir Angebote zur Förderung in den
6 darauffolgenden Schuljahren schaffen. Schüler*innen müssen die für ihre individuelle Entwicklung
7 bestmögliche Förderung erhalten.

8 Um den damit verbundenen Arbeitsaufwand der unterrichtenden Lehrkräfte zu kompensieren und
9 eine gute Qualität dieser Lernentwicklungsberichte und Rückmeldungen zu gewährleisten, fordern wir
10 damit verbunden eine Senkung der wöchentlichen Unterrichtsstunden für alle Lehrer*innen –
11 schulformunabhängig. Der Wegfall der Unterrichtsstunden soll durch Neuanstellungen und eine
12 höhere Zahl an Lehramtsstudienplätzen kompensiert werden.

13 **Begründung:**

14 Unser Bildungssystem ist ausschließlich auf Leistung aufgebaut. Immer mehr Schüler*innen müssen
15 zusätzliche Nachhilfe in Anspruch nehmen, um den eigenen Erwartungen und denen des Elternhauses
16 gerecht zu werden. Das Benotungssystem ist überholt und bedarf einer grundsätzlichen
17 Überarbeitung. Durch das Benotungssystem in Verbindung mit dem Wissen bei schlechten Zensuren
18 nicht versetzt zu werden, wird ein enormer Druck auf die Schüler*innen erzeugt. Nicht selten wird
19 dieser Druck durch das Elternhaus zusätzlich verstärkt. Durch diesen Druck sind Schüler*innen
20 gehemmt und lernen aus Zwang. Immer mehr wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Benotung von
21 Schulleistungen einen negativen Einfluss auf die Schüler*innen haben. Zudem zeigen Studien, dass die
22 Noten viel zu häufig von den Lehrpersonen abhängig sind. Ein Blick in die nordische Staaten wie
23 Finnland, die die PISA-Studien in den letzten Jahren anführten, zeigt, wie Schule ohne Benotung und
24 Druck funktionieren kann. Dort werden die Schüler*innen später eingeschult, haben weniger
25 Unterrichtszeit, weniger Hausaufgaben und legen erst mit 16 Jahren die ersten verbindlichen Tests ab.

26

27

B2	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Land
	Weiterleitung:	SPD-Bundestagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Auseinandersetzung mit der Inklusion im Lehramtsstudium**
2 **verpflichten**

3 In allen Lehramtsstudiengängen soll das Thema der inklusiven Schule und den damit verbundenen
4 inklusiv geführtem Unterricht implementiert werden. Hierbei muss die Implementierung auch
5 innerhalb der Studienfächer und ihren Fachdidaktiken erfolgen und darf sich nicht nur auf die
6 klassischen Disziplinen im Kerncurriculum der Lehrerbildung beschränken.

7 **Begründung:**

8 Inklusion wird in Deutschland zur Normalität. Die Einführung der Inklusion bedeutet jedoch auch einen
9 grundlegenden Wechsel für das deutsche Schulsystem. Dieser Wechsel kann nur mit Lehrer*innen
10 gelingen, die in diesem Bereich geschult sind. Kinder benötigen ein Lernumfeld, in dem sie genau die
11 Unterstützung erhalten, die für ihre Entwicklung benötigt wird. Bis heute ist in den Studiencurricula
12 keine verpflichtende Auseinandersetzung mit diesem Thema vorgeschrieben. Viele Universitäten
13 bieten den angehenden Lehrer*innen kaum Fortbildungsmöglichkeiten. Auch wenn kaum
14 wissenschaftlich fundierte Wirksamkeitsstudien zum dem Thema existieren, bedarf es zunächst einer
15 Übergangsphase, in der den angehenden Pädagogen Möglichkeiten geboten werden, sich mit der
16 Thematik vertraut zu machen. Der Inklusionsbegriff muss in allen Studiencurricula aller Lehramtstypen
17 verankert werden.

1

B3	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

2

1 **Reform der MTA-Gesetze (MTAG, MTA-APrV) und Neuregelung der**
 2 **Ausbildungs- und Prüfungsverordnung**

3 Wir fordern, dass das Bundesgesundheitsministerium in Zusammenarbeit mit dem Dachverband für
 4 Technologen*innen und Analytiker*innen in der Medizin Deutschland e.V. (DVTA) eine Kommission
 5 zur Reform der MTA-Gesetze von 02.08.1993 einberuft.

6 Die Reform sollte insbesondere umfassen:

- 7 ▪ klare Festlegung der Ausbildungsziele
- 8 ▪ kompetenzorientierte und aktuelle Ausbildungsinhalte
- 9 ▪ bessere horizontale Durchlässigkeit der MTA-Berufe untereinander
- 10 ▪ bessere vertikale Durchlässigkeit durch die Möglichkeit einer grundständigen
 11 Hochschulausbildung entsprechend der Empfehlungen des Wissenschaftsrates (max. 10-20%)
 12 neben der fachschulischen Ausbildung
- 13 ▪ Vorgaben (z.B. Qualitätsstandards) für die Lehrer*innenausbildung - bessere Vereinbarkeit von
 14 Beruf und Familie durch die Regelung einer Teilzeitausbildung
- 15 ▪ Schaffung von Möglichkeiten für Quereinsteiger*innen durch Zulassung von Fernunterricht
 16 (z.B. Modell Homburg-Saar)
- 17 ▪ Einführung einer Ausbildungsvergütung und Abschaffung des Schulgeldes

18 **Begründung:**

19 Ohne MTA keine Diagnostik - ohne Diagnostik keine Therapie!

20 Patienten haben einen Anspruch auf eine effiziente und effektive Gesundheitsversorgung. Rund
 21 98.000 Medizinisch-technischen Assistenten (kurz MTA), der vier Fachrichtungen
 22 Laboratoriumsmedizin, Radiologie, Funktionsdiagnostik und Veterinärmedizin, leisten einen
 23 wesentlichen Beitrag zur Gesundheitsversorgung, da sie die ärztliche Diagnostik und Therapie durch
 24 Analysen (z.B. aus Blut), Erstellung von Schichtaufnahmen (CT, MRT etc.), Durchführung von
 25 Funktionstests, Lebensmittelanalysen etc., ermöglichen. Damit dies auch zukünftig gewährleistet
 26 bleibt, muss der Nachwuchs in den MTA-Berufen gesichert werden. Dies bedingt: Reform der MTA-
 27 Gesetze (MTAG, MTA-APrV) Der Beruf der*des MTA hat in den letzten Jahrzehnten auf mehreren
 28 Ebenen einen fundamentalen Wandel erfahren:

- 29 ▪ Der technische Fortschritt hat eine Vielzahl neuer Verfahren hervorgebracht, die sehr viel
 30 differenzierte Analyseschritte und -erkenntnisse zulassen.
- 31 ▪ Biologisch ist mit den neuen genanalytischen Verfahren ein komplett neues
 32 biotechnologisches Analysespektrum entstanden.

- 33 ▪ Die medizinischen Möglichkeiten haben sich ebenfalls stark weiterentwickelt, so dass auch von
34 dieser Seite differenzierter Analysebedarf nachgefragt wird.
35 ▪ Zugleich ergibt sich aus dem Ärztemangel ein wachsender Bedarf an arztentlastenden
36 Tätigkeiten
37 ▪ auch im medizinisch-technischen Bereich.
38 ▪ Die Folge all dieser Entwicklungen ist eine wachsende Nachfrage akademisch ausgebildeter
39 gesundheitsberuflicher Fachkräfte auch im Bereich der medizinischtechnischen Analytik und
40 Vorbefundung.

41 Hierzu steht jedoch in krassen Widerspruch, dass die Gesetzgebung im Bereich der medizinisch-
42 technischen Gesundheitsfachberufe seit Mitte der 90er Jahre diesem grundsätzlich geänderten Bedarf
43 nicht angepasst wurde. In der Folge macht sich bei den medizinisch- technischen Fachberufen ein
44 drohender Nachwuchsmangel deutlich

45 bemerkbar. Darüber hinaus wird das „akademische Vakuum“ durch Rückgriff auf Absolventen
46 akademischer Randbereiche zu kompensieren versucht (Biologen und Biotechnologen beispielsweise).
47 Diese verfügen jedoch weder über eine heilberufliche Grundqualifikation, noch unterliegen sie ethisch,
48 methodisch oder haftungsrechtlich heilberuflichen Voraussetzungen. Auch die Anwerbung
49 akademisch grundgebildeter MTA aus dem Ausland (vor allem Österreich) ist zu beobachten, um den
50 wachsenden Bedarf höher qualifizierter Arbeitskräfte, den das bundesdeutsche System nicht liefern
51 kann, zu kompensieren. Aus dieser Situation ergibt sich, dass das Ausbildungssystem und die
52 strukturelle Abbildung der medizinisch-technischen Assistenten im deutschen Gesundheitssystem
53 dringend einer Reformierung und einer politischen Neujustierung bedürfen. (Es ist übrigens schwer
54 denkbar, dass eine solche Anpassung in einem reinen Männerberuf auch nur annähernd so schleppend
55 von statten gegangen wäre.)

56 Darüber hinaus ist eine Aufwertung der MTA-Berufe unerlässlich! Ökonomisierungsbestrebungen in
57 Gesundheitseinrichtungen führen dazu, dass minder qualifiziertes Personal, anstelle der MTA, zum
58 Einsatz kommt, da es billiger ist. Dies kann nicht der Fokus sein. Fokus müssen das Patientenwohl und
59 die Qualität der Gesundheitsversorgung bleiben. Die Jusos erwarten, dass MTA entsprechend ihrer
60 Ausbildung und Kompetenzen eingesetzt werden. „Personal mit einer erfolgreich abgeschlossenen
61 medizinischen Ausbildung“ darf nur zum Einsatz kommen, wenn es selbst über die entsprechenden
62 Kompetenzen verfügt. Die Ökonomisierung hat auch zur Folge, dass es zu wenig Personal, zu lange
63 Arbeitszeiten, eine schlechte Organisation, überfüllte Notfallambulanzen und zu viel Bürokratie gibt.
64 Die Jusos erwarten bundesgesetzliche Personaluntergrenzen auch für die MTA-Berufe.

65 Der MTA-Beruf wird von der Politik nicht adäquat wahrgenommen. In öffentlichen Stellung-
66 nahmen wird zumeist nur von Ärzten und Pflege gesprochen. Die Jusos erwarten, dass die Politik auch die
67 anderen Gesundheitsberufe, wie z.B. die MTA, in öffentlichen Stellung- nahmen benennt und eine der
68 Pflege vergleichbare Öffentlichkeitsarbeit durchführt, da auch sie ein bedeutender Teil des
69 Gesundheitswesens sind.[1]

70 *Anmerkungen:*

71 [1] <https://dvta.de/sites/default/files/>

72 [Hinweise%20und%20Forderungen%20zur%20DVTA%20Bundestagswahl%202017_0.pdf](https://dvta.de/sites/default/files/Hinweise%20und%20Forderungen%20zur%20DVTA%20Bundestagswahl%202017_0.pdf)

73

74

<h1>B4</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Antisemitismus bekämpfen – auch an Schulen!**

2 In den letzten Jahren war Antisemitismus an Schulen immer wieder ein Thema. Dieser zeigt sich in
3 Beleidigungen, Mobbing und körperlichen Angriffen. Täter*innen sind dabei in den
4 bekanntgewordenen Fällen meist Schüler*innen, aber auch Lehrer*innen. Die Häufigkeit der Angriffe
5 zeigt deutlich, dass Präventionsarbeit gegen Antisemitismus an Schulen gegenwärtig nicht ernst genug
6 genommen wird.

7 Antisemitismus gibt es in jeder Bevölkerungsgruppe. Demnach ist es nur leider nur logisch, dass
8 Antisemitismus vor unseren Schulen keinen Halt macht. Weil wir es wichtig finden, dass Schüler*innen
9 sich eine differenzierte politische Meinung bilden, gehört es für uns auch dazu, dass sie auf
10 antisemitische Aussagen oder Andeutungen angesprochen werden. Das ist nur möglich, wenn die
11 Schule ein Umfeld ist, in dem Antidiskriminierung ernst genommen wird und es Personen gibt, die für
12 solche Auseinandersetzungen geschult sind.

13 Weiterbildungen für Lehrer*innen

14 Deshalb fordern wir ein umfassendes Fortbildungsprogramm für Lehrer*innen und andere
15 Schulmitarbeitende, das sie sowohl darin schult, was Antisemitismus ist und wie sie ihn erkennen
16 können, als auch Hilfen für die Konfrontation antisemitischer Haltungen bei Schüler*innen anbietet.
17 Darüber hinaus müssen das Thema Antisemitismus, wie auch andere Diskriminierungsformen, mehr
18 Aufmerksamkeit im Lehramtsstudium bekommen. Es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, dass sich
19 Lehrer*innen mit Diskriminierungsformen auskennen und so betroffene Schüler*innen unterstützen
20 können. Gerade die oft subtilen Ausformungen von Antisemitismus müssen schon früh bei
21 Schüler*innen erkannt werden, damit antisemitische Übergriffe an Schulen verhindert werden können
22 und sich jüdische Schüler*innen nicht bedroht fühlen. Leider ist auch Antisemitismus unter
23 Lehrer*innen ein großes Problem. Deswegen müssen sich besonders die Schulleitungen mit dem
24 Thema auseinandersetzen. Schüler*innen, die sich über antisemitische Äußerungen im Unterricht
25 beschwerten, brauchen eine klare Anlaufstelle mit geschulten Zuständigen, die die Beschwerde der
26 Schüler*innen ernst nehmen, statt sie herunterzuspielen oder die Lehrer*innen zu decken bzw. mit
27 den Problemen alleine lassen.

28 Aufklärungsarbeit ins Hier und Jetzt holen

29 Aufklärung über Antisemitismus scheitert oft daran, dass sich Schüler*innen nicht angesprochen
30 fühlen. Antisemitismus wird dann nur mit Verweis auf den Nationalsozialismus diskutiert. Die
31 Aufklärungsarbeit an Schulen sollte aber genauso strukturellen Antisemitismus, Israelkritik und
32 aktuelle Verschwörungstheorien thematisieren. Nur so können die Schüler*innen Antisemitismus in
33 ihrem Alltag erkennen und sich gegen Antisemitismus positionieren. Hierfür gibt es Materialien und
34 Programme. Wir fordern, dass die Landesregierung jeder Schule solche Angebote zu Verfügung stellt.

35 Für professionelle Gedenkarbeit

36 Außerdem soll jede*r Schüler*in im Rahmen eines professionellen Programms die Möglichkeit haben,
37 eine Gedenkstätte zur Shoah zu besuchen und dafür auch eine angeleitete Vor- und Nachbereitung zu
38 bekommen. Die Kosten dieses Gedenkstättenbesuches sind in vollem Umfang von Bund und Land zu
39 leisten. Um eine umfassende Gedenkarbeit zu leisten, die zweifelsohne wichtiger Bestandteil des
40 politischen Verständnisses ist, sind jegliche finanzielle Hürden abzubauen. Diese Programme sollen
41 nicht verpflichtend sein, aber Lehrer*innen sollen angeregt werden, mit ihren Klassen über die
42 Möglichkeit zu sprechen und sich dabei Hilfe von den pädagogischen Mitarbeiter*innen der
43 Gedenkstätten zu holen.

44 Eine*n eigenständige*n Antisemitismusbeauftragte*n im Kultusministerium

45 Wir fordern, dass das Kultusministerium eine*n Antisemitismusbeauftragte*n anstellt. Das Thema
46 Antidiskriminierung an Schulen ist vielfältig und wichtig, darum fordern wir die Einstellung einer*eines
47 gesonderten Antisemitismusbeauftragten.

B5	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Gesundes Schul-, Kindergarten- und Kita-Mensaessen und**
2 **Beteiligung von Schüler*innen bei der Herstellung**

3 Wir fordern, dass das Mittagessen an Schul-, Kindergarten- und Kita-Mensen des Bundeslandes
4 Niedersachsen nur bedingt vorproduziert wird. Das Angebot sollte möglichst frisch, vielfältig und
5 nachhaltig sein. Wünschenswert wäre ein weiterer Ausbau der vegetarischen und veganen

6 Essensalternativen sowie ein Rückgang von verwendeten tierischen Erzeugnissen bei der
7 Essenszubereitung. An Schulen in Niedersachsen wünschen wir uns Initiativen, bei denen die
8 Schüler*innen selbst in die Essenszubereitung miteingebunden werden. Zudem sollte eine frische
9 Salattheke zur Verfügung stehen und täglich ein Obst umsonst für Schüler*innen sein.

10 **Begründung:**

11 Wer isst schon gerne zerkochtes Blumenkohlgemüse oder den wöchentlich gleichen
12 „Schweinenackenbraten mit Zwiebelsoße“?

13 In den Mensas der Kitas, Kindergärten und Schulen des Landkreises wird Ernährung von klein auf
14 gelernt und praktiziert. Hier ist gesundes, reichhaltiges und vielseitiges Essen unseres Erachtens von
15 besonderer Bedeutung.

16 Inzwischen kann man davon ausgehen, dass man in allen Einrichtungen täglich vegetarische
17 Gerichtsalternativen vorfindet, was wir sehr unterstützen. Wir fordern, dass dies weiter so bleibt und
18 dass das Fleisch der Fleischgerichte keinesfalls von Massenbetrieben und bestenfalls von lokalen
19 Hersteller*innen stammt. Eine vegane Essensalternative zumindest an einigen Tagen der Woche wäre
20 sehr wünschenswert. Wir fordern für Schulen, Kindergärten und Kitas, dass das Essen frisch zur
21 Mittagszeit produziert wird. Falls die jeweilige Mensa das Essen von einem Zulieferer bezieht, sollte es
22 sehr zeitnah gekocht und zubereitet worden sein.

23 Noch schöner fänden wir dagegen die Idee, das Essen direkt an den Schulen oder Kindergärten zu
24 kochen und die Kinder bzw. die Schüler*innen mit in die Zubereitung einzubeziehen. Dies gelingt nur,
25 falls die nötigen Räumlichkeiten zur Verfügung stehen und die Mitarbeit der Kinder bzw. der
26 Schüler*innen von den Erzieher*innen und Lehrer*innen dezidiert gefördert und unterstützt wird.
27 Man könnte sich eine Essens-AG vorstellen, an der an jedem Wochentag andere Kinder bzw.
28 Schüler*innen teilnehmen. Sie würden dadurch den Spaß am Kochen lernen und in das
29 Ganztagsangebot ihrer Schule oder ihres Kindergartens eng miteinbezogen werden. Gleichzeitig würde
30 die Essenszubereitung auf diese Weise für die Schulen und Kindergärten kostengünstiger werden,
31 wodurch alle Beteiligten profitieren würden.

1

B7	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Ausbau der Ganztagschule fördern**

2 Die SPD-Landtagsfraktion soll zum qualitativen Ausbau der Ganztagschulen sowie zur Ein-
 3 richtung neuer Ganztagschulen weitere finanzielle Mittel beantragen, welche hauptsächlich zum Ausgleich
 4 sozialer Benachteiligungen genutzt werden. Ziel der Erhöhung ist es, dass alle Ganztagsangebote
 5 komplett kostenlos sind.

6 **Begründung:**

7 Der Schulerfolg ist in Niedersachsen immer noch viel zu sehr vom Geldbeutel und dem sozialen
 8 Hintergrund der Eltern abhängig. Zudem leidet zunehmend der soziale Zusammenhalt, da viele
 9 schulische Angebote von Schüler*innen aufgrund monetärer Zwänge nicht wahrgenommen werden
 10 können. Hierzu zählen beispielsweise Sportangebote und freiwillige Fahrten. Stark betroffen sind
 11 hiervon solche Schüler*innen, welche nicht von Sozialleistungen (Hartz IV) abhängig sind, die
 12 finanzielle Lage der Eltern jedoch trotzdem schwierig ist. Beide Problemfelder können durch einen gut
 13 ausgebauten Ganztagsbereich an Regelschulen nachweislich sinnvoll bekämpft werden. Diesen
 14 Umstand zu verändern muss ein zentrales Ziel sozialistischer Bildungspolitik sein.

15 Um dies zu erreichen, ist es notwendig kostenlose Angebote an Schulen zu etablieren, welche
 16 tatsächlich allen Schüler*innen offenstehen. Hierzu müssen die Budgets der Ganztags-
 17 schule ausgeweitet und von der finanziellen Lage der Schulträger unabhängiger gemacht werden.

B9	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Mehr Autorinnen*, weniger Rollenklischees – macht den**
2 **Deutschunterricht feministischer!**

3 Die Schule ist nicht nur ein Ort der Wissensvermittlung, sondern soll vor allem auch Werte vermitteln
4 und Schüler*innen zu mündigen, sich verantwortlich in die Gesellschaft einbringenden
5 Persönlichkeiten machen. Dazu gehört, das Bewusstsein für die gesellschaftliche Ungleichheit von
6 Frauen und Männern zu wecken und die Reproduktion von Rollenbildern und Stereotypen aktiv zu
7 bekämpfen. Das darf im Deutschunterricht nicht vergessen werden.

8 Kein Deutsch-Abi ohne kritische Reflexion der patriarchalen Strukturen

9 In der Qualifikationsphase (Klasse 11+12 des Gymnasiums) gibt es in Niedersachsen für den
10 Deutschunterricht sieben Rahmenthemen, die jeweils aus einem Pflicht- und acht Wahlpflichtmodulen
11 bestehen. In keinem der Pflichtmodule ist die kritische Auseinandersetzung mit Frauenbildern oder
12 patriarchalen Strukturen verankert. Bei den Wahlpflichtmodulen sieht es nicht viel besser aus. Nur drei
13 von 56 behandeln konkret Themen wie eine kritische Reflexion der Frauenrolle in den zu lesenden
14 Werken. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Module nicht behandelt werden müssen, sondern frei
15 wählbar (oder eben nichtwählbar) sind. Dabei wäre ein kritischer Umgang mit den Frauenrollen der
16 vorgeschriebenen Literatur dringend nötig. Von Goethes „Faust“ über Kafkas „Verwandlung“ bis zu
17 Büchners „Woyzeck“ - überall herrschen patriarchale Strukturen, Frauen werden vergewaltigt,
18 ermordet und existieren nur in den Rollen der Geliebten, Mutter, Schwester oder Dienerin.

19 Wir fordern die Erweiterung jedes Pflichtmoduls um mindestens ein, die patriarchalen Strukturen und
20 Frauenrollen reflektierendes Pflichtthema, wie z.B. „Patriarchalische Familienstrukturen in Dramen“,
21 „Ich-Suche und Emanzipation von gesellschaftlichen Rollenerwartungen“ und „Emanzipation und
22 Geschlechterrollen in Literatur“ die zurzeit schon als Wahlthemen existieren. So soll gewährleistet
23 werden, dass Schüler*innen lernen, die in der Literatur (und anderswo) reproduzierten Rollenbilder,
24 zu hinterfragen und zu kritisieren.

25 Frauenquote für Schullektüren

26 Doch nicht nur in der Qualifikationsphase gibt es Nachholbedarf. Schaut man sich die
27 Literaturempfehlungen für die Klassen 5 bis 10 der IGS an, so stellt man fest, dass der Anteil an Autoren
28 75% beträgt. Nur ein Viertel der empfohlenen Bücher wurde also von Frauen* verfasst. So festigen
29 sich die gesellschaftlichen Rollenbilder, welche wir eigentlich zerbrechen wollen und vielen jungen
30 Frauen fehlen die tatsächlichen Vorbilder, welche ihnen zeigen, dass sie ihre Ziele erreichen können.

31 Wir fordern, dass mindestens die Hälfte der empfohlenen Literatur von Frauen* geschrieben sein muss
32 und das Lehrer*innen dazu angehalten werden, mit ihren Klassen genauso viel Literatur von Frauen*
33 wie von Männern zu lesen.

34 Das Patriarchat muss überall bekämpft werden, lasst uns nicht im Deutschunterricht damit aufhören!
35

<h1>B10</h1>	Antragsteller*innen:	UB Osnabrück
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Kopfnote abschaffen - Chancen für alle!**

2 Die Jusos mögen beschließen, dass die Benotung des Sozial- und Arbeitsverhaltens in allen
3 Schulformen abgeschafft werden sollen. Stattdessen soll positives Arbeits- und Sozialverhalten in den
4 Lernentwicklungsberichten individuell an der Person gebunden honoriert werden. Einheitliche
5 Floskeln lehnen wir ab.

6 **Begründung**

7 Die Noten für Arbeits- und Sozialverhalten sind eine veraltete Methode, denn in einer Zahl oder einem
8 Buchstaben kann nicht das soziale Verhalten eines Menschen treffend abgebildet werden, zumal die
9 beiden Begriffe schwammig definiert sind und Lehrer*innen nur schwer dazu in der Lage sind wirklich
10 ein solches Urteil zu fällen. Für eine Beurteilung von Arbeits- und Sozialverhalten von Schüler*innen
11 fehlen objektive Bewertungskriterien. Eine subjektive Meinung von Lehrer*innen kann bei der Vergabe
12 nicht ausgeschlossen werden. Lehrer*innen können Sympathiepunkte aussprechen, können, eventuell
13 unbeliebte, Schüler*innen durch solche Kopfnote erheblich in Ihrer freien Berufswahl schädigen. Wir
14 denken nicht in Schubladen. Schüler*innen sind einzigartig und sollen eine faire Chance in ihrer
15 Zukunft haben. Dement-sprechend muss entweder die Methode verbessert werden oder es wird
16 darauf verzichtet das Verhalten zu bewerten.

1
2

B22	Antragsteller*innen:	JSAG Landeskoordination
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Mehr Fortbildungen für Lehrer*innen im digitalen Bereich**

2 Wir fordern, dass Lehrer*innen besser in digitaler Pädagogik weitergebildet werden. Es sollen mehr
3 Fortbildungsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die umfangreich über passende
4 Nutzungsmöglichkeiten digitaler Geräte und Medien im Unterricht aufklären. Weiterhin sollten auch
5 bei Unterrichtskontrollen die Kompetenzen der Lehrer*innen im Bereich des digitalen Unterrichtens
6 geprüft werden und bei Mängeln die Lehrer*innen zu Fortbildungen verwiesen werden. Fortbildungen
7 sollen im Rahmen der Arbeitszeit stattfinden.

8 **Begründung:**

9 Wie fortschrittlich eine Schule auch digitalisiert ist, spielt keine Rolle, wenn die Lehrer*innen nicht
10 angemessen zur Nutzung der Geräte im Unterricht ausgebildet sind. Teilweise sind mittelalte und
11 ältere Lehrkräfte nicht einmal in der Lage, selbstständig ein Smart-Board zu starten oder die Lautstärke
12 an diesem zu regulieren. Durch diese Kompetenzmängel entstehen häufig unnötige Zeitverluste, die
13 durch ein wenig Weiterbildung der Lehrer*innen zum gemeinsamen Lernen genutzt werden könnten.
14 Andere Lehrkräfte nutzen die digitalen Geräte erst gar nicht für ihren Unterricht. Dadurch fallen viele
15 mögliche, fortschrittlichere Unterrichtsmethoden weg, die zu einem interessanteren und effektiveren
16 Unterricht führen könnten.

17 Ein weiteres häufiges Problem ist, dass, wenn die Geräte dann doch verwendet werden, die Art deren
18 Verwendung höchst unpädagogisch ist. Wenn eine Lehrkraft einzig eine PowerPoint-Präsentation
19 monoton vorträgt, ist dies kaum dem Lernen der Schüler*innen zuträglich. Ebenso kann ein 60-
20 minütiger Film zwar teilweise sinnvoll sein, sollte aber nicht jede Stunde den Unterricht darstellen.

21 Durch mehr Fortbildungen können sowohl die technischen Schwierigkeiten der Lehrer*innen behoben
22 werden, als auch eine angemessene, pädagogische Art in einer digitalen Welt zu lernen vermittelt
23 werden. Eine Überprüfung bei der Unterrichtskontrolle ist notwendig, da viele Lehrer*innen von sich
24 aus nicht die Notwendigkeit einer Veränderung ihrer Unterrichtsmethoden sehen.

ANTRAGSBEREICH: D - Demokratie und Kampf gegen Rechts

	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
--	-----------------------------	--------------

D1

Weiterleitung:

Angenommen Abgelehnt Überwiesen an:

1 **Anerkennung von Opfern rechter Gewalt**

2 Rechte Gewaltverbrechen werden in der Bundeskriminalstatistik „Politisch motivierte Kriminalität –
3 rechts (PMK-rechts)“ durch die Länder zusammengetragen und gesammelt. Eine erste Überarbeitung
4 dieses Meldesystem fand im Jahr 2001 statt. Ausschlaggebend für die Aufnahme in die Statistik ist
5 dabei, ob rassistische, antisemitische oder sozialdarwinistische Motive eine „tatauslösende“ Wirkung
6 haben und die Wahrnehmung der ermittelnden Strafverfolgungsbehörden.

7 Spätestens die Selbstenttarnung des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) im Jahr 2011 hat
8 jedoch gezeigt, dass rechte Gewalt und ihre Opfer von staatlicher Seite ausgeblendet wurden und
9 immer noch werden. Seit dem Jahr 1990 wurden von staatlicher Seite 83 Opfer erfasst. Dem gegenüber
10 steht die von antifaschistischen Gruppierungen, Journalist*innen und unabhängigen Behörden
11 ermittelte Zahl von 193 Opfern. Hinzukommen Dunkelziffern, welche beispielsweise im Bereich von
12 Übergriffen auf Wohnungslose zu finden sind.

13 Die unterschiedlichen Zahlen haben ihre Ursache in der Analyse der Motive der Täter*innen. Taten, in
14 denen ein sozialdarwinistisches oder rassistisches Motiv mindestens eine tatbegleitende bis
15 tateskalierende Rolle spielen, werden bisher jedoch nicht angemessen in der PMK-Statistik erfasst.
16 Dies führt zu einer Entpolitisierung der Straftaten. Da die PMK-rechts weiterhin eine Eingangsstatistik
17 ist, fällt den Strafverfolgungsbehörden und insbesondere der Polizei eine große Verantwortung zu.
18 Hier zeigt sich jedoch ein oftmals vorliegendes fehlendes Problembewusstsein und mangelnden
19 Wissens über das Thema rechte Gewalt.

20 Hinzukommt, dass neben den bekannten Fällen die Opfer rechter Gewalt oftmals für die Gesellschaft
21 und staatliche Behörden unsichtbar blieben. Dabei ist rechte Gewalt leider alltäglich. Hier sind oftmals
22 zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Ansprechpartner*innen für die Betroffenen. Diese
23 leisten ebenfalls einen wichtigen Teil, damit Opfer und Angehörige Solidarität und Anerkennung
24 erfahren. Der Staat und seine Strafverfolgungsbehörden müssen nun endlich ihren Teil dazu beitragen,
25 dass rechte Gewalt als solche erkannt wird und die Opfer dieser ebenfalls.

26 Wir fordern daher:

- 27 ▪ Eine Überarbeitung des Meldewesens „Politisch motivierter Kriminalität-rechts“, welches
28 sowohl die Opferperspektive bzw. die Perspektive von Zeug*innen und Angehörigen
29 berücksichtigt, als auch Taten, in denen bspw. ein sozialdarwinistisches oder rassistisches
30 Motiv mindestens eine tatbegleitende bis tateskalierende Rolle spielen, erfasst.
- 31 ▪ Eine selbstkritische Überprüfung der PMK-rechts mit Hilfe externer Expert*innen und die
32 nachträgliche Anerkennung der Opfer rechter Gewalt.
- 33 ▪ Eine Sensibilisierung und Schulung der Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechter Gewalt
34 unter anderem durch eine Kooperation von staatlichen Behörden und zivilgesellschaftlichen
35 Organisationen.

D2	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 „Fridays for future“ – Solidarität mit den streikenden Schülerinnen 2 und Schülern

3 Was bringt Schule, wenn es keine Zukunft gibt? Einer der Leitsprüche der Jugendlichen, die freitags auf
4 öffentlichen Plätzen demonstrieren. In über 100 Ländern weltweit. Es waren über 300.000 Jugendliche
5 die deutschlandweit am 15.03.2019 auf der Straße demonstrierten, für eine bessere Umweltpolitik,
6 für einen schnelleren Kohleausstieg, für die Einhaltung der Ziele verschiedener Klimaverträge. Schlicht
7 und ergreifend für eine lebenswerte Zukunft. Doch anstatt gelobt und unterstützt zu werden kommen
8 aus der Presse von Seiten der Politik Kommentare wie diese:

9 „[...] Das ist eine Sache für Profis“ (Christian Lindner) oder „Es bleibt die Tatsache, dass sie die Schule
10 schwänzen“ (Annegret Kramp Karrenbauer).

11 Jahrelang wird Jugendlichen Politikverdrossenheit oder Faulheit gegenüber politischen Themen
12 vorgeworfen, nun sind sie politisch aktiv und gehen in großer Anzahl auf die Straße. Es ist zum Teil
13 unverhältnismäßig und unverschämt wie Politiker*innen über die Jugendlichen sprechen! Die
14 Schüler*innen, die jeden Freitag demonstrieren fordern nichts als das, was bereits beschlossen wurde.
15 Die Einhaltung der Ziele aus dem Pariser Klimavertrag sind auch für die Bundesrepublik in weiter Ferne.
16 Die Schüler*innen halten den Politiker*innen den Spiegel entgegen und kämpfen für ihre politischen
17 Überzeugungen. Die Kritik, die an den Schüler*innen dafür geübt wird, zeugt davon wie insbesondere
18 die Konservativen die Überzeugungen der Schüler*innen nicht ernst nehmen. Das die
19 Demonstrationen während der Schulzeit stattfinden, soll zum Ausdruck bringen, welche Relevanz
20 dieses Thema hat, denn ohne den Schulausfall würde nicht darüber geredet werden! Denn viele
21 Politiker*innen nehmen die Jugendlichen noch immer nicht ernst!

22 Wir müssen die Jugendliche unterstützen und nicht demoralisieren, wir müssen Menschen motivieren
23 auf die Straße zu gehen und nicht abschrecken, wir müssen uns solidarisieren und nicht
24 entgegenstellen!

25 Deshalb fordern wir:

- 26 ■ Die Solidarisierung mit den demonstrierenden Schüler*innen und die Unterstützung der
27 Bewegung „Fridays for Future“. Dadurch, dass sich die SPD dafür einsetzt, dass streikende
28 Schüler*innen nicht für Fernbleiben vom Unterricht sanktioniert werden.

D3	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Resolution: Antifa – ungemütlich und laut**

2 Seit den letzten Landtagswahlen in Bayern und Hessen im letzten Jahr ist die AfD nun in allen
3 Landtagen vertreten. In Zeiten eines allgemeinen gesellschaftlichen Rechtsruckes ist es umso
4 wichtiger, dass es Menschen gibt, die sich dagegen positionieren und klar Haltung zeigen.

5 Antifaschistische Arbeit ist noch wichtiger geworden und auch wir Jusos, egal ob vor Ort oder
6 überregional, müssen zeigen, wo wir stehen. Antifaschismus ist daher ein wichtiges Element unserer
7 Arbeit. Wir wollen uns nicht nur in Bündnissen engagieren und bei Demonstrationen mitlaufen,
8 sondern auch unsere Bildungsarbeit diesem Thema widmen.

9 Ausgangslage

10 Bundesweit

11 Die AfD sitzt im Bundestag und seitdem versucht sie auch dort ihre menschenfeindlichen Ideologien
12 zu streuen. Nicht nur in Chemnitz zeigt sich noch immer eine enge Zusammenarbeit mit den
13 sogenannten "Identitären". Diese professionalisiert sich immer weiter und versucht, Einfluss auf
14 gesellschaftliche Diskurse zu nehmen.

15 Ereignisse wie die in Chemnitz zeigen ganz klar: die rechte Szene ist vernetzt und steht zusammen. Und
16 sie zeigen, wie gefährlich diese Szene ist und hinter welchem wirklich konfuse Weltbild sie stehen. Es
17 zeigt aber auch, dass die gewaltbereite rechte Szene wächst. Insbesondere in Angesicht des Attentats
18 in Christchurch zeigt sich das Gewaltpotential der rechten Ideologie. Noch besorgniserregender ist die
19 Bewunderung deutscher Neonazis für das Attentat.

20 Niedersachsen

21 Auch in Niedersachsen sitzt die rechtsradikale AfD mit 9 Abgeordneten im Landtag und versucht dort
22 Einfluss auf die Politik zu nehmen. Wenn sich die AfD von ihrer Jugendorganisation, der Jungen
23 Alternative distanziert, dann zeigt das nur noch deutlicher: die JA ist ein Schmelztiigel von
24 Rechtsradikalen. Nachdem die JA aufgelöst wurde, gibt es dennoch weitere Kooperationen mit
25 früheren JA Mitgliedern und der rechtsextremen Szene. Ein Beispiel dafür: Lars Steinke, früherer
26 Landesvorsitzender der JA.

27 Rechtsextreme Strukturen sind auch in Niedersachsen verankert. Vor allem völkischer
28 Rechtsextremismus spielt im ländlichen Raum eine immer größere Rolle.

29 Warum Antifa-Arbeit so wichtig ist

30 Anhand der Ausgangslage kann man klar erkennen: Sowohl bundesweit, als auch lokal, sind rechte
31 Strukturen ein großes Problem, und deshalb ist die Arbeit von Antifaschist*innen so enorm wichtig.

32 Das Engagement verschiedener Antifa-Gruppen reicht von der Organisation von Gegenprotesten, über
33 Bildungs- und Aufklärungsarbeit über die rechte Szene und Hilfe für Opfer rechter Gewalt bis hin zu
34 Recherche über rechte Strukturen. Dieses Engagement verdient unsere volle Solidarität. Denn nur
35 durch dieses Engagement ist es möglich, rechte Strukturen wirksam zu bekämpfen.

36 Unsere antifaschistische Arbeit

37 Auch wir Jusos müssen Teil des antifaschistischen Kampfes sein. Wir müssen uns positionieren, jeden
38 Tag. Wir müssen vor Ort eingreifen, wenn Rechte versuchen, dort Einfluss zu nehmen. Es reicht nicht,
39 nur an Demos teilzunehmen, denn Antifa-Arbeit ist immer und überall.

40 Wir müssen uns in Bündnissen, lokal, aber auch überregional engagieren und uns und unsere Ideen
41 dort einbringen. Wir müssen unsere Bildungsarbeit auch diesem enorm wichtigen Thema widmen und
42 wir müssen Aktionen planen und durchführen, die zeigen: Es gibt keinen Platz für Rechtsextreme in
43 unserer Gesellschaft.

44 Damit unsere Arbeit zielgerichtet ist, müssen wir uns mit antifaschistischen Gruppen vernetzen und
45 mit ihnen zusammenarbeiten, denn nur so können wir von und mit ihnen lernen. Dafür ist eine
46 Ablehnung des Antisemitismus von sämtlichen Akteur*innen Grundvoraussetzung. Dieser hat - gerade
47 für uns als Antifaschist*innen - keinen Platz. Eine Zusammenarbeit mit Gruppen oder Bündnissen, die
48 sich antisemitisch äußern oder Antisemit*innen in ihren Reihen haben, lehnen wir ab!“

49 Auch der Schulterschluss mit anderen demokratischen Jugendorganisationen und Parteien ist wichtig,
50 denn nur, wenn sich ein breites Bündnis den Rechtsextremen entgegenstellt, zeigen wir: wir sind die
51 Mehrheit.

52 Unsere Solidarität gilt allen Opfern rechter Gewalt und wir werden solche Taten nicht unkommentiert
53 lassen. Wir werden uns weiterhin in den Weg stellen und zeigen: unsere Gesellschaft ist bunt und hat
54 keinen Platz für Rechtsextreme.

ANTRAGSBEREICH: **Fem** - Feminismus

Fem 1	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Die Hälfte der Macht für die Hälfte der Bevölkerung**

2 Wir fordern die Einführung von Paritätsgesetzen auf Landes- und Bundesebene.

3 Die SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen und die SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert,
4 Gesetzesinitiativen für die Einführung Paritätsgesetzen auf den Weg zu bringen. Hierbei muss die
5 paritätische Aufstellung von Frauen und Männern auf den Landeslisten für alle Parteien gesetzlich

6 vorgeschrieben werden. Bei den Direktwahlen in den Wahlkreisen ist das vorgeschlagene
7 Tandemmodell einzuführen.

8 **Begründung:**

9 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir von einer gleichberechtigten Teilhabe von
10 Frauen in der Politik weit entfernt. Der Frauenanteil im Deutschen Bundestag ist von zuletzt 36,6
11 Prozent auf heute 31 Prozent gesunken. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im 18.
12 Niedersächsischen Landtag ist auf 27,7 Prozent gesunken. Der Frauenanteil vor der letzten
13 Landtagswahl betrug noch 31,4 Prozent.

14 Nach 100 Jahren Frauenwahlrecht erleben wir aktuell einen Rollback bei der Gleichstellung von Frauen.
15 Der Erfolg der AfD begünstigt eine Entwicklung, die unsere Parlamente wieder zu frauenfeindlichen
16 Arenen werden lässt. Die geringe Zahl von Parlamentarierinnen zeigt, dass eine Reform des Wahlrechts
17 notwendig ist, um bei der politischen Repräsentanz von Frauen auf die tatsächliche Gleichstellung
18 hinzuwirken. Ohne eine Änderung der Wahlgesetze geht es nicht.

19 Die SPD setzt sich für eine paritätische Besetzung von Frauen und Männern in den Parlamenten ein.
20 Politik muss von Frauen und Männern in gleichem Maße gestaltet werden, damit alle Blickwinkel für
21 gesellschaftliche Themen berücksichtigt werden. Eine Änderung der Wahlgesetze ermutigt und
22 ermöglicht Frauen, sich in den politischen Diskurs und Entscheidungsprozess produktiv einzumischen.
23 Das Wissen und Können von Frauen, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen, wird dringend
24 gebraucht.

25 Die Quote fruchtet

26 Innerparteiliche Quoten bei den Listenaufstellungen, wie das Reißverschlussverfahren bei der SPD,
27 sind erfolgreich. So sind SPD 41,8 Prozent der SPD Bundestagsabgeordneten Frauen, bei den Grünen
28 sind es 58,2 Prozent und der Linken 53,6 Prozent. Bei den konservativen und rechten Parteien wie der
29 CDU/CSU-Fraktion, stellen die weiblichen Abgeordneten im 19. Deutschen Bundestag hingegen nur
30 19,9 Prozent, bei der FDP 22,5 Prozent und der AfD sogar nur 10,8 Prozent.

31 Im Niedersächsischen Landtag beträgt der Frauenanteil bei den SPD-Abgeordneten 34,6 Prozent und
32 bei den Grünen 50 Prozent, beide Parteien haben eine Quote. Bei der FDP beträgt der Frauenanteil
33 lediglich 27,3 Prozent, bei der CDU 18,0 Prozent und der AfD 11,1 Prozent.

34 Eine solche drastische Diskriminierung von Frauen in der Politik ist nicht mehr hinnehmbar. Sie muss
35 durch Paritätsgesetze auf Landes- und Bundesebene behoben werden. Die Erfolgsaussichten für
36 entsprechende Mehrheiten sind gut. Neben den Grünen und den Linken hat sich auch die CDU-Spitze
37 für die Einführung eines Paritätsgesetzes ausgesprochen. Das Bundesverfassungsgericht verlangt
38 wegen der großen Zahl an Überhang- und Ausgleichsmandaten eine Reform des Wahlrechts auf
39 Bundesebene.

40 Nach dem Vorbild des Ende Januar verabschiedeten ersten paritätischen Wahlgesetzes in Deutschland
41 im Land Brandenburg sollten in Niedersachsen und im Bund durch die SPD Wahlgesetze auf den Weg
42 gebracht werden, die zur Aufstellung paritätischer Kandidat*innenlisten – also abwechselnd Frau –
43 Mann, verpflichten. Ein solches Gesetz reagiert damit auf einen demokratischen Missstand: 100 Jahre
44 nach Einführung des Frauenwahlrechts, mit dem Frauen als hälftiger Teil des Volkes und Souveräns
45 sichtbar wurden, fehlt es immer noch an ihrer gleichberechtigten demokratischen Teilhabe.

46 Parität bei den Direktwahlkreisen

47 Eine weitere Ursache für die Unterrepräsentanz von Frauen in den Parlamenten liegt im
48 Mehrheitswahlrecht mit den Direktwahlkreisen. Noch immer besetzen häufig die männlichen
49 Platzhirsche die Kandidaturen für aussichtsreiche Direktwahlkreise.

50 Die Göttinger SPD unterstützt den Vorschlag des Bundestagsvizepräsidenten Thomas Oppermann,
51 der die Einführung eines „Tandemmodells“ nach französischem Vorbild vorschlägt. Danach werden
52 zukünftig in den Direktwahlkreisen „Duos“ aus jeweils einer Frau und einem Mann gewählt. Dieses in
53 Frankreich erfolgreiche Verfahren setzt jedoch eine Reduktion und Vergrößerung der Wahlkreise
54 voraus.

55 Nach einem solchen Paritätsgesetz werden je zwei bisherige Bundestagswahlkreise zusammengefasst
56 und auf separaten Listen je eine Frau und ein Mann gewählt. Die bisherige Zweitstimme auf den
57 Landeslisten wird zur Drittstimme. Den Direktwahlkreis gewinnt die Frau mit den meisten Stimmen
58 und der Mann mit den meisten Stimmen. Diese müssten nicht zwingend der gleichen Partei
59 angehören. Und nicht jede Partei müsste zwingend einen Mann und eine Frau pro Wahlkreis ins
60 Rennen schicken.

61 Erst ein solches Paritätsgesetz mit einer verpflichtenden Frauenquote bei der Listenaufstellung und
62 dem Tandemmodell im Direktwahlkreis sichert eine angemessene und paritätische Vertretung von
63 Frauen in den Parlamenten.

64

65

Fem 2	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Nicht nur Worte, sondern auch Taten. Frauen in die**

2 **Unternehmensspitzen**

3 Wir fordern, dass es in Zukunft eine verpflichtende 50% Quote für Frauen* in den
4 Unternehmensvorständen von Betrieben geben soll, an denen das Land Niedersachsen Anteile besitzt.

5 **Begründung:**

6 Das Land sollte immer eine Vorbildfunktion einnehmen – gerade beim Thema Gleichstellung. Denn
7 nicht Worte und Versprechungen lösen das Problem der Ungleichheit, sondern Taten.

8 In den niedersächsischen Unternehmen mit Beteiligung des Landes, z.B. der NBank oder Volkswagen,
9 sieht die Quote von Frauen in Führungspositionen erschreckend aus. Das muss geändert werden.

10 In letzter Zeit wäre z.B. bei Volkswagen immer wieder die Chance gewesen, etwas zu verändern, da
11 sieben Vorstandsposten neu besetzt werden mussten. Passiert ist nichts. Noch immer sitzt nur eine
12 einzige Frau im Vorstand. Das zeigt aus unserer Sicht ganz klar: die Zeiten der Selbstverpflichtungen
13 sollten vorbei sein. Wir brauchen feste Quoten, damit sich etwas ändert.

14 Diese Quote, die sich erst einmal nur auf Unternehmen bezieht, an denen das Land Anteile besitzt,
15 kann und soll auch nur ein Anfang sein. Auf Grund des hohen Handlungsbedarfs und der
16 Symbolträchtigkeit einer solchen Verpflichtung ist es aus unserer Sicht auch notwendig, eine hohe Zahl
17 zu fordern. Frauen stellen 50% unserer Bevölkerung, also sollten ihnen auch 50% der Macht zustehen.

18

19

<h1>Fem 4</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Die Rechte von Inter*Menschen umsetzen und ausbauen!**

2 Die Jusos Bezirk Hannover fordern ein radikales Umdenken gegenüber Inter*Menschen. Die
 3 kosmetischen Operationen an Säuglingen und Kindern zur Geschlechtsvereinheitlichung und
 4 eindeutigen Zuordnung in das binäre Geschlechtssystem, fallen zwar unter § 226a StGB
 5 (Genitalverstümmelung) bzw. §§ 223 ff. StGB (Körperverletzung), doch ist die Zahl der Operationen
 6 dadurch nicht maßgeblich zurückgegangen. Darüber hinaus gibt es weitere Behandlungen, die das
 7 Recht auf Unversehrtheit des Menschen antasten, so etwa die Behandlung durch Medikamente
 8 und/oder Hormone, die eine Zuordnung zum binären Geschlechtssystem herstellen sollen oder
 9 Psychotherapien mit derselben Absicht.

10 In der Folge solcher Eingriffe leiden viele Betroffene unter psychischen Problemen und müssen sich
 11 risikoreichen und belastenden Folgebehandlungen unterziehen. Darüber hinaus wird ihnen das Recht
 12 der freien Selbstentfaltung abgesprochen, indem man sie zwingt, ein Geschlecht anzunehmen und
 13 ihnen nicht selbst die Entscheidung überlässt – auch und vor allem, wenn sie sich nicht als binär
 14 männlich* oder binär weiblich* definieren wollen.

15 Die strafrechtliche Verfolgung der oben beschriebenen Eingriffe, ohne Einwilligung der*des mündigen
 16 Patient*in, muss daher konsequent umgesetzt werden. Eine Operation ohne Einwilligung der*des
 17 Mündigen ist nur in den größten Ausnahmen denkbar, wenn eine gesundheitliche Gefahr für das Kind
 18 besteht. In diesen Fällen, in denen die Gesundheit des Kindes in Gefahr sein könnte, muss eine hohe
 19 Absicherung erfolgen, z.B. unter Zuhilfenahme weiterer Ärzt*Innen, Beratungsstellen für
 20 Intersexualität und so fort. Außerdem muss deutlich werden, dass die Pathologisierung von
 21 Intersexualität häufig auf der Deutung basiert, dass Abweichungen von der Geschlechterbinarität als
 22 korrekturbedürftig betrachtet werden.

23 Weiterhin fordern wir präventive Maßnahmen, die langfristig das Bild von Intersexualität als etwas
 24 Korrekturbedürftigem und Abweichendem, verändern. Dieser Prozess muss dazu führen, dass die
 25 Grundrechte von Inter*Menschen nicht mehr verletzt werden. Wir fordern eine Schulbildung, die
 26 dieses Thema aufgreift, eine umfassende Auseinandersetzung in der Medizin mit diesem Thema und
 27 eine Förderung von Organisationen, die als beratende Stellen tätig sind. Verbote erscheinen in diesem
 28 Zusammenhang als kurz- bis mittelfristige Maßnahmen, die durch eine konsequent ausgebaute und
 29 erreichbare Aufklärungsarbeit und Beratungsangebote nicht zur Anwendung gebracht werden
 30 müssen. Wir Jusos lehnen „Normalisierungs“-Praktiken ab und fordern eine Wahrnehmung von
 31 geschlechtlicher Diversität in unserer Gesellschaft.

32 Intersexualität nicht länger zu pathologisieren und eine Selbstbestimmtheit der Betroffenen zu fördern
33 und Zwangszuordnung in das binäre Geschlechtssystem zu verhindern, ist darüber hinaus auch eine
34 europäische Aufgabe:

35 „In mindestens 21 EU-Mitgliedstaaten werden intersexuelle Kinder geschlechtszuweisenden
36 Operationen unterzogen. In acht Mitgliedstaaten müssen die gesetzlichen Vertreter*innen des Kindes
37 zustimmen, 18 Länder setzen das Einverständnis der Patient*innen voraus. Die Einbeziehung von
38 Kindern in derartige Entscheidungen stellt jedoch eine Grauzone dar, da Faktoren wie beispielsweise
39 das Alter des Kindes bestimmen, ob die Entscheidung beim Kind oder bei den Eltern liegt.“

<h1>Fem 6</h1>	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Mehr Unterstützung für Frauen*häuser**

2 Im Jahr 2017 wurden 147 Frauen* Opfer von Partner*innenschaftsgewalt. Laut Bundeskriminalamt
 3 sind über 82 Prozent der Frauen* von Partner*innenschaftsgewalt betroffen. [1] Mit der Ratifizierung
 4 verschiedener internationaler und nationaler rechtlicher Normen, wie beispielsweise der
 5 Europäischen Menschenrechtskonvention oder des 2011 beschlossenen „Übereinkommens des
 6 Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (auch
 7 bekannt als „Istanbul-Konvention“, die seit 1. Februar 2018 in Deutschland in Kraft getreten und damit
 8 nationales Recht ist), hat der Staat einen Schutzauftrag für Frauen* übernommen. Um Frauen* und
 9 Kinder vor sexueller oder häuslicher Gewalt zu schützen, ist es notwendig, Hilfesysteme zu schaffen
 10 und aufrechtzuerhalten.

11 Finanzierung Frauen*häuser

12 Eine Maßnahme zum direkten Schutz von Frauen* vor häuslicher Gewalt stellen dabei Frauenhäuser
 13 dar. Wichtig sind dabei die leichte Zugänglichkeit für Betroffene sowie die ausreichende Versorgung
 14 mit Schutzplätzen. Für eine ausreichende Versorgung soll dabei laut Europarat ein Platz pro 7500
 15 Einwohner*innen zur Verfügung stehen. Diese Quote wird von Deutschland deutlich verfehlt.

16 Dies hat zur Folge, dass vielen Frauen* regelmäßig auf Grund von Überfüllung kein Platz in
 17 Frauen*häusern geboten werden kann beziehungsweise diese auf andere oftmals weit weg gelegene
 18 Frauen*häuser verwiesen werden. Insbesondere in ländlichen Gebieten müssen von häuslicher
 19 Gewalt Betroffene oftmals sehr große Entfernungen zurücklegen, um die Möglichkeit eines
 20 Schutzplatzes wahrnehmen zu können. Für Viele ist dies auf Grund eines Arbeitsverhältnisses oder
 21 jüngerer Kinder schwer bis unmöglich. Rechnet man die große Zahl all derer, die sich nicht an
 22 Beratungsstellen wenden, hinzu, stellt man einen erheblichen Mangel an Schutzplätzen fest. Eine
 23 Absage auf einen Platz im Frauen*haus für die Betroffenen führt oftmals zu einem Vertrauensverlust
 24 in Beratungs- und Hilfsstellen und lässt die von Gewalt Betroffenen schutzlos zurück.

25 Für uns ist klar: Jede Frau*, die häusliche Gewalt erlebt, muss jederzeit die Möglichkeit haben,
 26 wohnortnah Schutz und Betreuung zu erfahren. Wir fordern daher einen Rechtsanspruch auf einen
 27 Frauen*hausplatz. Dieser muss mit einer besseren finanziellen Ausstattung von Frauen*häusern und
 28 anderen Schutz- und Beratungsstellen einhergehen. Insbesondere sollen diese Stellen auch im
 29 ländlichen Raum geschaffen werden.

30 Ein Finanzierungsmodell in Form einer Tagessatzfinanzierung lehnen wir ab, da diese die Kosten des
 31 Aufenthalts lediglich auf die Betroffenen abwälzen. So wird die Gewalt gegen Frauen* zum
 32 individuellen Problem der einzelnen Frau*. Hinzukommt, dass durch diese Art der Finanzierung
 33 bestimmten Personengruppen wie beispielsweise Frauen* ohne gesicherten Aufenthaltsstatus,
 34 Auszubildenden, Studierenden oder Sozialhilfeempfängerinnen* der Zugang zu Frauen*häusern

35 gänzlich verwehrt wird oder die Frauen*häuser die Kosten selber tragen müssen. Gewalt gegen
36 Frauen* ist ein gesellschaftliches Problem, welches als solches erkannt und bekämpft werden muss.
37 Hierbei darf Hilfe nicht von der finanziellen Situation der Schutzsuchenden abhängen.

38 Als Unterstützung für die Kommunen fordern wir daher sowohl eine finanzielle Beteiligung des Bundes,
39 als auch eine langfristig gesicherte Erhöhung der Landesmittel für Schutz- und Beratungsstellen. Ziel
40 muss es sein, langfristig eine einheitliche, unbürokratische und verlässliche Regelung zur Finanzierung
41 von Frauen*häusern und Beratungsstellen zu schaffen.

42 Inklusive Frauen*häuser

43 Nicht nur Überfüllung ist ein Problem der mangelnden Finanzierung. So lässt sich insbesondere ein
44 Mangel an Plätzen für Frauen* mit Behinderung feststellen. So zeigt sich, dass nur knapp 19 Prozent
45 der von der Zentralen Informationsstelle Autonomer Frauen*häuser befragten Frauen*häuser
46 angeben, barrierefrei zu sein. Es zeigt sich jedoch, dass erwachsene Frauen mit
47 Behinderungen/Beeinträchtigungen doppelt so häufig von psychischer Gewalt und von körperlicher
48 Gewalt betroffen sind und sogar 2 - 3 Mal so häufig von sexualisierter Gewalt. Dies ist für uns nicht
49 haltbar – auch hier muss direkt gehandelt werden! [2]

50 Wir fordern daher, dass Inklusion auch auf dem Gebiet von Schutz und Unterstützung von
51 gewaltbetroffenen Frauen* und ihren Kindern stattfindet. Des Weiteren fordern wir eine Finanzierung
52 zur Herstellung von Barrierefreiheit der Frauen*häuser, sei dies durch Nachbesserungen oder den Bau
53 weiterer, barrierefreier Wohneinheiten.

54 Mädchen*häuser schaffen

55 Neben erwachsenen Frauen* sind auch bereits junge Mädchen* von Gewalt betroffen. Dies geht
56 oftmals mit einer Abhängigkeitssituation von Betroffenen und Täter*innen einher. Um dieser
57 besonderen Situation gerecht zu werden, fordern wir die flächendeckende Einrichtung und Förderung
58 von Mädchen*häusern, welche einen Schutzraum für minderjährige Mädchen bieten sollen. Hier gilt
59 es, Personal für diese besondere Situation zu schulen und Projekte in Form von speziellen
60 Beratungsstellen, Online Beratungen und Hilfetelefonen zu fördern.

61 Konzeptionelle Einschränkungen bekämpfen

62 Trotz weitreichender Bemühungen zeigen sich räumliche und konzeptionelle Einschränkungen, welche
63 sich in Ab- und Weiterverweisungen Betroffener äußern. So sind insbesondere psychisch kranke, akut
64 Suchtkranke, Frauen mit älteren Söhnen oder Haustier, aber auch Trans*frauen, von diesen
65 Einschränkungen betroffen. Dazu kommen fehlende personelle Ressourcen vor Ort.

66 Für uns ist klar, dass alle Frauen* die Möglichkeit auf einen Platz im Frauen*haus haben sollen. Wir
67 fordern daher, dass in jedem Frauen*haus verschiedene räumliche Möglichkeiten für verschiedene
68 Bedarfe von Frauen* vorhanden sind. Des Weiteren fordern wir die Schaffung von Schutzräumen für
69 Trans*frauen, mehr abgetrennte Appartements für Frauen* mit älteren Söhnen und mehr
70 Wohneinheiten mit eigenen Küchen. Außerdem fordern wir finanzielle Mittel für Fortbildung und
71 Supervision des beratenden Personals sowie die dauerhafte Kooperation mit ambulanten
72 Beratungsangeboten für psychisch erkrankte oder sucht erkrankte Frauen.

73 **Anmerkungen:**

- 74 [1] <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dr--franziska-giffey-stellt-neue-zahlen-zur->
75 [partnerschaftsgewalt-2017-vor/130802](https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/dr--franziska-giffey-stellt-neue-zahlen-zur-partnerschaftsgewalt-2017-vor/130802)
- 76 [2] <https://www.autonome-frauenhaeuser-zif.de/de/content/zugang-zu-schutz-und-hilfe>

Fem 10	Antragsteller*innen:	UB Hildesheim
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Ein verpflichtendes Seminar zum Thema Gender-Sensibilisierung in**
 2 **Ausbildungen zu Erzieher*in und Lehrer*in einführen!**

3 Wir fordern, dass es zur Pflicht wird, in einer jeden Ausbildung zu Lehrkraft oder Erzieher*in
 4 mindestens eine informierende Veranstaltung zum Thema Gender zu besuchen. Somit soll auf einen
 5 sensiblen Umgang in Wort, Schrift und Verhalten mit ALLEN Entwürfen von Geschlecht auch außerhalb
 6 von heteronormativen Mustern aufmerksam gemacht werden. Somit wird gesichert, dass in
 7 pädagogischen Kontexten alle Identitätsentwürfe von Heranwachsenden geschützt und akzeptiert
 8 werden.

9 **Begründung:**

10 Das Konzept von Doing Gender besagt, dass die Geschlechtsentwürfe jedes Menschen auch Ergebnis
 11 einer jeden zwischenmenschlichen Interaktion sind. Das heißt, werden heteronormative, einzig in
 12 Mann und Frau differenzierte Gender- und Identitätsentwürfe als gegeben gesehen und alle
 13 abweichenden Verhaltensweisen sanktioniert, hat das entscheidende Auswirkung auf die Entwicklung
 14 Heranwachsender.

15 Auch Kinder und Jugendliche sind Produzenten von Kultur, soziale Akteur*innen und gleichberechtigte
 16 Mitglieder der Gesellschaft. Es muss also gesichert werden, dass NIEMAND durch ihre/seinen
 17 individuellen Identitätsentwurf von vornherein benachteiligt wird. Gerade die Lebensphase der
 18 Kindheit und Jugend bedarf es hier durch alle, und vor allem pädagogisches Personal, durch einen
 19 differenzierten Blick auf Gender und Identität zu schützen.

20 Denn „Wir können an keine Gesellschaft mit der naiven Annahme herantreten, wir wüssten ja schon
 21 was Frauen und Männer sind und woran man der Unterschied erkennt“ (Hagemann-White, 1984).

Fem 11	Antragsteller*innen:	KV Osterholz
	Weiterleitung:	Juso-Bundeskongress
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **„Some people are asexual, deal with it!“ – Für einen aufgeklärten**
 2 **und diskriminierungsfreien Umgang mit Asexualität**

3 **Asexualität – Was ist das?**

4 „Was du bist noch Jungfrau?“, „Wie kann man keinen Bock auf Sex haben?“, „Ich habe schon mit den*
 5 oder der* geschlafen. Und du?“, das sind Sätze, mit denen sich Asexuelle Menschen oder Menschen,
 6 die sich nicht als asexuell definieren und phasenweise asexuell leben häufig anhören müssen. Dabei ist
 7 der*die Asexuelle doch kein anderer Mensch. Asexualität beschreibt in erster Linie das fehlende oder
 8 geringe Gefühl der sexuellen Anziehung zu anderen Menschen und ist dabei nicht fest definiert. Im
 9 Gegensatz zur freiwilligen Enthaltensamkeit wie dem Zölibat ist Asexualität eine sexuelle Orientierung,
 10 die sich die entsprechende Person nicht ausgesucht hat. Asexualität ist klar von Aromantik
 11 abzugrenzen und ist nicht automatisch das Gleiche, obwohl es auch asexuelle Menschen gibt, die
 12 aromantisch sind. Es gibt keine einheitliche Definition. Gerade in der queeren Szene ist Asexualität
 13 häufig verpönt oder durch rücksichtslose Aktionen indirekt diskriminiert.

14 **LGBTIQ*, doch wo ist das A?**

15 Wir Jusos sind ein feministischer Verband – und das vollkommen zurecht! Antidiskriminierung und
 16 Aufklärung sind die Grundpfeiler unserer Feminismus-Arbeit, nicht zuletzt auch seit den Gründungen
 17 von Awarenesssteams in den Bezirken.

18 Wir sind gegen jede Art von Ungleichbehandlung und Menschenfeindlichkeit.“

19 Jedoch wird in der gängigen queeren Schreibweise stets LGBTIQ, bzw. LGBTIQ*, als Abkürzung benutzt.
 20 Als Beispiel sei hier der Antrag Z1 des Bundesvorstands auf dem Bundeskongress 2017 genannt.

21 Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass Asexuelle Teil der queeren Gemeinschaft sind, da sie
 22 durch ihre sexuelle Orientierung eben nicht Teil der „normalen“ Gesellschaft sind und deshalb auch
 23 diskriminiert werden. Asexuelle sind Teil eines jeden CSD und jeder Pride Week. Zudem erleben viele
 24 Menschen asexuelle Phasen in ihrem Leben. Dass es auch anders geht zeigt ein Blick in die Vereinigten
 25 Staaten. Mit Alexandria Ocasio-Cortez zog eine junge Demokratin ins Repräsentantenhaus ein, die sich
 26 auch feministischen Themen widmet. Dazu zählt auch ihr Einsatz für für queere Personen, die sie mit
 27 der Schreibweise „LGBTQIA+“ beschreibt.

28 Forderung:

- 29 ▪ Die Einführung der konsequent umzusetzenden Schreibweise „LGBTQIA*“
- 30 ▪ Behandlung der Thematik Asexualität auf Gender-Seminaren

- 31 ■ Berücksichtigung beim Erstellen von feministischen und queeren Material Asexuelle nicht zu
32 diskriminieren

33

▪

34

Fem 12	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Unabhängige Untersuchung der Landesbehörden auf die**
2 **systematische Benachteiligung von Frauen**

3 Hiermit wird beschlossen, dass die niedersächsischen Landesbehörden sich einer unabhängigen
4 Untersuchung auf die systematische Benachteiligung von Frauen innerhalb der Behörden unterziehen.
5 Dabei müssen der Schutz und die absolute Diskretion bezüglich aller sich äußernden Betroffenen
6 gewährleistet werden. Bestehende Hemmnisse für Frauen sind abzubauen und ggf. neue
7 Mechanismen, Bewertungssysteme und Unterstützungsangebote einzuführen, die sowohl die
8 berufliche als auch alltägliche Diskriminierung von Frauen zu bekämpfen. Diese Mittel sind unter
9 Einbezug der Betroffenen regelmäßig und anonym zu evaluieren.

ANTRAGSBEREICH: **Fin -Finanzen**

Fin 2	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Bischöfe sind auch nur Arbeitnehmer*innen – Schluss mit** 2 **Staatlichen Gehältern für Kirchenämter**

3 Bischöfe, Erzbischöfe, Weihbischöfe, Vikare – all diese Kirchendiener erhalten vom Staat ihre Gehälter.
4 Grund dafür ist eine Situation im Jahre 1803. Fürsten, die Gebiete an Napoleon abtreten mussten
5 wurden mit enteigneten Kirchenbesitztümern entschädigt. Im Gegenzug entschädigte der Staat die
6 Kirche damit, die Gehälter für Bischöfe, Erzbischöfe, Weihbischöfe und Vikare zu bezahlen. Heutzutage
7 richten sich die Gehälter der Bischöfe nach den Besoldungsstufen von Spitzenbeamten. Ein Bischof
8 wird meistens nach der Besoldungsstufe B6 bezahlt und damit erhält er etwa 8.000 Euro als
9 Grundgehalt. Ein Erzbischof kann bis zur Besoldungsstufe B10 kommen und hätte damit ein
10 Grundgehalt von zirka 11.000 Euro. Obendrauf kommen noch Dienstwohnung, Dienstwagen und
11 selbstverständlich ein Fahrer für diesen. All das wird von den Bundesländern gezahlt und ergibt jedes
12 Jahr eine Summe von 400 bis 500 Millionen Euro.

13 Priester, Pfarrer und andere Mitarbeiter werden von den Bistümern oder Diözesen bezahlt. Diese
14 Gehälter stammen von den Kirchensteuern. Wir fordern, dass auch Bischöfe von dort ihre Gehälter
15 beziehen.

16 Dies würde nicht nur eine finanzielle Entlastung für den Staat bedeuten, sondern stellt auch einen
17 wichtigen Schritt zu einem echten säkularen Staat dar, in dem alle Religionsgemeinschaften gleich
18 behandelt werden.

ANTRAGSBEREICH: **G**-Gesundheit & Pflege

19

G1	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Initiierung einer Gesetzesänderung des Betäubungsmittelgesetzes** 2 **(BtMG) bezüglich der Opiat-Gabe durch Notfallsanitäter*innen**

3 Wir fordern die Aufnahme der Notfallsanitäter*innen als gesonderte Berufsgruppe in die
4 Anwendergruppen im § 13 BtMG.

5 **Begründung:**

6 Immer wieder kommt es zu Situationen, in denen Notfallsanitäter*innen starke Schmerzzustände
7 behandeln müssen. Allerdings tritt dann ein Konflikt zwischen der Hilfeleistungspflicht einerseits, die
8 eine Analgesie erfordert und der Reglementierung durch das Betäubungsmittelgesetz (BtMG)
9 andererseits auf, dass eine Therapie mit Betäubungsmitteln sehr stark einschränkt. Wiederholt kam es
10 zu einer Selbstanzeige eines Notfallsanitäters nach einer Gabe von Morphin.

11 Opiate sind im Rettungsdienst die wesentliche Säule der Analgesie. Dies wurde unter anderem in dem
12 Ergebnis einer Expertengruppe deutlich, die Morphin als das am besten geeignete Medikament ansah.

13 In verschiedenen Rettungsdienstbereichen wird quer durch die Bundesrepublik erfolgreich Morphin
14 durch Rettungsfachpersonal angewandt. So werden z. B. im Landkreis Marburg Biedenkopf, Landkreis
15 Cuxhaven, Main-Kinzig-Kreis und in vier Landkreisen in Schleswig-Holstein Notfallpatienten mit
16 Morphin durch das Rettungsfachpersonal versorgt. Dies ist allerdings bisher immer auf die Initiative
17 einzelner Rettungsdienstbereiche sowie einzelner Ärztlicher und Nicht-Ärztlicher Verantwortlicher
18 zurückzuführen. Leider finden diese Konzepte kaum Nachahmer, obwohl es bei einer sehr hohen Zahl
19 von Anwendungen, sowohl juristisch als auch medizinisch, zu keinen nennenswerten Zwischenfällen
20 gekommen ist.

21 Bereits im Jahr 2003 hatte die Bundesärztekammer in einer damaligen Stellungnahme die Gabe von
22 Analgetika durch Rettungsfachpersonal in bestimmten Fällen als sinnvoll erachtet. Im
23 Pyramidenprozess zur Ausgestaltung der Kompetenzen des neu geschaffenen Berufes des
24 Notfallsanitäters wurde ebenfalls die Gabe von Opiaten bei den häufigen akuten koronaren
25 Syndromen (z. B. Herzinfarkt) und traumatischem Schmerz von allen Beteiligten als auszubildende
26 Mindestkompetenz angesehen. Diese Kompetenzen sollen bei allen Maßnahmen nach § 4 Abs. 2 Nr. 1
27 c NotSanG eine Einheitlichkeit ermöglichen, in denen der Notfallsanitäter die erlernten Maßnahmen
28 eigenverantwortlich durchführt.

29 In verschiedenen Algorithmen für die Notfallsanitäter*innenausbildung und -prüfung ist die Gabe von
30 Opiaten regelhaft vorgesehen. So sind für Notfallsanitäter*innen landesweite Regelungen in den

31 Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen und Niedersachsen getroffen worden. In
32 den hessischen Algorithmen ist beispielhaft die Gabe von Morphin, Piritramid und Fentanyl
33 vorgesehen, obwohl diese Medikamente unter die Vorschriften des BtMG fallen.

34 Das BtMG ist seinerzeit geschaffen worden, um die suchtfährdenden Substanzen zu kontrollieren
35 und einem Missbrauch vorzubeugen. Die wirksamen Schmerzmedikamente aus der Gruppe der
36 Opiate, wie z. B. Morphin fallen darunter. Zur damaligen Zeit war es gar nicht in der Diskussion, die
37 Gruppe des Rettungsfachpersonals mit einer Anwendung zu betrauen. Somit wurde im § 13 BtMG die
38 Regelung getroffen, dass „die in Anlage III bezeichneten Betäubungsmittel nur von Ärzten, Zahnärzten
39 und Tierärzten und nur dann verschrieben oder im Rahmen einer ärztlichen, zahnärztlichen oder
40 tierärztlichen

41 Behandlung einschließlich der ärztlichen Behandlung einer Betäubungsmittelabhängigkeit verabreicht
42 oder einem anderen zum unmittelbaren Verbrauch oder nach Absatz 1 a Satz 1 überlassen werden
43 dürfen, wenn ihre Anwendung am oder im menschlichen oder tierischen Körper begründet ist“. Zudem
44 wurden zuletzt Regelungen zur Versorgung von Palliativpatienten mit Betäubungsmitteln geschaffen.
45 Die Jusos möchten, durch eine Änderung des BtMG eine rechtssichere Anwendung von
46 Betäubungsmitteln durch Notfallsanitäter*innen zu ermöglichen.

47 Die Jusos setzen sich dafür ein die Notfallsanitäter*innen als gesonderte Berufsgruppe in die
48 genannten Anwendergruppen im § 13 BtMG mit aufzunehmen. Die Suchtgefahr, der das Gesetz
49 begegnen möchte, ist bei guter Organisation im Rettungsdienst nicht gegeben, da durch die Besetzung
50 der Rettungsmittel ein Vier-Augen-Prinzip und eine durch vier Augen kontrollierte Abgabe einen
51 Missbrauch sehr unwahrscheinlich macht. Durch direkte Übergabe der Betäubungsmittel kann der
52 Verbleib so eng kontrolliert werden, wie in kaum einem anderen Bereich der
53 Betäubungsmittelverwendung. Ziel muss eine rechtssichere Anwendung von Betäubungsmitteln durch
54 Notfallsanitäter*innen ohne Berufung auf rechtfertigende Notstandsgründe (§ 34 Strafgesetzbuch)
55 sein. Wir Jusos sehen im Sinne der Notfallpatienten eine schon lange überfällige Änderung des BtMG
56 herbeizuführen.

G2	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst**

2 In der Bundesrepublik weisen rund 1,7 Millionen Menschen eine behandlungsbedürftige
 3 Alkoholabhängigkeit auf, rund 74.000 sterben jedes Jahr an den Folgen des Alkoholmissbrauchs, 5-10%
 4 davon durch Suizid. Die Alkoholabhängigkeit ist also eine schwere und häufige Erkrankung, deren
 5 Prävention deshalb zentrales Ziel sein muss. Gleichzeitig ist der Alkoholkonsum ein kulturell
 6 verankertes Verhalten, sodass der grundsätzliche Umgang mit Alkohol keine rein therapeutische Frage
 7 (bei Erkrankten) ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche Debatte erfordert. Wir verstehen die
 8 freiheitliche Entscheidung der*des Einzelnen für oder gegen den Konsum von Drogen als beste
 9 Prävention von Kriminalisierung und gesundheitlichen Gefahren durch (potentiell) suchtauslösende
 10 Substanzen. Gerade deshalb muss dieser Anspruch auch in Bezug auf kulturell häufig konsumierte
 11 Suchtstoffe gelten: Die Freiheit zum Alkoholkonsum wird in Deutschland wie in fast keinem anderen
 12 Land der Welt gewährt (sogar das Führen von Kraftfahrzeugen bleibt bei geringen
 13 Blutalkoholkonzentrationen erlaubt), doch ebendiese „Liberalität“ impliziert einen enormen Zwang
 14 zum Konsum. Dieser Zwang entsteht auf mehreren Ebenen, beginnend mit der Peer-Group und
 15 endend mit überdimensionalen Werbeplakaten an nahezu allen öffentlichen Plätzen – Konkurrenz
 16 macht hier nur die Tabakindustrie. Ziel einer progressiven und emanzipatorischen Drogenpolitik muss
 17 es deshalb sein, den Menschen die Entscheidung über den Konsum von Alkohol wirklich selbst zu
 18 überlassen.

19 Prävention beginnt auf der Straße und im Netz

20 Die Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland lagen 2017 bei 619 Millionen Euro.
 21 Dieses Geld wissen die Alkoholproduzent*innen gut angelegt: Werbung (Außenwerbung und Fernseh-
 22 Werbung) für Alkohol erhöht die Wahrscheinlichkeit, mit schädlichem Alkoholgebrauch zu beginnen
 23 und erhöht bei vorbestehendem Alkoholabusus die Trinkmenge (in einer [studienabhängig variablen]
 24 Dosis-Wirkungs-Beziehung). Kinder und Jugendliche werden dabei nicht nur kollateral von
 25 Außenwerbung mit erfasst, sondern gezielt sozialelektiv durch online-Werbung angesprochen.
 26 Selbstverständlich ist Werbung nicht der einzige Manifestationsfaktor für die Entstehung einer
 27 Alkoholabhängigkeit. Doch gerade besonders gefährdete Menschen zeigen eine erhöhte
 28 Empfänglichkeit für Alkoholwerbung und dadurch initiiertes Rauschtrinken. Werbung für Alkohol kann
 29 also nicht dem Zweck dienen, einen kritischen Umgang mit Alkohol zu fördern oder einen
 30 differenzierten Konsum anzustreben, sie dient allein der rücksichtslosen Umsatzsteigerung!
 31 Demgegenüber kann Anderson et al. zeigen, dass Werbeverbote, die Reduktion von Verfügbarkeit und
 32 Preiserhöhungen durch (erhöhte) Besteuerung kosteneffektive Maßnahmen zur Reduktion von
 33 Alkoholfolgeschäden sind (Anderson et al. 2009a). Wir lehnen dabei jedoch das Instrument der
 34 (isolierten) Alkoholsteuererhöhung zur Alkoholismusprävention ab, weil es eine sozialelektive

35 Exklusion bedingt, die nicht mit unserem sozialdemokratischen Verständnis einer solidarischen
36 Steuerpolitik vereinbar ist. Wesentlich ist dementsprechend auch die Reduktion der Verfügbarkeit:
37 Fast flächendeckend kann in Deutschland rund um die Uhr Alkohol gekauft werden, ein Umstand, der
38 nur für wenige andere Produkte zutrifft. Während die Beschaffung von Medikamenten oder
39 Grundnahrungsmitteln sonn- und feiertags mit erheblichem Aufwand und Mehrkosten verbunden ist,
40 können Alkohol und Tabakwaren durchgehend an Tankstellen und Kiosks erworben werden: Genau
41 diese Über-Verfügbarkeit trägt mit zur Omnipräsenz des Alkohols bei und fördert auch den schädlichen
42 Gebrauch. Deshalb fordern wir:

- 43 ▪ Verbot der Außen-, Rundfunk- und Onlinewerbung für alkoholhaltige Getränke

44 Aufklären statt Verbieten

45 Ein selbstbewusster und unabhängiger Umgang mit Alkohol bedarf einer guten Information und
46 Bildung zu dem Thema. Die Bundeszentrale für Gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bietet hier mit
47 Kampagnen einen Ansatz. Zwar konnte bisher nur belegt werden, dass Aufklärungskampagnen das
48 Wissen über schädlichen Alkoholkonsum, eine Änderung der Einstellung zum Alkoholkonsum sowie
49 ein verstärktes Wahrnehmen von Therapieangeboten bewirken, diese Effekte rechtfertigen dennoch
50 intensive Aufklärungsarbeit. Deutlich wird hier aber auch, welchen zentralen Stellenwert die
51 Vorbeugung von suchtauslösenden Faktoren hat. Wir fordern deshalb:

- 52 ▪ Ausbau der finanziellen Ausstattung der BZgA
- 53 ▪ Ausbau der öffentlichen Aufklärungskampagnen und Schaffung zusätzlicher
- 54 Aufklärungsangebote für Schulen
- 55 ▪ Umfassende Verankerung des Themas „Substanzabhängigkeit“ in den Kerncurricula

56 Im eigenen Verband

57 Wesentlicher Faktor der Manifestation einer Alkoholabhängigkeit bleibt jedoch das persönliche
58 Umfeld. Der subkulturelle Umgang mit Alkohol ist nicht nur Rahmenbedingung für die Entwicklung
59 eines schädlichen Alkoholkonsums, sondern auch eine wichtige Bedingung für Krankheitseinsicht und
60 Therapieerfolg. Der oben skizzierte gesamtgesellschaftliche Wandel hin zu einem wirklich freien
61 Alkoholkonsum beinhaltet damit auch die Freiheit zum Nicht-Konsum, die wir selbst in unserem
62 Verband vorleben wollen.

63 **Begründung:**

64 Die im internationalen Vergleich in Deutschland hochprävalente (3,4% der Gesamtbevölkerung
65 Alkoholabhängigkeit stellt nicht nur ein häufiges und schweres Krankheitsbild dar, sie ist auch Ausdruck
66 einer sozial und altersabhängig stratifizierten Erkrankung. Besonders junge Menschen (18-20 Jahre
67 und 21-24 Jahre) sind häufig von Alkoholabhängigkeit betroffen (6,4% bzw. 6,1%). Der Alkoholismus
68 ist also ein wichtiges politisches Feld gerade auch der politischen Jugendorganisationen. Vor dem
69 Hintergrund der sozialselektiven und zielgerichteten Werbung für Alkohol für Kinder und Jugendliche
70 verschärft sich das politische Problem von Alkoholwerbung generell: Eine besonders in Deutschland
71 hoch profitable Branche nutzt Werbung, um die ohnehin bestehende kulturelle Verbreitung des
72 Alkoholkonsums weiter emotional aufzuladen. Werbung hat nie den Zweck, die freie
73 Konsumententscheidung zu ermöglichen, sondern zielt immer darauf, die Kaufentscheidung (zwangsläufig
74 unselbstständig) zu beeinflussen. Solange der Kapitalismus nicht überwunden ist, scheint Werbung in
75 der Fata Morgana des freien Marktes die notwendige Hitze darzustellen, so als unterschieden sich die

76 Produkte im Regal der neoliberalen Globalisierung tatsächlich. In Bezug auf Suchtstoffe aber können
77 wir doch die Werbemanipulation gerade derer, die die höchste Gefahr haben, an einer
78 Alkoholabhängigkeit zu leiden, am wenigsten zulassen!

79 Was wir stattdessen brauchen ist eine Kultur des kritischen Konsums und des Respekts für beide
80 Entscheidungen: für und gegen den Alkoholkonsum. Kulturelle Veränderungen sind nicht klar
81 steuerbar, sie sind aber beeinflussbar. Eine öffentliche Debatte und systematische Aufklärungen
82 können ebenso dazu beitragen, den Umgang mit Alkohol auf subkultureller Ebene zu verändern wie
83 ein aktives Vorleben. Und einen weiteren wichtiger Aspekt des Alkoholkonsums direkt bei den Jusos
84 greift die hannoversche Bezirksvorsitzende Silke Hansmann auf: „[...]Besonders als Frau habe ich das
85 Gefühl, dass mir immer wieder auf Veranstaltungen und auch privat Alkohol aufgedrängt wird. Selbst
86 wenn klaggestellt wurde, dass man gar keinen Alkohol trinkt, heißt es „Ach, ein Sekt geht doch immer“.
87 Hier wird natürlich bewusst meine freie Entscheidung und mein Urteilsvermögen angezweifelt [...]“.
88 Ein kulturell erzwungener Alkoholkonsum fördert also häufig auch sexistische Stereotype, deren
89 Fortführung kein progressives politisches Ziel sein kann.

90 Dieser Antrag soll nicht den Alkohol oder seinen Konsum dämonisieren oder den Spaß an einem
91 feuchtfröhlichen Abend nehmen, er soll ihn mit seinen Maßnahmen erstrecht erlauben – für alle in
92 eigener, freier Entscheidung!

93 *Anderson P, Chisholm D, Fuhr DC (2009a): Effectiveness and cost-effectiveness of policies and*
94 *programmes to reduce the harm caused by alcohol. The Lancet 373, 2234–2246*

95 *Anderson P, de Bruijn A, Angus K, Gordon R, Hastings G (2009b): Impact of alcohol advertising and*
96 *media exposure on adolescent alcohol use: a systematic review of longitudinal studies. Alcohol Alcohol*
97 *Oxf Oxfs 44, 229–243*

98 *D’Amico EJ, Martino SC, Collins RL, Shadel WG, Tolpadi A, Kovalchik S, Becker KM (2017): Factors*
99 *Associated with Younger Adolescents’ Exposure to Online Alcohol Advertising. Psychol Addict Behav J*
100 *Soc Psychol Addict Behav 31, 212–219*

101 *Lieb K, Frauenknecht S, Brunnhuber S: Intensivkurs Psychiatrie und Psychotherapie. 7. Auflage; Urban*
102 *& Fischer Verlag, München 2012*

103 *McClure AC, Tanski SE, Li Z, Jackson K, Morgenstern M, Li Z, Sargent JD (2016): Internet Alcohol*
104 *Marketing and Underage Alcohol Use. Pediatrics 137, e20152149*

105 *Pabst A, Kraus L, Matos EG de, Piontek D (2013): Substanzkonsum und substanzbezogene Störungen in*
106 *Deutschland im Jahr 2012. SUCHT 59, 321–331*

107 *Young B, Lewis S, Katikireddi SV, Bauld L, Stead M, Angus K, Campbell M, Hilton S, Thomas J, Hinds K,*
108 *et al. (2018): Effectiveness of Mass Media Campaigns to Reduce Alcohol Consumption and Harm: A*
109 *Systematic Review. Alcohol Alcohol Oxf Oxfs 53, 302–316*

110 *Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland bis 2017 | Statistik.*
111 *[https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151370/umfrage/werbeausgaben-fuer-alkoholische-](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/151370/umfrage/werbeausgaben-fuer-alkoholische-getraenke/)*
112 *getraenke/; Zugriff am 15.03.2019*

113

G5	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

114

1 **Pflegt die Pflege!**

2 Seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts wird in der Bundesrepublik vom Pflegenotstand
3 gesprochen. Es wurde und wird über miserable Arbeitsbedingungen und mangelndes (examiniertes)
4 Personal geklagt. Im Zeitraum von 1995 bis 2008 wurden mit der Aussetzung des PPRs (Pflegepersonal-
5 Regelung) mehr als 50.000 Arbeitsstellen abgebaut. Laut Studien werden bis zum Jahre 2030 bis zu
6 480.000 Pflegekräfte mehr benötigt.

7 Wir fordern die Bundesregierung dazu auf:

- 8 ▪ Den PPR für alle stationären Pflegeeinrichtungen und alle Krankenhausstationen einzuführen,
9 und das auf einem realitätsnahen Niveau.
- 10 ▪ Eine höhere Vergütung für die Ambulante Pflege einzuführen.
- 11 ▪ Die Praxis der immer kürzeren Liegezeiten und die darauffolgende ambulante oder kurzzeitige
12 Verlegung ins Pflegeheim zu stoppen.
- 13 ▪ Zu prüfen, ob der MDK (Medizinischer Dienst der Krankenkassen) Prüfungen nicht mehr
14 periodisch, sondern stichprobenhaft und anlassbezogen durchführen und freiwerdende Kräfte
15 zur Fortbildung aufwenden sollte.
- 16 ▪ Fortbildungen von Pflegehelfer*innen zu vollsexaminierten Pflegekräften voll zu finanzieren.
- 17 ▪ Stationäre Pflege und Krankenhäuser zu entkommerzialisieren und zu kommunalisieren.
- 18 ▪ Betreute Wohngruppen zu stärken.

G6

Antragsteller*innen:

UB Schaumburg

Weiterleitung:

SPD-Landesparteitag

Angenommen **Abgelehnt** **Überwiesen an:**

19

1 **Gesünder leben dank besserer Lebensmittelkennzeichnung**

2 Wir fordern eine eindeutige, verständliche und lesbare Kennzeichnung von Lebensmitteln und eine
3 besser verständliche Nährwertdarstellung, insbesondere hinsichtlich des Zuckergehalts. Weiter
4 fordern wir Themenwochen in Schulen, bei denen Kindern der Umgang mit frischen Lebensmitteln
5 nahegebracht wird. Bei diesen sollen auch die Eltern einbezogen werden. Das gemeinsame Kochen
6 und das Kennenlernen von neuen, gesunden Rezepten kann somit in die gesamte Familie getragen
7 werden.

8 **Begründung:**

9 Die Fettleibigkeit bei Kindern und Erwachsenen nimmt immer weiter zu. Auch werden die
10 unterschiedlichen Kennzeichnungsformen immer unübersichtlicher und sind schlecht lesbar. Dies
11 bedeutet nicht nur, dass die Schrift sehr klein ist, sondern dass in vielen Fällen die Inhaltsstoffe als
12 Abkürzungen oder mit Fremdwörtern verklausuliert werden. Vielen Menschen können diese ohne eine
13 Lesehilfe nicht mehr entziffern. Auch verlieren immer mehr Verbraucher den Bezug zur Herkunft der
14 Lebensmittel. Teilweise können Schulkinder Tomaten oder Gurken nicht benennen.

15 Daher fordern wir eine eindeutige, verständliche und lesbare Kennzeichnung von Lebensmitteln und
16 eine besser verständliche Nährwertdarstellung, insbesondere hinsichtlich des Zuckergehalts. Weiter
17 fordern wir Themenwochen in Schulen, bei denen Kindern der Umgang mit frischen Lebensmitteln
18 nahegebracht wird. Bei diesen sollen auch die Eltern einbezogen werden. Das gemeinsame Kochen
19 und das Kennenlernen von neuen, gesunden Rezepten kann somit in die gesamte Familie getragen
20 werden.

<h1>G11</h1>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Für eine umfassende (Gesundheits-)Politik der sexuellen**
2 **Selbstbestimmung**

3 Das derzeitige Gesundheitssystem beschränkt Frauen in ihrem Recht auf körperliche Integrität,
4 Autonomie und selbstbestimmte Familienplanung. Frauen in Deutschland sehen sich im Falle einer
5 ungewollten Schwangerschaft nicht nur mit einer gesetzlichen Austragungspflicht konfrontiert,
6 sondern zugleich auch mit vielerlei Einschränkungen und Verboten, die den Frauen nicht nur die
7 ohnehin schwierige Entscheidung erschweren, sondern auch ihre Gesundheit gefährden. Damit wird
8 Frauen das Recht auf eine eigenständige Entscheidung genommen und zugleich die Fähigkeit, diese zu
9 treffen, abgesprochen.

10 Dabei ist der Paragraph 218 ein historisches Relikt. Er besteht seit 1872, wurde 1933 wieder eingeführt
11 und ist bis heute erhalten geblieben. Auch nach der Wiedervereinigung wurde die Chance nicht
12 genutzt, das weitaus fortschrittlichere Abtreibungsrecht der DDR (in den ersten drei Monaten konnte
13 eine Abtreibung ohne Pflichtberatung erfolgen) zu übernehmen.

14 Aber nicht nur die rechtliche Lage, sondern auch die medizinische Infrastruktur erschwert es Frauen,
15 eigenständig über ihren Körper zu entscheiden. So ist es im ländlichen Raum zunehmend schwierig,
16 einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen, da immer weniger Kliniken und Praxen diesen
17 anbieten. Kliniken in katholischer Trägerschaft führen fast ausschließlich keine
18 Schwangerschaftsabbrüche durch. Medizinisches Personal kann laut dem § 12 des
19 Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetzes ohne Angabe von Gründen die Durchführung oder
20 Beteiligung an Schwangerschaftsabbrüchen verweigern und das obwohl dieser Eingriff, z.B. oft auch
21 notwendig nach einer Fehlgeburt, mit der häufigste gynäkologische Eingriff ist. Da ein
22 Schwangerschaftsabbruch kein verpflichtender Teil der gynäkologischen Fachärzt*innenausbildung ist,
23 werden immer mehr Gynäkolog*innen ausgebildet, ohne diesen Eingriff zu erlernen, z.B. da ihre Klinik
24 diesen Eingriff grundsätzlich nicht durchführt. Aus diesem Grund und durch die Kriminalisierung von
25 Schwangerschaftsabbrüchen finden sich immer weniger Ärzt*innen, die noch bereit bzw. in der Lage
26 sind, diesen Eingriff vorzunehmen.“

27 Neben der medizinischen Infrastruktur muss auch die Kostenübernahme durch die Krankenkassen
28 geändert werden, um dem Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung zu entsprechen. So sollen
29 gesetzliche und private Krankenkassen zukünftig alle Schwangerschaftsabbrüche bezahlen und nicht
30 zwischen welchen ohne und mit medizinischer oder kriminologischer Indikation unterscheiden. Frauen
31 haben das Recht, diesen Eingriff auf eigenen Wunsch vorzunehmen, und sollten in dieser ohnehin nicht
32 einfache Situation nicht auch noch dazu gezwungen werden, ihre Einkommensverhältnisse

33 offenzulegen bzw. die Kosten von je nach Eingriff oder Praxis zwischen 300 und 600 Euro selbst zu
34 tragen.

35 Zum Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gehört neben dem Recht auf einen
36 Schwangerschaftsabbruch auch das Recht auf Unterstützung bei der Entscheidung für ein Kind. Frauen
37 muss es in unserer Gesellschaft ermöglicht werden, die eigene Lebensplanung trotz eines Kindes
38 weiter verfolgen zu können. Ungewollt Schwangere sind durch das
39 Schwangerschaftskonfliktberatungsgesetz dazu verpflichtet, an einem externen Beratungsgespräch
40 teilzunehmen und nach der Zwangsberatung eine dreitägige Frist vor dem Eingriff einzuhalten.
41 Gesetzgeberisch ist festgehalten, dass diese Beratung zwangsweise das Ziel haben muss, die
42 Schwangerschaft zu erhalten. Dieses Gesetz ist bevormundend, stellt Frauen unter Generalverdacht
43 und spricht ihnen ab, eine eigenständige Entscheidung treffen zu können. Frauen unterliegen in
44 unserem Gesundheitssystem noch immer strukturellen Benachteiligungen und Kontrollen, die ihren
45 Ursprung in einer männlich dominierten Gesellschaft haben und diese weiter stärken. Gesellschaftliche
46 Diskussionen, wie die um den Paragraphen 219a, zeigen deutlich, dass Frauen das Recht auf eine
47 eigenständige Entscheidung über ihren Körper von Teilen der Gesellschaft noch immer abgesprochen
48 wird. Um das Recht der Frau auf sexuelle Selbstbestimmung zu stärken, fordern wir deshalb:

- 49 ▪ Den Paragraphen 219a aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.
- 50 ▪ Den Paragraphen 218 ff. StGB zu streichen.
- 51 ▪ Die Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung für die Durchführung von
52 Schwangerschaftsabbrüchen sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum durch den Staat
53 sicherzustellen.
- 54 ▪ Abtreibung als verpflichtender Bestandteil in die gynäkologische Facharztausbildung
55 einzubinden.
- 56 ▪ Die verpflichtende Kostenübernahme für den Eingriff und die mit dem Eingriff verbundenen
57 Aufwendungen durch die Krankenkassen.
- 58 ▪ Die Kostenübernahme für Verhütungsmittel sowie die Tests für sexuell übertragbare
59 Krankheiten, damit die sexuelle Selbstbestimmung nicht von den finanziellen Mitteln abhängig
60 ist.
- 61 ▪ Soziale und ökonomische staatliche Unterstützung und die notwendige Infrastruktur für alle,
62 die sich für ein Kind entscheiden, damit sie ihre eigene Lebensplanung aufrechterhalten
63 können.
- 64 ▪ Die Streichung des Zwangs zu einem Beratungsgespräch hin zu einem Anrecht auf ein externes
65 Beratungsgespräch auf Wunsch der Schwangeren. Dazu muss die weitere Finanzierung der
66 Beratungsstellen sichergestellt bleiben. Ein medizinisches Beratungsgespräch durch den*die
67 eigene*n Gynäkolog*in bleibt natürlich erhalten.

ANTRAGSBEREICH: I -Inneres

1

I 2	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Schafft sichere Häfen!**

2 Wir fordern Das Land Niedersachsen und insbesondere die SPD vor Ort dazu auf, sich zu einem sicheren
3 Hafен zu erklären. Dazu gehört, dass sich Stadt und Landkreis auf folgende Punkte einigen:

4 1. Öffentliche Solidaritätserklärung

5 Das Land Niedersachsen erklärt sich mit Menschen auf der Flucht und damit u.a. den folgenden Zielen
6 der SEEBRÜCKE solidarisch.

7 2. Aktive Unterstützung der Seenotrettung

8 Das Land Niedersachsen positioniert sich öffentlich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung auf
9 dem Mittelmeer und unterstützt zudem die Seenotrettung aktiv. Sie übernimmt außerdem die
10 Patenschaft und finanzielle Unterstützung für ein ziviles Seenotrettungsschiff oder beteiligt sich daran.

11 3. Aufnahme zusätzlich zur Quote

12 Das Land Niedersachsen stellt die schnelle und unkomplizierte Aufnahme und Unterbringung von aus
13 Seenot geretteten Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote von Schutzsuchenden sicher. Dabei
14 erklärt sie sich bereit, aus Seenot gerettete Menschen, direkt aufzunehmen und unterzubringen. Diese
15 Aufnahme geschieht zusätzlich zur Verteilungsquote Asylsuchender. Hierzu wird vom Lande
16 Niedersachsen auf ein Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat,
17 dem Bundesamt für Migration hingewirkt.

18 4. Aufnahmeprogramme unterstützen

19 Das Land Niedersachsen setzt sich gegenüber der Bundesregierung für die Einrichtung neuer bzw. die
20 deutliche Ausweitung bestehender Programme zur legalen Aufnahme von Flüchtenden ein und bietet
21 dazu selbst zusätzliche Aufnahmeplätze an:

- 22 Das Bundesland Niedersachsen führt ein eigenständiges humanitäres Aufnahmeprogramm für
23 Flüchtende gem. §23 Abs. 1 AufenthG ein und ermöglicht damit Flüchtenden die legale
24 Einreise nach Deutschland und einen legalen Aufenthalt.
- 25 Das Land Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen des Resettlements gem.
26 §23 Abs. 4 AufenthG und anderen Programmen der legalen Aufnahme von Flüchtenden
27 dauerhaft und verlässlich erheblich höhere Aufnahmequoten als bisher zu vereinbaren. Nur so
28 kann Deutschland seiner Verantwortung nachkommen, Menschen die Flucht auf gefährlichen
29 illegalisierten Wegen zu ersparen.

- 30 ▪ Das Land Niedersachsen erklärt sich der Bundesregierung gegenüber bereit, zusätzliche
31 Aufnahmeplätze für Einreisende in diesen Programmen verlässlich zur Verfügung zu stellen.

32 5. Nationale und europäische Vernetzung/ Bündnis Sichere Häfen

33 Für die Umsetzung der oben genannten Punkte setzt sich das Land Niedersachsen auf nationaler und
34 europäischer Ebene aktiv ein. Das Bundesland Niedersachsen beteiligen sich an der Gründung eines
35 Bündnisses aller Sicheren Hafen in Europa zur aktiven Gestaltung einer menschenrechtskonformen
36 europäischen Migrationspolitik.

37 7. Transparenz

38 Das Land Niedersachsen veröffentlicht alle unternommenen Handlungen, mit denen Niedersachsen zu
39 einem Sicheren Hafen wird.

1

ANTRAGSBEREICH: **Int** - Internationales

Int 1	Antragsteller*innen:	UB Rotenburg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Antisemitismus in den Vereinten Nationen**

2

3 Als der Charta der Vereinten Nationen am 24. Oktober 1945 ratifiziert wurde, setzten sich die 51
4 Gründungsstaaten hohe Ziele. So steht in Artikel 1 des Chartas, dass die Vereinten Nationen es sich als
5 Ziel setzten: „den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck
6 wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu
7 beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale
8 Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel
9 nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen“.

10 Ob die Vereinten Nationen dieses Ziel je erreichen werden, kann an dieser Stelle nicht beantwortet
11 werden. Trotzdem muss festgestellt werden, dass die Vereinten Nationen durch einen enormen
12 Mitgliederzuwachs auf mittlerweile 193 Mitglieder und der Bildung zahlreicher Unterorganisationen,
13 einen Wandel durchlebt haben, der die Situation und das System der Vereinten Nationen stark
14 verändert hat.

15 Teil dieser Entwicklung ist die unverhältnismäßige Verurteilung des einzigen demokratischen Staates
16 im Nahen Osten, Israel, durch die zahlreichen Organe der Vereinten Nationen. Bei einem genauen Blick
17 auf die Zusammensetzung dieser Organe wird schnell deutlich, wer dafür sorgt, dass Israel regelmäßig
18 verurteilt wird. Es sind Staaten wie Malaysia, der Iran und der sogenannte „Staat Palästina“, welcher
19 bei den Vereinten Nationen einen Beobachterstatus hat. Aber auch europäische Staaten tragen
20 antiisraelische Resolutionen der Vereinten Nationen oft mit, oder können sich höchstens zu einer
21 Enthaltung überwinden.

22 Der Menschenrechtsrat:

23 Der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen trägt seinen Titel erst seit dem Jahre 2006. Die
24 Vorgängerorganisation, die UN-Menschenrechtskommission, stand zuvor heftig in der Kritik, da sie von
25 den Mitgliedern dazu missbraucht wurde, Verurteilungen durch die Vereinten Nationen zu verhindern.

26 Aber auch der Menschenrechtsrat ist in dieser Hinsicht nicht besser. Eine Statistik der
27 Nichtregierungsorganisation „UN-Watch“ aus dem Jahre 2015 kommt zu dem Schluss, dass Israel seit
28 der Gründung des Menschrechtsrates 62 Mal verurteilt wurde, aber alle anderen Staaten
29 zusammengerechnet nur 55 Mal. An dieser Stelle werden die antiisraelischen Bestrebungen des

30 Menschenrechtsrates, dem momentan unter anderem Saudi-Arabien (0 Mal verurteilt) und der Irak (0
31 Mal verurteilt) angehören, deutlich.

32 Ein Menschenrechtsrat, aus großen Teilen aus tyrannischen Staaten besteht, die ihre Mehrheit dazu
33 nutzen, Israel zu delegitimieren und die eigenen begangenen Menschenrechtsverletzungen zu
34 vertuschen, ist aus unserer Perspektive nicht tragbar.

35 Daher fordern wir

- 36 ▪ die umgehende Umgestaltung des Menschenrechtsrats zu einem Organ dem wirklich nur
37 demokratische Staaten angehören, die die universellen Menschenrechte achten und schützen.

38 Die UNWRA:

39 Die "United Nation Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East" (UNWRA) ist eine
40 besondere Unterorganisation der Vereinten Nationen. Warum? Weil sie speziell für palästinensische
41 Geflüchtete zuständig ist, während alle anderen Geflüchteten unter den Zuständigkeitsbereich des
42 Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) fallen. Es ist daher mehr als
43 fragwürdig, warum ausgerechnet die palästinensischen Geflüchteten ein eigenes Hilfswerk brauchen.
44 Als Legitimationsgrund wird immer wieder die hohe Anzahl der palästinensischen Geflüchteten
45 genannt, die aber kritisch untersucht werden muss, da palästinensische Geflüchtete im Gegensatz zu
46 allen anderen Geflüchteten ihren Status an ihre Nachkommen weitervererben. Dadurch kommt eine
47 unrealistisch hohe Zahl zu Stande. Außerdem muss die Arbeit der UNRWA kritisch betrachtet werden,
48 da immer wieder berichte auftauchen die zeigen, dass in den UNRWA-Schulen antisemitische
49 Unterrichtsinhalte vermittelt werden. So findet man in vielen Unterrichtsräumen Landkarten, auf
50 denen Israel nicht eingezeichnet ist.

51 Statt den Kindern zu ermöglichen später ein eigenständiges Leben zu führen, wird ihnen Hass auf
52 Jüdinnen und Juden vermittelt und sie werden radikalisiert.

53 Daher fordern wir

- 54 ▪ die Eingliederung der palästinensischen Geflüchteten in die UNHCR und die Auflösung der
55 UNRWA.
- 56 ▪ die Abschaffung des Rechts auf Weitervererbung des Geflüchtetenstatus.
- 57 ▪ einen Unterricht, der palästinensischen Kindern eine Perspektive bietet, anstatt Hass auf
58 Jüdinnen und Juden zu vermitteln.

59 Die UNESCO:

60 Die Weltkulturorganisation der Vereinten Nationen verurteilte zwischen 2009 und 2014 in 46 von
61 insgesamt 47 Resolutionen Israel. In den Resolutionen wird regelmäßig der Bezug von Jüdinnen und
62 Juden zu Jerusalem geleugnet. Da die Staaten, die Israel auch in andere Gremien immer wieder
63 delegitimieren, dort quasi eine Mehrheit haben, ist die Situation der UNESCO höchst beunruhigend.

64 Daher fordern wir

- 65 ▪ Deutschland auf, sich in der UNESCO gegen Antisemitismus einzusetzen und antisemitische
66 Resolutionen zu verhindern. Um dieses Ziel zu erreichen, behält sich Deutschland vor,
67 Zahlungen an die UNESCO zu verringern

68 Der Sicherheitsrat:

69 Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen kann dadurch, dass er verbindliche Entscheidungen für alle
70 Mitglieder treffen kann, als das mächtigste Organ der Vereinten Nationen bezeichnet werden. Die
71 sogenannten fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates (USA, Frankreich, Großbritannien,
72 Russland und China) haben ein Veto. Schon seit mehreren Jahren wird über eine Erweiterung oder
73 Abschaffung des Vetos diskutiert. Auch wenn wir die Kritik am Vetorecht Russlands und China teilen,
74 durch welches zum Beispiel die Handlungsfähigkeit im Syrienkonflikt eingeschränkt wird und Syriens
75 Diktator Assad geschützt wird, sind Forderungen nach einer Öffnung des Sicherheitsrates für viele
76 Länder oder die komplette Abschaffung des Vetos für alle Staaten gefährlich. Bisher nutzen die USA
77 ihr Veto um unter anderem einseitige Resolutionen gegen Israel zu verhindern. Sollten die Staaten, die
78 Israel über internationale Beschlüsse das Leben schwer machen wollen, mehr Macht im Sicherheitsrat
79 erlangen, wäre dies ein schwerer Schlag ins Gesicht der Vereinten Nationen und würde dazu führen,
80 dass die Ziele der Vereinten Nationen endgültig verraten werden würden.

81 Deutschland ist seit Beginn dieses Jahres erneut als nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat
82 vertreten und hat dadurch Einfluss auf die Politik und die Entwicklung des Sicherheitsrates.

83 Daher fordern wir

- 84 ▪ dass Deutschland als momentan nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat eine
85 israelsolidarische Politik betreibt.

86 Abschließend lässt sich sagen, dass die Vereinten Nationen sich zu einer internationalen Organisation
87 entwickelt haben, in der die antiisraelischen Kräfte immer mächtiger werden. Von den eben
88 genannten Beispiele gibt es leider viele mehr. Dies können wir als antifaschistischer
89 Richtungsverband nicht zulassen! Wir müssen uns mit Israel solidarisieren und die antisemitischen
90 Strukturen der Vereinten Nationen benennen und kritisieren.

91 Wir unterstützen die Vereinten Nationen als Friedensprojekt des 20. und 21- Jahrhunderts und halten
92 die demokratische, humanitäre und menschenrechtliche Arbeit für unverzichtbar. Die UN gilt daher
93 als Meilenstein der internationalen Politik, doch dürfen wir unsere Augen nicht verschließen vor
94 Fehlern und falsche Entwicklungen innerhalb der UN. Einseitige und antisemitische Kritik und
95 Entscheidung der UN sind ein solcher Fehler. Es ist unsere Pflicht diese zu benennen und ihnen
96 entgegen zu wirken. Die UN bedarf, wie jede Organisation, einen ständigen Wandel und Reformwillen
97 damit Fehler korrigiert werden können und rassistische, antidemokratische und antisemitische
98 Tendenzen keinen Nährboden finden. Nur durch eine grundlegende Reform der UNO lässt sie sich
99 wieder auf ihre Grundziele des Weltfriedens und die Einhaltung der Menschen- und Völkerrechte
100 besinnen.

101 *Quellen:*

102 *Alex Feuerherdt, Florian Markl: Vereinte Nationen gegen Israel.*

103 <https://www.unwatch.org/en/>

104 <https://www.unric.org/de/charta>

105

106

Int 2	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Europäischer Personalausweis**

2 Wir fordern die Ablösung des nationalen Personalausweises durch einen europäischen
3 Personalausweis. Dieser Personalausweis muss bindend für alle Mitgliedstaaten sein.

4 **Begründung:**

5 Der Personalausweis stellt da zu welchem Staat und welcher Gemeinschaft eine Person gehört. Es kann
6 nur in unserem Interesse liegen, dass sich die Menschen in Europa auch als Europäer verstehen.

7 Nationalstaatliches Denken widerspricht einem starken und toleranten Europa.

Int 3

Antragsteller*innen:

Bezirk Braunschweig

Weiterleitung:

Angenommen Abgelehnt Überwiesen an:

1 Europa ist keine Festung – Seenotrettung ist kein Verbrechen

2 Jeden Tag sterben Menschen auf dem Meer. In den Nachrichten wird der Fokus auf eine Gruppe Kinder
3 gelenkt, die in einer Höhle eingesperrt sind und auf Rettung warten. Etliche Tage wird davon in dem
4 Medien berichtet. Ein schlimmes Ereignis. Aber wo bleibt der Medientrommel, der Liveticker und der
5 Austausch über all die Kinder die täglich im Mittelmeer sterben? Die in Lagern verhungern, die ihre
6 durch Anschläge gestorbenen Eltern in den Händen halten?

7 An diesem Beispiel lässt sich am meisten erkennen wir die Geflüchteten von unserer Gesellschaft
8 mittlerweile entmenschlicht wurden. Es sind in vielen Augen Geflüchtete die da nicht nach
9 Deutschland kommen. Doch in Wirklichkeit sind es Menschen, die ertrinken und sterben.

10 Und was macht Europa? Europa guckt ihnen zu. Seenotretter*innen, die ihr eigenen Leben zum
11 Beispiel vor der Küsten Libyens riskieren werden vor Gericht zitiert. Das ist pervers und unmenschlich.
12 Wann sind Helden in unserer Gesellschaft zu Verbrechern geworden? Wann ist das Retten von
13 Menschenleben zu einer Straftat geworden. Werden Feuerwehrmänner*frauen, Notärzt*innen und
14 andere demnächst auch für ihre wichtigen und großartigen Leistungen angeklagt?

15 Was ist Europa wert, wenn wir unsere eigenen Grundwerte geprägt von Menschenrechten nicht
16 einmal selber einhalten? Jede*r hat ein Recht auf Unversehrtheit, auf Freizügigkeit, auf Leben!

- 17 ▪ Wir Jusos solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und fordern von der deutschen
18 und europäischen Politik umgehend sichere Fluchtwege und eine Entkriminalisierung der
19 Seenotrettung sowie die menschenwürdige Aufnahme dieser Personen!
- 20 ▪ Als Zwischenschritt fordern wir, dass die niedersächsische Gemeinde und Städte wie immer
21 mehr Städte explizit dazu bekennt, Menschen in Seenot aufzunehmen. Zurzeit dürfen
22 Rettungsschiffe nur an den Hafen gelassen werden, wenn vorher bekannt ist, wo genau die
23 geflüchteten Menschen hinziehen sollen. Daher ist es wichtig, dass immer mehr Städte Farbe
24 bekennen!
- 25 ▪ Die S&D Fraktion muss sich dafür einsetzen, dass es wieder eine Seenotrettungsmission der
26 europäischen Union gibt. Diese muss die Flüchtlinge dann sicher in die EU bringen.
- 27 ▪ Die SPD muss sich klar gegen die Illegalisierung von ziviler Seenotrettung einsetzen und wird
28 sich dafür stark machen, dass gerichtliche Verfahren eingestellt werden und die Freiwilligen
29 unterstützt werden. Eine Registrierung der Schiffe ins deutsche Schiffsregister muss dabei ein
30 erster Schritt sein.

<h1>Int 5</h1>	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Europas Verantwortung: Koloniales Raubgut zurückgeben!**

2 Europas Geschichte ist untrennbar mit dem Kolonialismus und der Ausbeutung, Landnahme und
3 Unterdrückung außereuropäischer Gebiete und ihrer Bevölkerungen verbunden. Dieser Aspekt der
4 Geschichte geht in der öffentlichen Wahrnehmung in Europa jedoch oft unter. Um endlich in einen
5 Dialog mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Kolonien treten zu können, fordern wir von den
6 ehemaligen europäischen Kolonialmächten und ihren Nachfolgestaaten, dass die Aufarbeitung der
7 Kolonialvergangenheit sichtbar erfolgt und in die öffentliche Bildung einfließt.

8 Vor allem fordern wir als ersten konkreten Schritt, koloniales Kulturgut, das sich in europäischen
9 Museen und Sammlungen befindet, mit Herkunftsangaben zu listen und den Herkunftsregionen die
10 Rückgabe anzubieten, ähnlich wie es mit dem Raubgut von Juden*Jüdinnen nach dem Dritten Reich
11 passierte. Das gilt insbesondere für Objekte, die einen kultischen Hintergrund haben und/oder
12 eindeutig als Raubgut einzustufen sind.

13 Da der Kolonialismus eine historische Schuld Europas ist und bis heute das Bild von Europa in vielen
14 Teilen der Welt prägt, kann die Aufarbeitung jedoch nicht allein den Mitgliedstaaten überlassen
15 werden. Wir fordern daher, dass sich die EU der Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit verschreibt
16 und dass die EU ein Forum zum Austausch über den Umgang mit kolonialem Kulturerbe bietet. Durch
17 Wissen- und Erfahrungstransfer zwischen den Mitgliedstaaten sowie Nicht-Mitgliedstaaten mit
18 kolonialer Vergangenheit soll die kulturelle Dekolonialisierung erleichtert werden.

19 Die EU soll die Mitgliedstaaten zur Aufarbeitung in ihren staatlichen Museen und Sammlungen drängen
20 sowie finanzielle Anreize setzen und die Vernetzung mit Wissenschaftler*innen in den ehemaligen
21 Kolonien fördern. Die EU soll die Debatte über die Rückgabe der Kolonialgüter zum Anlass nehmen,
22 Museen und andere Kultureinrichtungen in ehemaligen Kolonien bei ihrer Auseinandersetzung mit der
23 kolonialen Vergangenheit finanziell zu unterstützen. Dazu soll ein eigenes Kulturförderprogramm für
24 die ehemaligen Kolonien geschaffen werden. Eine solche Förderung darf nicht paternalistisch
25 vorschreiben, wie die Aufarbeitung stattzufinden hat, sondern soll Initiativen und Konzepte aus den
26 ehemaligen Kolonien unterstützen. Dazu sollen die Washingtoner Prinzipien von 1998 ausgeweitet
27 werden. Die Restitution des geraubten Kulturguts sollte ähnlich zur Restitution von NS-Raubgut seit
28 1945 ablaufen.

29 Wir fordern endlich eine gesamteuropäische Initiative zur Aufarbeitung der Kolonialverbrechen und
30 zur Dekolonialisierung der europäischen Museumslandschaft. Diese Initiative muss von der
31 Europäischen Union vorgebracht werden. Wir dürfen sie nicht dem Gutdünken der Nationalstaaten
32 überlassen. Gleichzeitig sollte die Rückgabe nur unter den Bedingungen erfolgen, dass das Zielland die
33 Sicherheit der Güter gewährleisten kann.

34 **Begründung:**

35 Die Europäische Union versteht sich selbst als Friedensmacht und als eine Verteidigerin von
36 Menschenrechten. Die Geschichte vieler ihrer Mitgliedstaaten ist jedoch vom Kolonialismus geprägt.
37 Insbesondere die Phase des Imperialismus und des sogenannten Wettlaufs um Afrika liegt noch nicht
38 lange zurück. Die meisten afrikanischen Kolonien wurden erst 1960 unabhängig – also vor nicht einmal
39 60 Jahren. Die Erinnerungen an die Kolonialvergangenheit sind vielen der kolonialisierten
40 Bevölkerungen noch sehr bewusst. Bis heute haben die ehemaligen Kolonialmächte diese Zeit kaum
41 aufgearbeitet und die Schuld ihrer Länder benannt. Das betrifft auch Deutschland, dessen
42 Kolonialvergangenheit häufig ignoriert wird. Der Völkermord an den Herero und Nama im heutigen
43 Namibia durch die deutsche Kolonialmacht wurde von der Bundesregierung zwar inzwischen als
44 Völkermord anerkannt, aber nur in einem politisch-historischen und nicht in einem rechtlichen Sinne
45 und schließt Reparationen aus. Das zeigt beispielhaft, wie sich europäische Staaten ihrer
46 Verantwortung entziehen.

47 Im Zuge des Kolonialismus wurde zahlreiche Kulturgüter aus den Kolonien entfernt und nach Europa
48 gebracht. Insbesondere ethnologische Museen und Sammlungen sind voll mit dem Kulturerbe nicht-
49 europäischer Bevölkerungen, die die Schätze ihrer eigenen Kulturen vermutlich nie zu sehen
50 bekommen werden. Bei Raubgut ist die ethische Verpflichtung zur Rückgabe besonders offensichtlich.
51 Aber auch vermeintlich „gekaufte“ Objekte sind im Kontext des Kolonialismus und der
52 Machtverhältnisse zwischen Kolonialmächten und Kolonien zu betrachten. Viele davon sind neben
53 ökonomischen Interessen auch aus einer rassistisch motivierten Neugier am Exotischen ausgeführt
54 worden.

55 Um den ehemaligen Kolonien, die jetzt souveräne Staaten sind, auf Augenhöhe zu begegnen, muss
56 diesen Staaten auch die Möglichkeit gegeben werden, über die Zukunft ihres Kulturerbes zu
57 entscheiden. Neben der ethischen Pflicht würde das auch bedeuten, dass Europa mehr
58 Glaubwürdigkeit in den ehemaligen Kolonien erreichen und somit die zukünftige Zusammenarbeit
59 erleichtern würde.

60 Der französische Präsident Emanuel Macron hat Bewegung in die Debatte gebracht, indem er
61 angekündigt hat, koloniale Kunst aus Afrika zurückzugeben und einen Bericht in Auftrag gegeben, der
62 diese Kunstwerke in Frankreich auflisten und einen Plan zum Umgang damit vorlegen soll. Diese
63 Entwicklung wurde auch in Deutschland wahrgenommen. Allerdings lassen die konkreten Fortschritte
64 dabei bislang zu wünschen übrig. Da die Schuld des Kolonialismus nicht allein eine deutsche,
65 französische, britische oder belgische Angelegenheit ist, sondern die Geschichte des ganzen Kontinents
66 geprägt hat, sollte die Aufarbeitung dieser Schuld von der Europäischen Union vorangetrieben werden.
67 Die Aufarbeitung des Kolonialismus muss eine europäische Dimension bekommen. Dadurch soll auch
68 verhindert werden, dass sich Mitgliedstaaten mit kolonialer Vergangenheit der Debatte entziehen.
69 Zwar liegen die Museen und Sammlungen im Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten, die EU kann
70 also keine Rückgaben erzwingen, doch durch Kulturförderprogramme und durch das Fördern und
71 Vermitteln des Dialogs kann die EU das Thema im Fokus der Mitgliedstaaten halten. Die EU stellt sich
72 damit auch den Schattenseiten der europäischen Geschichte, die eben nicht nur aus griechischer
73 Demokratie, der französischen Revolution und der europäischen Integration bestehen, sondern auch
74 aus europäischem Größenwahn und Kolonialismus. Diese ehrliche Geschichtsbetrachtung ist wichtig,
75 um das erneute Entstehen europäischer Überlegenheitsgefühle oder eines europäischen
76 Nationalismus zu verhindern.

77

ANTRAGSBEREICH: **O** - Organisatorisches

1

O 2	Antragsteller*innen:	UB Schaumburg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Mehr Inklusion in parteipolitischer Arbeit**

2 Wir fordern, dass die SPD inklusiver wird und aktiv dahingehend wirbt, dass mehr Menschen mit einer
3 Behinderung an der parteipolitischen Arbeit mitwirken. Weiterführend sollen Materialien barrierefrei
4 aufbereitet werden. Flyer in einfacher bzw. leichter Sprache, sollen zusätzlich vorgehalten werden,
5 sowie wenn möglich, sollen Texte auf Internetseiten vorlesbar sein (z.B. für sehbeeinträchtigte
6 Menschen durch entsprechende Tools und/oder Einbindung von Erklärvideos in Leichter Sprache).
7 Somit sollen in Zukunft Menschen mit unterschiedlichsten Behinderungen aktiver beworben und
8 eingebunden werden.

9 Anträge auf unteren Gliederungen (Orts AG, UB) sollten möglichst in einfach verständlicher Sprache
10 geschrieben sein. Fachbegriffe sollten, wenn möglich, vermieden werden und bei Nutzung mit einer
11 den Begriff erklärenden Fußzeile versehen werden. Die Vorstände sollten hierauf achten bzw. hierbei
12 unterstützen. Beschlossene Anträge sollen vor der Weitergabe von den Vorständen entsprechend
13 gesichtet werden. Der*die Antragssteller*in überarbeitet diesen redaktionell. Auf den Parteitagen und
14 Konferenzen sowie in den oberen Ebenen der JUSOS und SPD (Bezirk, Landesverband, Bundesverband)
15 soll dieses durch entsprechende Geschäftsordnungen oder Satzungen verbindlich sein. Anträge, die
16 dies nicht einhalten sind auf diesen Ebenen nicht behandlungsfähig.

17 **Begründung:**

18 Menschen mit einer Behinderung sind eine Zielgruppe, die sich aktiv beteiligen soll, aber bisher in
19 Wahlkämpfen etc. deutlich weniger angesprochen wird. Auch die Materialien der SPD sind nicht
20 barrierefrei gestaltet und schließen dadurch insbesondere Menschen mit kognitiven
21 Beeinträchtigungen aus. Gerade durch die neue Gesetzeslage (Bundesteilhabegesetz) wird sich in

22 Zukunft das Verständnis von Behinderung verändern. Es wird zukünftig darum gehen, behinderte
23 Menschen aktiv miteinzubinden und eine Partei hat die Verantwortung, alle Menschen einer
24 Gesellschaft partizipieren zu lassen.

0 3	Antragsteller*innen:	UB Schaumburg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Mehr Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein bei Werbe- und**
 2 **Konsumartikeln**

3 Wir fordern, dass bei zukünftigen Veranstaltungen im Rahmen der SPD/der Jusos auf das Thema
 4 Nachhaltigkeit und Umweltbewusstsein geachtet wird. In Zukunft sollen Verzehrprodukte die
 5 Werbezwecke verfolgen, sowie allgemein Lebensmittel, die im Rahmen der Parteiarbeit verbraucht
 6 werden, nach ökologischen Maßstäben eingekauft werden. Auch soll auf umweltgerechtere
 7 Verpackungen geachtet werden. Textilien und Werbeprodukte werden zukünftig aus nachhaltiger und
 8 menschenwürdiger Produktion, sofern es möglich ist, bezogen.

9 **Begründung:**

10 Parteien leben eine gesellschaftliche Vorbildlichkeit vor. Im Rahmen der globalen Gesamtsituation
 11 sollte jedes Handeln innerhalb der Partei den politisch geforderten Maßstäben entsprechen und sich
 12 an den Richtlinien Umweltbewusstsein und Menschenrechte orientieren.

13

14

O 4	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **#ichbinhier für die SPD – für mehr Solidarität im Internet**

2 Wir fordern die SPD auf, eine parteiinterne Struktur ähnlich der Gruppe „#ichbinhier" zu schaffen, um
3 Vernetzung und ein gemeinsames Vorgehen gegen beleidigende (Hass-)Kommentare überwiegend
4 rechter Accounts zu ermöglichen. Das Prinzip von „#ichbinhier“ ist eine geschlossene (Facebook-
5)Gruppe, deren Mitglieder Beiträge, die Beleidigungen und Hasskommentare beinhalten, identifizieren
6 und den anderen Gruppenmitgliedern teilen, sodass dann alle „gute“ Kommentare und Beiträge
7 schreiben und ebensolche auch liken können.

8 Wir fordern, dass der PV eine geeignete Plattform zur Onlinekommunikation, als auch zur Vernetzung
9 von SPD-Mitgliedern aber auch anderen linken und progressiven Gruppierungen ermöglicht. Es ist
10 immer wieder festzustellen, dass Rechte im Internet wesentlich besser vernetzt sind und sich
11 Organisations-/Parteiübergreifend unterstützen. „Linke“ Gruppierungen und Parteien verwehren sich
12 oft, vor allem online, die Solidarität und Unterstützung untereinander. Wenn es um rechte Hetze geht
13 müssen wir uns als „linke Bewegung“ stärker solidarisieren und im Netz zusammenhalten.

14 Die beschriebene Plattform soll die Koordinierung & Kommunikation gegen Hasskommentare,
15 Shitstorms aber auch das Unterstützen von linken und progressiven Posts ermöglichen. Welche
16 Plattform sich hierfür am besten eignet (Facebook, Slack, #hashtag, Broadcast, etc.) und wie diese im
17 Detail strukturiert wird, soll der PV ermitteln und umsetzen. Außerdem fordern wir die SPD auf, ihre
18 Gliederungen und Mandatsträger*innen vermehrt dazu anzuhalten, ihren Internetauftritt zu pflegen
19 und bei Bedarf entsprechende von der Partei angebotene Schulungen dafür zu besuchen.

20 **Begründung:**

21 Die sozialen Medien sind voller Hasskommentare. Die Posts der SPD bleiben davon nicht verschont.
22 Schaut man sich die Facebook- oder Instagram Accounts von SPD Gliederungen oder Funktionär*innen
23 an, findet man vor allem eines: Beleidigungen und Hass. Das zieht sich durch alle Ebenen. Manchmal
24 sind fleißige Socialmedia-Teams vorhanden, welche die bösartigsten Kommentare entfernen. Das ist
25 aber nicht überall der Fall und manchmal aufgrund der unzähligen Kommentare auch einfach nicht
26 möglich. Hier käme nun die geforderte Gruppe zum Einsatz. Beiträge, unter denen besonders bösartig
27 oder viel kommentiert wurde, werden in die Gruppe geteilt und die Mitglieder schreiben selbst
28 sachliche und respektvolle Kommentare, in denen sie die Argumente der Hater und Trolle entkräften
29 und positive, zum Ursprungspost passende, konstruktive Dinge anbringen (ohne sich dabei auf sinnlose
30 endlos Diskussionen mit Trollen einzulassen). Dies ist mit wenigen Klicks getan und ist nicht nur ein
31 solidarischer Akt dem*der Postenden gegenüber, sondern auch gut für den Auftritt der Partei nach
32 außen, denn positiv bewertete Socialmediabeiträge sind besser, als ein Meer von Hass.

ANTRAGSBEREICH: **S** - Soziales

S 1	Antragsteller*innen:	UB Oldenburg-Stadt
	Weiterleitung:	SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Wiedereinführung des unter Wulff abgeschafften Pflegewohngeldes**

2 Die Jusos Niedersachsen fordern die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, das unter Christian Wulff
3 abgeschaffte Pflegewohn-geld wieder einzuführen.

4 Begründung:

5 Das unter Schwarz-Geld abgeschaffte Pflegewohn-geld hat maßgeblich zur Finanzierung der
6 Investitionsaufwendungen vollstationärer Dauerpflegeeinrichtungen beigetragen. Heutzutage müssen
7 Bewohner*innen der Einrichtungen alle Kosten selbst tragen, was ein maßgeblicher Grund für die
8 absurd hohen Preise in der stationären Pflege sind. Mit der Wiedereinführung des Pflegewohn-geldes
9 können die Kosten für einen Ein-richtungsplatz für erheblich Pflegebedürftige (also mit anerkannter
10 Pflegestufe) deutlich gesenkt werden.

S 2	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

11

1 **Woher nehmen, wenn nicht stehlen? - Für eine aktive**

2 **Wohnraumpolitik!**

3 **Attraktive Städte - steigende Mieten**

4 In den vergangenen Jahrzehnten war eine Abwanderung der städtischen Bevölkerung aus der Kernstadt
5 in das städtische Umland in Deutschland zu beobachten. Seit einiger Zeit ist allerdings auch ein
6 gegenläufiger Trend „die Reurbanisierung“ zu beobachten. Großstädte haben aufgrund der vielfältigen
7 Freizeitmöglichkeiten und natürlich auch wegen des im Vergleich zu ländlichen Gebieten höheren
8 Angebots an Arbeitsplätzen an Attraktivität gewonnen. Immer häufiger möchten also Menschen aus
9 umliegenden Bezirken oder Gemeinden in die Großstadt ziehen, da sich so lange Wege zur Arbeit
10 vermeiden lassen und das Angebot an Bildung und Kultur größer ist. Diese gestiegene Nachfrage nach
11 Wohnungen in zentralen Lagen größerer Städte führt jedoch auch zu steigenden Mieten. Der
12 gestiegenen Nachfrage steht jedoch kein steigendes Angebot gegenüber. Im Gegenteil sorgt die
13 häufige Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen zu einer zusätzlichen
14 Verknappung bezahlbaren Wohnraums. Aber auch der demografische Wandel spiegelt sich nur in
15 unzureichendem Maße im Wohnungsangebot wider. Neben der allseits bekannten Alterung der
16 Gesellschaft hat die Zahl der Singlehaushalte in den vergangenen Jahren spürbar zugenommen.
17 Trotzdem ist das Angebot an kleineren Wohnungen zu begrenzt, um den Bedarf zu decken. Besonders
18 eklatant ist dieses Problem in Hochschulstädten, wo der Bedarf an kleinen, preisgünstigen Wohnungen
19 in Zentrumsnähe besonders hoch ist. Beispielhaft für dieses bundesweite Phänomen ist die
20 Wohnraumlage in der Stadt Braunschweig. Zwar sind die Bestandsmieten, also die Mietpreise
21 bestehender Mietverträge, im Durchschnitt relativ niedrig. Auf der anderen Seite steigen die
22 Angebotsmieten hingegen stark an. Zusätzlich dazu werden in erster Linie Wohnviertel geschaffen, die
23 besonders für Besserverdiener*innen geeignet sind und mit luxuriösen Eigentumswohnungen in
24 bester Lage locken (Luxusghettoisierung).

25 **Soziale Entmischung und die gesellschaftlichen Folgen**

26 Stark steigende Mieten vor allem in Wohnvierteln mit bisher moderatem Mietpreinsniveau befördern
27 die zunehmende Verdrängung der ansässigen Bevölkerung. Zwar geschieht dies weniger häufig bei
28 einem bestehenden Mietvertrag. Aber wenn sich die Lebenssituation ändert und die vorhandene
29 Wohnung nicht mehr den Bedürfnissen entspricht, muss man oft feststellen, dass die Angebotsmieten
30 erheblich höher sind als der bisherige Mietpreis pro Quadratmeter. Die Folge ist vielfach, dass man im
31 heimischen Viertel keine bezahlbare Wohnung mehr finden kann und somit gezwungen wird, die
32 gewohnte Umgebung und damit auch das soziale Umfeld zu verlassen. Es setzt also ein schleichender
33 Prozess ein, während dessen ein Wohnviertel mit heterogener sozialer Zusammensetzung, in dem

34 auch Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten eine Wohnung finden konnten, zu einem
35 Quartier mit nahezu ausschließlich wohlhabenderer Bevölkerung wird. Für eine Gesellschaft kann eine
36 solche soziale Entmischung nicht gut sein. Ein verengter Blick ausschließlich auf Menschen mit
37 ähnlichen finanziellen Möglichkeiten oder ähnlichem Bildungshintergrund leistet letztlich einer
38 zunehmenden Entsolidarisierung Vorschub. Die Ungleichheiten in unserer Gesellschaft werden
39 darüber hinaus auch noch verstärkt, wenn steigende Mieten in wirtschaftlich wachsenden
40 Ballungsräumen und Großstädten dazu führen, dass finanzschwache Menschen von den
41 Möglichkeiten in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sicht solcher Regionen ausgeschlossen
42 werden. Auch wer dadurch nicht die Möglichkeit hat, in der Nähe des Arbeitsplatzes oder der
43 Hochschule zu leben und zum Pendeln gezwungen ist, wird wertvoller Zeit für Familie, Freunde oder
44 andere Aktivitäten beraubt.

45 **Den Wohnungsmarkt aktiv gestalten**

46 Durch die Einführung der Mietpreisbremse wurde signalisiert, dass man der zunehmend angespannten
47 Lage auf dem Wohnungsmarkt vieler Großstädte und Ballungsräume nicht tatenlos gegenüberstehen
48 will. Wenn sie allerdings tatsächlich eine vorbeugende Wirkung haben soll, darf sie nicht bloß dort
49 angewendet werden, wo überproportionale Mietpreissteigerungen bereits stattgefunden haben. Eine
50 bereits einsetzende Verdrängung finanzschwacher Mieter*innen und die resultierende soziale
51 Entmischung lassen sich durch eine Begrenzung der Mietsteigerungen kaum umkehren. Eine
52 Mietpreisbremse, die ihren Namen verdient, muss somit allgemeingültig sein.

53 So sinnvoll gesetzliche Regelungen zur Begrenzung von Mietsteigerungen auch sind, so sind sie doch
54 kein Allheilmittel. Wir fordern eine aktive Rolle der Kommunen bei der Gestaltung des
55 Wohnungsmarktes vor Ort. Städte und Gemeinden müssen stadtplanerische Leitbilder entwickeln, die
56 sich in erster Linie an den Bedürfnissen von Menschen orientieren, die auf bezahlbaren und
57 angemessenen Wohnraum angewiesen sind. Zudem muss auch die veränderte Zusammensetzung und
58 Lebensweise der Bevölkerung Berücksichtigung finden. Eine Planungspolitik, welche die Entwicklung
59 von Quartieren weitgehend jenen Akteuren überlässt, die eine möglichst hohe Rendite erzielen
60 müssen, kann nicht im Interesse sozial durchmischter und somit vielfältiger und lebenswerter Städte
61 sein. Die planungspolitischen Instrumente, die das Baugesetzbuch bietet, müssen zur Umsetzung einer
62 sozialen Stadtplanung offensiv angewendet werden.

63 Für die Umsetzung der Ziele einer sozialen Stadtplanung kommt den öffentlichen
64 Wohnungsbaugesellschaften - vor allem den kommunalen - eine Schlüsselrolle zu. Die
65 Privatisierungspolitik, die den Bestand an Wohnungen der öffentlichen Hand seit Beginn des letzten
66 Jahrzehnts spürbar reduziert hat, muss ein Ende haben. Im Gegenteil, wir brauchen eine verstärkte
67 Investitionstätigkeit im kommunalen Wohnungsbau, um den Bestand zu sichern.

68 Eigentum verpflichtet – Leerstand bekämpfen!

69 Die Gesellschaft hat einen Anspruch auf gemeinwohlverträgliche Nutzung von Eigentum. Wenn ein
70 besonders gemeinschaftsschädlicher Gebrauch von Eigentumsrechten gegeben ist, muss demnach die
71 Rechtsgemeinschaft hiergegen vorgehen können. Eine solche krass unsoziale Nutzung ist aus unserer
72 Perspektive im Verwahrlosenlassen von Miet- und Wohnraum in Ballungszentren mit großen
73 Problemen im Miet- und Wohnungsmarkt gegeben. Während (junge) Menschen mit geringem
74 Einkommen, Familien und ältere Einwohner*innen keinen bezahlbaren Wohnraum finden oder aus
75 ihren Vierteln vertrieben werden, weil diese eine rasante „Aufwertung“ erfahren, stehen auf der

76 anderen Seite viele Gebäude leer. In der Braunschweiger Innenstadt zum Beispiel etwa 10 Prozent.
77 Existierende Steuerungsmöglichkeiten gegen Leerstand wie etwa Bußgelder sind ein erster Schritt, den
78 wir positiv bewerten. Hierbei kann es aber im Sinne einer sozialdemokratischen Wohnungspolitik nicht
79 bleiben. Als letzte Möglichkeit gegenüber Eigentümer*innen die verfassungsrechtlichen Grundsätze
80 des Artikel 14 Absatz 2 Grundgesetz durchzusetzen, müssen in diesen Fällen daher auch
81 Zwangsverwaltungen oder Enteignungen durch (Bundes-)Gesetzgebung als Instrument den Städten
82 und Gemeinden zur Verfügung gestellt werden.

S 3	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Wohnraum für Studierende**

2 Die SPD-Landtagsfraktion wird aufgefordert, sich für einen bedarfsgerechten Ausbau der Förderung
3 für den studentischen Wohnheimneubau durch die Niedersächsischen Studentenwerke im
4 Landeshaushalt einzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, wie bei den
5 Hochschulpakten, die Länder bei der Förderung der Studentenwerke ausreichend zu unterstützen.

6 Um den nötigen Bedarf an bezahlbarem, studiengerechtem Wohnraum zu decken, ist:

- 7 ▪ eine ausreichende Gesamt-Förderung bereitzustellen. Dabei muss auch der Erhalt des
- 8 Bestands durch Förderung von Sanierungsmaßnahmen berücksichtigt werden;
- 9 ▪ eine ausreichende Förderung pro Wohnheimplatz durch Zuschüsse bereitzustellen; die
- 10 Förderung sollte so gestaltet werden, dass die Kostenmiete sich an der BAföG-
- 11 Wohnkostenpauschale für die auswärtige Unterbringung orientiert.
- 12 ▪ darauf hinzuwirken, kostentreibende bau-, bauunterhaltungs- und betriebskostentreibende -
- 13 Auflagen und gesetzliche Vorgaben zu reduzieren,
- 14 ▪ eine Bindung der Fördermittel für den sozialen Zweck und durch geeignete Vorgaben eine
- 15 dauerhafte Vermietung nach dem sozialen Förderzweck sicherzustellen.
- 16 ▪ Zudem müssen für Auszubildende entsprechende Maßnahmen ergriffen werden, sodass auch
- 17 ihnen ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

18 **Begründung:**

19 Erstmals seit vielen Jahren gibt es im Landeshaushalt wieder Fördermittel für den studentischen
20 Wohnheimbau. Diese sind allerdings nicht ausreichend. So können in Niedersachsen mit den aktuell
21 verfügbaren Mitteln nur wenige Plätze geschaffen werden. Die Schaffung von
22 Studierendenwohnheimplätzen entlastet unmittelbar auch den allgemeinen Wohnungsmarkt.
23 Bezahlbare Studierendenwohnheimplätze haben eine wichtige preisdämpfende Funktion für den
24 studentischen wie auch für den allgemeinen Wohnungsmarkt. Die Bestandssicherung und Anpassung
25 an die aktuellen Standards (z.B. Energie, Brandschutz, Gesundheitsschutz, auch Komfort) hat ebenfalls
26 eine große Bedeutung: Ohne umfangreiche Sanierungsmaßnahmen droht preisgünstiger
27 studentischer Wohnraum verloren zu gehen. Hier muss die Landesförderung die nötige Flexibilität
28 haben, auch diese Maßnahmen zu unterstützen.

29 Daher ist für die Zukunft eine Erhöhung der finanziellen Unterstützung des Landes für die
30 niedersächsischen Studentenwerke (sic!) erforderlich, damit weiterer, dringend benötigter,
31 bezahlbarer Wohnraum für Studierende entstehen kann. Hierbei sind die Förderkonditionen für den

- 32 Studierendenwohnheimbau zu verbessern, um bezahlbaren und studiengerechten Wohnraum zu
33 schaffen und zu erhalten.

1

2

3

4

S 5	Antragsteller*innen:	UB Celle
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Begrenzung der Maximalkosten für die Nutzung einer Toilette**

2 Der Gang zur Toilette ist ein Grundbedürfnis, absolut natürlich sowie nicht verhinderbar. Da zur
3 Erfüllung der menschlichen Notdurft dringen ein Abort besucht werden muss (Erfüllung außerhalb des
4 Aborts in der Öffentlichkeit ist strafbar), muss dieser Besuch kostenfrei sein. Es muss öffentliche
5 Aufgabe sein, barrierefreie und verfügbare sanitäre Einrichtungen jederzeit zur Verfügung zu stellen.
6 Kommerzielle Gutscheinsysteme wie von Sanifair betrieben, lehnen wir ab. Freiwillige Abgaben wie
7 Spenden oder Trinkgeld für die Reinigungskräfte sind davon ausgenommen.

8

9

S 6	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Inklusion - unser Plan für Niedersachsen**

2 Am 24. Februar 2009 hat Deutschland die UN Behindertenrechtskonvention ratifiziert. Damit ist
3 Inklusion seit zehn Jahren ein Menschenrecht.

4 In zehn Jahren kann viel passieren. Vor zehn Jahren wurde Barack Obama Präsident der USA. Vor zehn
5 Jahren wurde der VfL Wolfsburg Deutscher Meister. Vor zehn Jahren war Abwrackprämie das Wort
6 des Jahres.

7 In zehn Jahren ist in Deutschland viel passiert. Bei der Inklusion leider nicht so viel wie eigentlich nötig
8 wäre, um ein Menschenrecht vollumfänglich umzusetzen.

9 Förderschulen werden erhalten und ausgebaut statt abgebaut. Der erste Arbeitsmarkt scheint noch
10 immer unerreichbar für viele Menschen mit Beeinträchtigungen. Die Freizeitgestaltung ist geprägt von
11 Bittstellungen und Ablehnungen.

12 Wenn Inklusion ein Menschenrecht sein soll, dann muss die Politik auch entsprechend handeln. Hierzu
13 fordern wir in verschiedenen Bereichen verschiedene Maßnahmen.

14 **Kindertageseinrichtungen:**

15 Alle Kindertageseinrichtungen müssen Kinder mit Beeinträchtigungen aufnehmen und inklusiv
16 arbeiten. Alle noch bestehenden rein heilpädagogischen Einrichtungen müssen in inklusive
17 Einrichtungen überführt werden.

18 In jeder Gruppe muss mindestens ein*e Heilerziehungspfleger*in (oder vergleichbare Qualifikation mit
19 Hauptaugenmerk auf die Arbeit mit Menschen mit Beeinträchtigungen) arbeiten. Heilpädagogik muss
20 aber auch ein Aspekt der Erzieher*innenausbildung werden.

21 Kein Kind darf wegen pflegerischem oder pädagogischem Mehraufwand die Aufnahme in die
22 Kindertageseinrichtung verweigert werden, im Zweifel hat das Kind das Recht auf eine pädagogische
23 oder pflegerische Fachkraft, die das Kind im Kindergartenalltag begleitet und unterstützt.

24 **Schule:**

25 Grundsätzlich wollen wir die Auflösung des dreigliedrigen Schulsystems sowie kleinere Klassen.

26 Bis dahin und darüber hinaus müssen alle Schulen Kinder mit Beeinträchtigungen aufnehmen und
27 inklusiv arbeiten. Alle Förderschulen und insbesondere die Tagesbildungsstätten, die nur in
28 Niedersachsen bestehen, müssen aufgelöst werden. Die dann frei werdenden Räume können als
29 Schulen genutzt werden.

30 In jeder Klasse muss mindestens ein*e Sonderpädagog*in zusätzlich zu den Fachlehrkräften
31 vorgehalten sein. Sonderpädagogik muss aber auch ein verpflichtender Teil des allgemeinen
32 Lehramtsstudiums werden, um auch die Fachlehrkräfte optimal auf die Arbeit vorzubereiten.

33 Bereits fertig ausgebildete Lehrer müssen ein breites Fortbildungsangebot erhalten, um sie für die
34 inklusive Arbeit zu befähigen. Die Teilnahme an diesen Fortbildungsmaßnahmen ist den Lehrkräften
35 mit dem üblichen Stundenlohn zu vergüten und in einem gewissen Umfang verpflichtend.

36 Kein*e Schüler*in darf wegen pflegerischem oder pädagogischem Mehraufwand die Aufnahme in die
37 Schule verweigert werden, im Zweifel hat der*die Schüler*in das Recht auf eine pädagogische oder
38 pflegerische Fachkraft, die den*die Schüler*in im Schulalltag begleitet und unterstützt.

39 **Arbeit:**

40 Die Anreize für Arbeitgeber*innen, einen Menschen mit Beeinträchtigungen einzustellen, müssen
41 erhöht werden. Gleichzeitig müssen auch die Strafen, die gezahlt werden müssen, wenn die Quote
42 schwerbehinderter Arbeitnehmer*innen nicht erfüllt wird, erhöht werden.

43 Für alle Schüler*innen, insbesondere für Schüler*innen, die im derzeitigen System eine Förderschule
44 besuchen, müssen mehr Möglichkeiten für Praktika auf dem ersten Arbeitsmarkt im Rahmen der
45 Schulbildung geboten werden, um Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.

46 Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Aufklärung der Gesellschaft hinsichtlich Menschen mit
47 Behinderungen, da viele so gut wie keine Berührungspunkte mit ihnen haben, was die soziale Inklusion
48 am Arbeitsplatz erschwert.

49 Der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt muss durch eine öffentliche Stelle gefördert werden,
50 beispielhaft ist hier der Landschaftsverband Westfalen-Lippe mit seinem Inklusionsamt Arbeit, das
51 Menschen aus Werkstädten für behinderte Menschen (WfbM) in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt.

52 Berufliche Ausbildungen müssen Menschen mit Beeinträchtigungen einfacher zugänglich gemacht
53 werden, ob über pflegerische oder pädagogische Begleitung durch eine Fachkraft oder eine längere
54 Ausbildungsdauer. Gleiches gilt für ein Studium.

55 **Wohnen:**

56 Selbstbestimmte Wohnformen müssen gefördert werden, um von der jetzigen Form der hauptsächlich
57 stationären Unterbringung und Unterstützung zu einem ambulanten Unterstützungsnetz in
58 selbstbestimmter, ressourcenorientierter Form zu kommen.

59 Außerdem muss das barrierefreie Wohnen gefördert werden und zum Standard werden. Hierzu
60 müssen weitere gesetzliche Grundlagen geschaffen und das BauGB überarbeitet werden, sodass die
61 Richtlinien streng und flächendeckend durchgeführt werden.

62 Es wird ein höherer, gesetzlich festgelegter, prozentualer Anteil an barrierefreiem Wohnraum
63 benötigt. Sowohl für älter werdende Menschen als auch für Menschen mit Beeinträchtigungen. Beide
64 Gruppen sollen so lange und so gut wie möglich selbstbestimmt leben können. Hierzu muss
65 insbesondere der soziale Wohnraum barrierefrei gebaut werden.

66 **Freizeit:**

67 Behörden, Ämter und öffentliche Einrichtungen (z.B. städtische Jugendzentren) müssen mobilitäts-,
68 informations- und kommunikationsbarrierefrei arbeiten. Hierzu müssen neben angemessenen

69 Rampen und Fahrstühlen auch beispielsweise der Internetauftritt, Informationsblätter und
70 persönliche Anschreiben in leichter Sprache zur Verfügung stehen.

71 Veranstalter*innen von öffentlichen Ereignissen müssen Anreize zur Organisation von barrierefreien
72 Formaten geboten werden, um ein möglichst inklusives Erlebnis für alle Interessierten zu gestalten.

73 Für uns ist selbstverständlich, dass Personen, die mit Menschen mit Beeinträchtigungen arbeiten und
74 sich professionell für die Inklusion einsetzen eine bessere und vor allem der Arbeit, die sie leisten,
75 angemessene Vergütung erhalten müssen. Pflege- und Heimkinder von Kosten ihrer Unterbringung
76 befreien.

S 7	Antragsteller*innen:	UB Celle
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Pflege- und Heimkinder von Kosten ihrer Unterbringung befreien**

2 In der Bundesrepublik Deutschland leben ungefähr 142.000 Heimkinder und 90.000 Pflegekinder
3 (Stand: Dezember 2018). Hintergrund der Fremdunterbringungen sind immer vollstationäre Hilfen zur
4 Erziehung, die vom Jugendamt gewährt und betreut werden.

5 Wie viele andere Jugendliche, die in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können, wollen auch Pflege-
6 und Heimkinder ihr Ausbildungsgehalt für eigene Zwecke ausgeben oder sich in ihrer Jugend Geld dazu
7 verdienen. Dies ist ihnen gesetzlich auch nicht verboten, Regelungen im Achten Sozialgesetzbuch (§
8 94) führen jedoch dazu, dass sie insgesamt 75 % ihres Einkommens an das Jugendamt abtreten
9 müssen. Auf diese Weise werden sie an den Kosten ihrer Unterbringung beteiligt, obwohl sie für ihre
10 biographischen Hintergründe i.d.R. keine Verantwortung tragen und selbst nur geringe Zuverdienste
11 haben. Nur, wenn die Tätigkeit den Zielen der Jugendhilfe entspricht, können sie auf Antrag von den
12 Kosten befreit werden. Der Umfang der Befreiung liegt jedoch im Ermessen der
13 Jugendamtsmitarbeiter*innen.

14 Die entsprechende gesetzliche Bestimmung bewirkt eine klare Ungleichbehandlung von Jugendlichen
15 in unserer Gesellschaft und stigmatisiert Jugendliche, die aufgrund ihrer Hintergründe meist ohnehin
16 benachteiligt sind. Außerdem führt sie die Ziele von Jugendhilfe 15 ad absurdum, da auch eine
17 Tätigkeit, wie beispielweise ein 450,- € Job die Verselbständigung und die Übernahme von
18 Verantwortung fördern. Sie ist folglich abzuschaffen.

ANTRAGSBEREICH: **U** - Umwelt

U 1	Antragsteller*innen:	UB Cuxhaven
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Brennstoffzellenautos als Chance für Wirtschaft und Klima**

2 Zusammen mit der Wirtschaft sollen Niedersachsens Küsten zum Motor beim nächsten Schritt der
3 klimafreundlichen Mobilität werden. Mithilfe des Offshore und Onshore produzierten erneuerbaren
4 Stroms soll Wasserstoff in großen Mengen im Elektrolyseverfahren hergestellt werden. Der
5 produzierte Wasserstoff wäre somit ein grüner Energieträger. Die Automobilindustrie muss vom
6 Gesetzgebenden und Politik mit wirtschaftlichen Vorteilen, wie Subventionen, angehalten werden
7 verstärkt auf die Entwicklung und Herstellung von brennstoffzellenbetriebenen Autos, welche
8 Wasserstoff als Treibstoff benötigen, zu setzen.

9 **Begründung:**

10 Der Klimawandel hat gesamtgesellschaftliche Folgen ungeahnter Ausmaße und muss mit allen Mitteln
11 bekämpft werden. Während immer häufiger werdende Wetterextremen in den letzten Jahren deutlich
12 sichtbar geworden sind, gibt es auch schleichende Prozesse, wie die Steigerung des Meeresspiegels,
13 dessen unmittelbare Folgen erst in den nächsten Jahren sichtbar werden. Gerade die
14 Küstenregionen werden zu den ersten gehören, welche mit den Folgen des anthropogenen
15 Klimawandels konfrontiert werden.

16 Niedersachsen ist bereits jetzt Energiewendeland Nummer 1 [1] und kann im Jahre 2018 60% des
17 benötigten Stroms aus erneuerbaren Energien gewinnen. Diese Energie gewährleistet eine
18 klimafreundliche Produktion von Wasserstoff.

19 Brennstoffzellenbetriebene Autos stoßen nur Wasserdampf als Emission aus. Treibhausgase wie
20 Kohlenmonoxide und Kohlendioxide entstehen nicht.

21 Auch birgt die Brennstoffzellentechnologie Vorteile gegenüber den Akkumulatoren der E-Autos, da
22 dessen Produktion erhebliche Schäden für die Umwelt verursacht. Die Benutzung von
23 Brennstoffzellentechnologie würde die Automobilindustrie unabhängig von den Staaten machen,
24 welche diese zur Herstellung von Akkumulatoren benötigten seltener Erden beherbergen.

25 Der Aufbau einer Industrie rund um die Herstellung und Verwendung von Wasserstoff birgt die Chance
26 Niedersachsen als führende Kraft im Sektor der Energiewirtschaft zu etablieren.

27

28 *Quellen:*

29 [1] Vgl. *Energiewendebericht 2018 des Landes Niedersachsen (Niedersächsisches Ministerium für*
30 *Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz,*

- 31 *[http://www.umwelt.niedersachsen.de/themen/energie/energiewende/energiewendebericht-](http://www.umwelt.niedersachsen.de/themen/energie/energiewende/energiewendebericht-2018119325.html)*
32 *[2018119325.html](http://www.umwelt.niedersachsen.de/themen/energie/energiewende/energiewendebericht-2018119325.html), zuletzt abgerufen: 31. August 2018)*

U 3	Antragsteller*innen:	UB Lüneburg
	Weiterleitung:	SPD-Landesparteitag
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Schrittweise Streichung aller umweltschädlichen Subventionen in**
 2 **das Klimaschutzgesetz integrieren**

3 Wir fordern die deutsche Bundesregierung und die zuständige SPD Umweltministerin dazu auf, in den
 4 aktuellen Klimaschutzgesetzentwurf die schrittweise Streichung aller umweltschädlichen
 5 Subventionen zu integrieren (nach Daten des Umweltbundesamtes im Jahr 2012: 57 Milliarden Euro)
 6 und die dadurch zur Verfügung stehenden Gelder für ein milliardenschweres staatliches
 7 Investitionsprogramm „Zukunft“ zu verwenden, um unter anderem damit die große Energie-,
 8 Mobilitäts-, Landwirtschafts- und Wärmewende zu ermöglichen.

9 Dabei müssen wir soziale Fragen immer zusammen mit ökologischen Fragen denken.

10 **Begründung:**

11 *Dieser Antrag basiert auf einem Artikel von Matthias Miersch (stellvertretender Vorsitzender der SPD-*
 12 *Bundestagsfraktion und Sprecher für die Bereiche Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Tourismus,*
 13 *Vorsitzender der Parlamentarischen Linken sowie Mitglied des SPD-Parteivorstands) im Vorwärts*
 14 *unter <https://www.vorwaerts.de/artikel/spd-2019-klimapolitik-vordergrund-ruecken>. Die Auflistung*
 15 *der umweltschädlichen Subventionen kann hier eingesehen werden:*
 16 *https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_fachbroschue*
 17 *re_umweltschaedliche-subventionen_bf.pdf*

18

U 4	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Energiespeicherung innovativ denken, LOHC-Forschung** 2 **intensivieren**

3 Wir fordern eine verstärkte Förderung zur Forschung und dem Ausbau von
4 Energiespeichermöglichkeiten in Niedersachsen. Dazu zählt v.a. die sogenannte Liquid Organic
5 Hydrogen Carrier-Speichermethode (LOHC).

6 **Begründung:**

7 In Deutschland sind der Ausstieg aus dem Atomstrom sowie der perspektivische Ausstieg aus der
8 Kohleverstromung beschlossene Sache. Ab dem Jahr 2038 soll der Energiebedarf zu einem Großteil
9 aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, bei Bedarf sollen vereinzelt Gaskraftwerke mit
10 Erdgasversorgung zugeschaltet werden. Um die Versorgung mit Strom flächendeckend zu
11 gewährleisten müssen die Spitzen in der Energiegewinnung (starker Wind, hohe Sonneneinstrahlung)
12 zukünftig gespeichert und bei Bedarf wieder in das Netz eingespeist werden können. Da besonders an
13 der niedersächsischen Küste viele Off- und Onshore-Windparks installiert worden sind oder in Zukunft
14 noch installiert werden, ist die Speicherung von bislang ungenutzten Energiespitzen grade hier
15 besonders wichtig. Batteriespeicher, z.B. auf Lithiumbasis wie sie momentan in Akkus für Handys o.ä.
16 verbaut sind, werden dafür nicht ausreichen. Besonders die Methode LOHC (Liquid Organic Hydrogen
17 Carrier) sticht bei den Speichermedien besonders hervor.

18 Vereinfacht funktioniert das Konzept folgendermaßen: Die überschüssige Energie aus Wind- oder
19 Solarkraft wird für die Elektrolyse von Wasser genutzt. Dabei entsteht Wasserstoff und Sauerstoff. Der
20 energiereiche Wasserstoff wird anschließend im LOHC gespeichert, eine Kohlenstoffverbindung auf
21 Erdölbasis, die mehrfach wiederverwendbar ist. Ihre chemischen Eigenschaften sind bei
22 Raumtemperatur der von Diesel sehr ähnlich, eine technische Umrüstung in der Mobilität und Logistik
23 wird dadurch vereinfacht. Durch die Bindung des energiereichen Wasserstoffs im LOHC wird das
24 reaktionsfreudige Gas transport- und lagerungssicher gemacht. LOHC, das Wasserstoff gebunden hat,
25 könnte zukünftig vielfach einsetzbar sein: Durch die gute Transportfähigkeit könnte man die
26 überschüssige „Energie“ nach Bedarf speichern und über weite Strecken transportieren und dabei
27 eventuell schon bestehende Logistiknetzwerke (Schiene, Straße, Pipelines) sinnvoll weiter nutzen.
28 Zudem wird bereits die Einsatzfähigkeit von LOHC als Treibstoff in der Mobilität erforscht. Dadurch
29 könnte der Abschied von fossilen Treibstoffen beschleunigt werden. Zudem ist die Energiemenge
30 gemessen an dem Volumen des LOHC deutlich höher als bei komprimiertem Wasserstoff.

31 Zusammengefasst:

- 32 ▪ Überschüssige Energiemengen können durch die LOHC-Speichertechnik langfristig gespeichert
33 werden.
- 34 ▪ Durch große Windparks On- und Offshore prädestinierte Lage für Niedersachsen.

- 35 ▪ Forschung, Entwicklung und Bau von Anlagen nach Niedersachsen holen und fördern.
- 36 ▪ Bisherige Infrastruktur kann in großen Teilen weiter genutzt werden.
- 37 ▪ Grundlast im Energienetz kann gewährleistet werden.
- 38 ▪ Möglichkeit die Energiewende erfolgreich zu gestalten.

39 Eine erweiterte Forschung sowie die Installation von Anlagen, die Wasserstoff im großen Stil in LOHC
40 binden können, wird zukunftsweisend sein. Damit könnte Niedersachsen eine noch größere
41 Schlüsselrolle in der laufenden Energiewende einnehmen und durch emissionsfreie Produktionslinien
42 dabei helfen, die durch das Pariser Klimaabkommen gesteckten Klimaziele zu erreichen. Zudem bietet
43 diese Speichermethode eine mögliche sozialverträgliche Alternative zu bisherigen fossilen
44 Brennstoffen. Wenn es gelingen sollte, Wasserstoff als Energieträger für die Stromerzeugung und die
45 Mobilität zu etablieren, profitieren zum Schluss auch die Verbraucher*innen durch einen möglichst
46 schonenden und kostengünstigen Umstieg auf eine emissionsfreie Alternative.

U 5	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Silvesterknaller? Nein danke.**

2 Zukünftig soll es in Großstädten keine privaten Feuerwerke an Silvester mehr geben, sondern lediglich
3 zentrale, von der Stadt bzw. der Kommune organisierten.

4 **Begründung:**

5 Durch Feuerwerk entstehen in der Silvesternacht laut Umwelt Bundesamt etwa 4.500 Tonnen
6 Feinstaub. Diese Menge entspricht etwa 15 Prozent der jährlich im Straßenverkehr abgegebenen
7 Feinstaubmenge – und damit circa 2 Prozent aller Feinstaub Emissionen.

8 Darüber hinaus kommt es zu zahlreichen Verletzungen und Bränden, sowie zu nicht unerheblich viel
9 Müll. Diese Aspekte könnte man vermeiden, wenn es in Städten ein zentrales Feuerwerk gibt.

10

11

U 8	Antragsteller*innen:	KV Osnabrück Land
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Wölfe Abschießen? Ohne Uns!**

2 Wir begrüßen die Wiederansiedelung des Wolfes in unseren Gefilden. Für uns gehört der Wolf zur
3 hiesigen Natur und trägt seinen Teil zu einem funktionierenden Ökosystem bei. Deswegen kritisieren
4 wir die Rufe nach Abschussfreigaben des Wolfes und fordern dazu auf andere Wege und Mittel zu
5 finden, die Menschen und Nutztierherden vor Wölfen schützt. Konkrete Maßnahmen sind für uns
6 daher:

7 ▪ **Keine Jagd von Wölfen!**

8 Die Jagd von Wildtieren wird häufig damit begründet, dass die Überpopulation von Wildtieren
9 eine Gefahr für das betroffene Ökosystem. Die langjährige Abwesenheit von „großen“
10 Raubtieren führte dazu, dass einige Wildtiere keine natürlichen Feinde mehr hatten. Dadurch
11 wurde die Jagd des Menschen auf Wildtiere notwendig. Wir sehen den Wolf als wichtige
12 Komponente, damit wir wieder zurückkehren zu einer natürlichen Steuerung der
13 Wildtierpopulation. Eine gezielte Jagd zur Regulierung von Wölfen ist für uns daher nicht
14 akzeptabel.

15 ▪ **Mehr Geld für den Wolfsschutz!**

16 Ziel des Herdenschutzes muss es sein, dass Wölfe ohne letale Entnahme von gewerblich
17 genutzten Herden ferngehalten werden. Hier muss das Land Niedersachsen ein umfassendes
18 Projekt mit entsprechender finanzieller Ausstattung ins Leben rufen, die es ermöglicht Wölfe
19 auf natürliche Weise zu vergrämen. Die Entwicklung einer natürlichen Wolfsvergrämung ist für
20 uns ein wichtiges Mittel der Akzeptanz des Wolfes im hiesigen Ökosystem.

21 ▪ **Tötung muss unter Strafe bleiben!**

22 Wir erteilen der Forderung einer Straffreien Wolfstötung eine absolute Absage. Die
23 bestehenden Regeln müssen aufrecht erhalten bleiben. In Gebieten, in denen auffällig häufig
24 tote Wölfe aufgefunden werden, soll das Land zum Schutz der Tiere, regelmäßige Kontrollen
25 durchführen.

<h1>U 9</h1>	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Erdgas- und Erdölförderung in Niedersachsen sicherer,** 2 **umweltverträglicher, transparenter gestalten**

3 **Beteiligung der Öffentlichkeit und Grundstückseigentümer*innen**

- 4 ▪ Wir fordern die Landesregierung auf, einen Gesetzesentwurf zur Änderung des
- 5 Bundesberggesetzes in den Bundesrat einzubringen mit dem Ziel diesen durch eine
- 6 Gesetzesinitiative in den Bundestag einzubringen. Ziel der Änderung des Bundesberggesetzes
- 7 soll die Implementierung einer Öffentlichkeitsbeteiligung sein, bezüglich
- 8 Genehmigungsverfahren von Explorationen, Bohrmaßnahmen, Durchführungen von Fracking-
- 9 Maßnahmen sowie Bewilligungsverfahren für Betriebspläne (etc.)
- 10 ▪ Außerdem sollen von potentiellen Förderungsstecken/-stellen betroffene
- 11 Grundstückseigentümer*innen ein Vetorecht gegen neue Bohrungen auf ihrem Grundstück
- 12 erhalten.
- 13 ▪ Wie Lars Klingbeil (SPD), MdB, fordern wir umgehende Verhandlungen mit den
- 14 Erdgasunternehmer*innen, Trinkwasserversorger*innen und Naturschutzversorger*innen ein
- 15 Moratorium über die geplanten Erdgas und Erdölkundungen in den Landkreisen Osterholz,
- 16 Heidekreis, Verden, Rotenburg (Wümme) und Diepholz. Darüber hinaus fordern wir analog
- 17 weitere Verhandlungen für alle betroffenen Regionen bzw. Landkreise.

18 **Umweltverträglichkeitsprüfungen per sé**

- 19 ▪ Für jede neue Bohrung muss verpflichtend eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt
- 20 werden. (Aufnahme in Anlage 1 Liste "UVP-pflichtige Vorhaben" UVPG)
- 21 ▪ Außerdem müssen Umweltverträglichkeitsprüfungen für bestehende Fracks, die innerhalb der
- 22 von uns neu geforderten Abstandsregelungen für neue Bohrungen sich befinden, nachgeholt
- 23 werden. Bei einem negativen Resultat fordern wir eine Stilllegung des Förderstandorts.
- 24 ▪ Keine Bohrungen, Explorationen und Unterbohrungen von Trinkwasserschutz-,
- 25 Landschaftsschutz-, Trinkwassergewinnungs- und Naturschutzgebieten sowie in
- 26 Wassereinzugsgebieten von Trinkwasserschutz- und Trinkwassergewinnungsgebieten.
- 27 ▪ Zu diesen Punkten fordern wir dementsprechend eine Gesetzesinitiative der Landesregierung
- 28 mit den nötigen Änderungen im Wasserhaushalts- und Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz

29 **Abstandsregelungen für Erdgas-/ Erdölförderstätten von Siedlungen, Landschaftsschutz- und** 30 **Trinkwasserschutzgebieten**

- 31 ▪ Wir fordern die sofortige Stilllegung und den adäquaten Rückbau von Bohrungsstandorten in
- 32 Trinkwasserschutz- und Landschaftsschutzgebieten.

- 33 ▪ Neue Erdgasförderstandorte einen Mindestabstand von Siedlungen von 2 km einhalten.

34 **Kompromisslose Ablehnung von unkonventionellen Fracking**

- 35 ▪ Wir lehnen unkonventionelles Frackings jeglicher Art ab, d.h. wir fordern eine grundlegende
36 Änderung des Bundesfrackinggesetzes zum Verbot der momentan noch erlaubten
37 Testbohrungen nach unkonventioneller Frackingmethode.

38 **Beweislastumkehr für Schäden**

- 39 ▪ Wir fordern die Beweislastumkehr für Schäden. Danach ist vom jeweiligen
40 Gasförderunternehmen nachzuweisen, dass in (un)mittelbarer Nähe zu den betriebenen
41 Förderanlagen aufgetretene Schäden in der Umwelt, im Grund und Boden oder am Eigentum
42 anderer nicht ursächlich in der Gasförderung und in den damit verbundenen Maßnahmen,
43 einschließlich des Betriebens von Lagerstättenwasserleitungen und dem Verpressen von Flow-
44 Back. Gleiches gilt für aufgetretene Schäden bei Testbohrungen.
45 ▪ Die Gasförderunternehmen müssen sich dafür versicherungsrechtlich absichern oder
46 entsprechende Kauttionen für eventuell auftretende Schäden hinterlegen.

47 **Eindämmung der Erdölbohrungen mit Hinblick auf Einhaltung der Klimaschutzziele**

- 48 ▪ Mit Hinblick auf das Pariser Abkommen fordern wir die stufenweite Eindämmung neuer
49 Erdölbohrstandorte mit dem Ziel bis 2030 keine neuen Erdölbohrungen in Niedersachsen
50 durchzuführen. Hierbei fordern wir zur Sicherung von Arbeitsplätzen finanzielle Unterstützung
51 für die betroffenen Landkreise zur Schaffung hinreichender Umbildungsmaßnahmen für die
52 betroffenen Arbeitnehmer*innen

53 **Grundsätzliche Behandlung von Lagerstättenwasser und Kontrolle bei der Entsorgung**

- 54 ▪ Vor dem Hintergrund der angekündigten Entwicklung einer Technik zur Behandlung von
55 Lagerstättenwasser erwarten wir, anfallendes Lagerstättenwasser aus schon vorhandenen
56 Erdgasförderstätten vor der Verpressung mit dieser Technik zu behandeln, um eine
57 Gefährdung des Grundwassers und des Bodens auszuschließen. Hierbei fordern wir eine
58 Ausweitung der Kontrollen bei der Entsorgung des Lagerstättenwassers

59 **Schadstoffmessungen beim Abfackeln**

- 60 ▪ Sofern Abfackeln bei Erdöl-/ Erdgasanlagen, egal ob über Hochtemperaturfackeln oder kaltes
61 Abfackeln, nötig ist, sind zusätzlich, ständige Schadstoffmessungen der Abgasfahne des kalt
62 abgeblasenen Gasstromes vorzunehmen. Alle Messwerte müssen öffentlich zugänglich sein.

63 **Begründung:**

64 Ein kleines Dorf in der Rotenburgischen Geest am Rande der Lüneburger Heide verfügt nach letzten
65 Studien über die höchst gemessenen Krebsrate per Einwohner*innen in ganz Deutschland. Häufig
66 auftretend ist hierbei vor allem Blutkrebskrankungen bei Männern über 40 Jahren. Einwohner*innen
67 und die Wissenschaft vermuten die hohe Krebsrate in Bothel hat ihren Ursprung durch eine hohe
68 Benzolkontaminierung welche durch den Konsum durch Wildfleisch oder Pilzen aus den heimischen
69 Wälder stammt, Bothel liegt im Herzen des Erdgasfördergebietes Lüneburger Heide. In einen der
70 Bohrungsstandorte gab es Anfang der 2000er einen schweren Unfall, wo giftiges benzolhaltiges
71 Lagerstättenwasser in der von Bohrung umliegende Oberfläche austrat. Seit dem steigt die Krebsrate
72 massiv dort an. Bis dato sind bereits 14 Menschen an Folge der Krebserkrankungen verstorben. Der

73 Fall Bothel ist kein Einzelfall, denn auch an anderen aktuellen Standorten in Deutschland oder in
74 anderen Ländern, wie zum Beispiel den USA wird klar deutlich, wie schädlich diese Art von
75 Erdgasförderung und vorallem Fracking-Methode wirklich ist. Sowohl die Natur als auch der Mensch
76 haben unter diesem Wirtschaftszweig zu leiden. Das Ausmaß der schädlichen Substanzen, die
77 unkontrolliert austreten und unsichtbar für das menschliche Auge Luft und Wasser verschmutzen, sind
78 eine Gefahr für die Umwelt.

79 Problematisch ist vor allem, dass nicht sichergestellt werden kann, dass kein, mit für Mensch und
80 Umwelt gefährlichen Substanzen vermishtes, Lagerstättenwasser in nutzbare Grundwasserkörper
81 gelangt. Potentielle, aber eben nicht verhinderbare Schäden sind irreversibel und gefährden die
82 Nutzung des Grundwassers dauerhaft.

83 Gegenüber den Beispielfällen wie Bothel, hat die Regierung hat den Auftrag das Leben und die
84 Gesundheit der Menschen zu schützen und außerdem lebensnotwendige Ressourcen wie das
85 Grundwasser für die nachfolgenden Generationen zu sichern. Es kann nicht sein, dass der Gesetzgeber
86 kurzfristige wirtschaftliche Interessen über das Leben und die Gesundheit von Menschen stellt. Die
87 Menschen müssen durch eine verbesserte Gesetzgebung vor den Auswirkungen durch das Handeln
88 einzelner Unternehmen geschützt werden und diese müssen als Verursacher zur Verantwortung
89 herangezogen werden können.

90 Es ist unser Auftrag die Bewohner*innen des Landes zu schützen in dem die Auflagen verbessert
91 werden. Es kann nicht sein, dass diese Menschen keine Entschädigung bekommen, weil das Gesetz die
92 Unternehmen schützt und nicht die Bewohner*innen des Landes. Denn auch wenn diese Gesellschaft
93 Wirtschaft braucht, braucht sie noch mehr Gesundheit.

94 Die Pflicht des Gesetzgebers lebensnotwendige Ressourcen wie Grundwasser für die nachfolgenden
95 Generationen zu sichern und zu schützen kann ebenfalls nicht fahrlässig durch die Verfolgung
96 verhältnismäßig kurzfristiger wirtschaftlicher Interessen verletzt werden.

97 Erdöl und Erdgas sind zwar derzeit wichtige Brennstoffe für unsere Gesellschaft. Aber neben der
98 allgemeinen Bevölkerung sind andere Wirtschaftszweige wie die Landwirtschaft auf die Nutzung von
99 "gesundem" Grundwasser angewiesen.

100 Außerdem sind im Hinblick auf das Pariser Abkommen, dessen Einhaltung aktuell durch die betroffene
101 Generation bei den Fridays for Future gefordert wird, sollten wir vermehrt in die Innovation
102 erneuerbarer Energieträger investieren und nicht unsere Gesundheit und die Zukunft unserer Kinder
103 für veraltete Brennstoffe und deren Förderung opfern.

104

105

U 11	Antragsteller*innen:	UB Region Hannover
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Nachhaltiger in die Ferne - Verschärfung der CO2-Ausstoß-Abgabe**
2 **für Airlines bei EU weiten Flügen**

3 Airlines müssen für all ihre CO2-Emissionen CO2-Ausgleichs-Zertifikate erwerben.
4 Flugverkehrsgesellschaften sind bereits heute in das europäische System für CO2Zertifikate-Handel
5 eingebunden. So müssen alle Airlines für ihre CO2-Emissionen CO2Äquivalentzertifikate vorweisen,
6 jedoch müssen sie nur 15% ihrer CO2-Zertifikate erwerben. Den Rest bekommen sie von der EU
7 geschenkt. Dies reicht allerdings nicht aus, um das Klima nachhaltig zu schützen. Daher müssen
8 Fluggesellschaften zu 100% in die Pflicht genommen werden. Zudem soll eine europaweite
9 Kerosinsteuer eingeführt werden. Nur so werden Flugreisen und Klimaschutz vereinbar.

10 **Begründung**

11 Ein Flug von Deutschland nach New York setzt ca. 3,65 Tonnen CO2 pro Person frei. Dafür könnte eine
12 Person bei gleicher Emission ein Jahr lang Auto fahren oder 53 kg Rindfleisch essen. Flugverkehr hat
13 eine schlechtere Personenkilometerbilanz als Autofahren und setzt pro Kilometer sogar sechs Mal so
14 viel CO2 wie Bahnfahren frei. Der Flugverkehr hat mit 5% einen hohen Anteil an der globalen
15 Erwärmung, obwohl nur etwa 10% aller Weltbürger und Weltbürgerinnen jemals in einem Flugzeug
16 saßen. Damit reist ein kleiner, wohlhabender Teil der Gesellschaft auf Kosten des größeren und
17 ärmeren Teils. Dies ist in höchstem Maße unsolidarisch. Um dem entgegenzuwirken, müssen Airlines
18 stärker in die Pflicht genommen werden und Zertifikate zum ökologischen und sozialen Ausgleich
19 erwerben. Diese Zertifikate helfen dabei, soziale und ökologische Projekte zu finanzieren, die dem
20 Klimawandel entgegenwirken.

ANTRAGSBEREICH: **V - Verkehr**

V 9	Antragsteller*innen:	UB Verden
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Erlösung für unsere Straßen und Feen**

2 Wir fordern, dass wir unseren geforderten Umbruch in der Politik auch endlich auf den Straßenbau
 3 übertragen. Alle unsere Straßen sollen auf Feen-Felder und deren Schwingungen überprüft und neu
 4 gebaut werden, wenn sie durch Feen-Felder verlaufen. Auch fordern wir den Beruf als Feen-Feld-
 5 Überprüfer*in als anerkannten Ausbildungsberuf einzuführen.

6 **Begründung (nächste Seite):**

7 Feen sind (offensichtlich) kleine, niedliche und für uns äußerst wichtige Lebewesen. Sie gelten als
 8 glücksbringend und als wichtige Unterstützer*innen für gute Seelen der Menschen und helfen uns,
 9 wenn wir sie nicht stören, unser Karma positiv weiterzuentwickeln. Dieser Antrag hilft also auch im
 10 Hinblick auf den rauerer Umgang in unserer Gesellschaft und gegen den vielen Hass gegen Menschen.
 11 Da wir täglich solche Straßen benutzen, ohne viel darüber nachzudenken, ist es kein Wunder, wenn
 12 wir jeden Tag die schlechten Schwingungen übernehmen. Somit lässt sich durch die einfache Änderung
 13 des Straßenbaus unsere Gesellschaft retten.

14 Aufgrund der Macht, die die Feen über unser Karma haben, ist es auch nicht schwer zu erkennen, dass
 15 Politiker*innen, die für den Straßenbau verantwortlich sind, als besonders inkompetent in der
 16 Gesellschaft gesehen werden. So zum Beispiel der Bundesminister für Verkehr, Herr Scheuer. Da wir
 17 an einer guten Anerkennung von Politiker*innen interessiert sind, sollten wir dem armen Mann helfen
 18 und ihn auf das gravierende Problem der Feen-Felder und deren Macht über unsere Seelen und Karmas
 19 aufmerksam machen.

20 Der Lebensraum der Feen sollte ein höherer Stellenwert zugemessen werden, als der Ausbau unserer
 21 Infrastruktur. Durch den Bau von Straßen sind besonders ihre Lebensräume betroffen und bedroht.
 22 Sie sind besonders schützenswerte Lebewesen, deren Lebensraum wir mit unserer Lebensweise
 23 beschränken und zerstören. Dies ist ein ewiger Kreislauf ist und sich immer mehr auf die Feen und auch
 24 auf uns Menschen überträgt, da wir einem klarem Abhängigkeitsverhältnis leben.

25 Die Sicherheit der Bürger*innen wird durch den aktuellen Straßenbau sehr stark gefährdet, sie wird
 26 alleine schon dadurch verbessert, dass bei der Berücksichtigung der Interessen von Feen keine
 27 negativen Mächte mehr auf uns menschliche Bürger*innen wirken werden. Um solche Feen-Felder
 28 überhaupt erkennen zu können, muss der Beruf als Feen-Feld Überprüfer*in als anerkannter
 29 Ausbildungsberuf eingeführt werden. Bevor neue Straßen gebaut werden ist es wichtig, dass diese
 30 Abschnitte überprüft werden.

31 Viele Beispiele aus Irland zeigen, dass das Fällen der „Fairy-Bäume“ Unglück bringt. Menschen, die
32 diese gefällt hatten, erlitten beim Transportieren der abgeholzten Bäume, Unfälle. Aber auch auf den
33 Straßenabschnitten auf denen die natürlichen Feen-Felder gestört wurden, passieren auffallend viele
34 Unfälle. Besonders negative Schwingungen gibt es unserer Recherche nach in Lüneburg, wo es in
35 Niedersachsen die meisten Getöteten durch Verkehrsunfälle gibt. Nun ist es also auch sehr wichtig,
36 dass wir das an die Öffentlichkeit und an die SPD tragen, damit schnellstmöglich eine Veränderung der
37 aktuellen Straßenbau-Politik stattfindet.

38 Allein wegen der Sicherheit aller Menschen, der Rettung der Gesellschaft und unserer seelischen
39 Abhängigkeit ist es besonders wichtig, dass diesem Antrag zugestimmt wird, denn wir wollen uns
40 schließlich nicht für schlechte Karmas, Seelen und Autounfälle verantworten, wenn wir das wahre
41 Problem schon erkannt haben.

42

43

V 10	Antragsteller*innen:	Bezirk Braunschweig
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Verkehrswende jetzt!**

2 Die weiter steigenden Emissionen im Verkehrssektor belegen: Deutschland investiert nicht genug in
3 umweltschonende Verkehrs- & Transportmittel. Der aktuelle Bundesverkehrswegeplan von 2016
4 zementiert diesen Umstand, da weiterhin der größte Teil der Investitionen in den Straßenverkehr fließt
5 und die Schiene lediglich einen Anteil von 41% am Gesamtvolumen erhält. Angesichts der nationalen
6 und europäischen Klimaziele sowie den politischen Statements, mehr Verkehr auf die Schiene zu
7 verlagern, eine widersinnige Verkehrspolitik.

8 Wir brauchen eine ernst gemeinte Verkehrswende, mit entsprechenden Planungen und Investitionen.
9 Dabei kommt der Schiene, im Nah-, Güter- und Fernverkehr eine besondere Rolle zu.

10 **Schienepersonennahverkehrs (SPNV)**

11 Im Rahmen der Bahnreform trat 1994 das Regionalisierungsgesetz in Kraft, das die Verantwortung für
12 den SPNV schließlich 1996 vom Bund auf die Länder übertrug. In Nahverkehrsgesetzen wurde die
13 Organisation in den einzelnen Bundesländern geregelt. Einige Bundesländer übernahmen die
14 Bestellung des SPNV selber, in manchen wurden Kommunen und Zweckverbände mit der Bestellung
15 der Verkehrsleistungen beauftragt. In Niedersachsen wurden für die Großräume Hannover und
16 Braunschweig Kommunalverbände gegründet, für das übrige Land wurde die
17 Landeseisenbahngesellschaft LNVG eingerichtet.

18 Die Bundesländer erhalten vom Bund jedes Jahr sogenannte Regionalisierungsmittel, die sie für die
19 Bestellung des SPNV verwenden. Diese Finanzmittel werden nach einem festgelegten Schlüssel unter
20 den Bundesländern aufgeteilt. Der Großteil der Regionalisierungsmittel wird für die Begleichung der
21 Bestellerentgelte im SPNV verwendet. Der Restbetrag steht den Bundesländern für Schienen-
22 Infrastrukturmaßnahmen, Bestellung von Mehrverkehr oder für den allgemeinen ÖPNV (d.h.
23 Busverkehr) zur Verfügung. **Wir fordern unter dem Gesichtspunkt steigender Verkehrsleistungen,
24 auch nach bereits erfolgten Erhöhungen, eine weitere Aufstockung der Mittel.**

25 **Steigende Trassenpreise, Entgelte an DB Station & Service und wachsende Aufwände für Energie
26 machen eine kontinuierliche Erhöhung der Regionalisierungsmittel notwendig. Dem kann nur mit
27 einer Reduktion der Trassennutzungsgebühren durch Neuregelungen der Infrastrukturfinanzierung
28 entgegengewirkt werden.**

29 Die Aufgabenträger schreiben die zu erbringenden Leistungen europaweit aus und beauftragen
30 anschließend Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) wie die DB Regio und andere private EVU wie die
31 Westfalenbahn oder Metronom mit der Erbringung des Schienenpersonennahverkehrs. Neben der
32 Verkehrsleistung werden auch bestimmte Qualitätsmerkmale definiert, deren Erfüllung über Bonus-

33 Malus-Vereinbarungen sichergestellt wird. Für die zu erbringende Leistung erhält das EVU vom
34 Aufgabenträger ein Entgelt. Je nach Vertragsgestaltung behält das EVU die Fahrgeldeinnahmen
35 (Nettovertrag) oder reicht sie an die Aufgabenträger weiter (Bruttovertrag). Da **Bruttoverträge den**
36 **Vorteil haben, dass der Aufgabenträger bei steigenden Fahrgeldeinnahmen u.U. Leistungen**
37 **nachbestellen kann, sollte dies die bevorzugte Variante eines Verkehrsvertrags sein.**

38 **Durch die unterschiedliche Handhabung in den Bundesländern gibt es sehr viele Aufgabenträger, die**
39 **regions- und bundeslandübergreifend kooperieren müssen.** Beispielsweise waren an der
40 Ausschreibung des Elektronetz Niedersachsen-Ost (ENNO) drei Aufgabenträger beteiligt.

41 Für die Festschreibung von Sitzplatzkapazitäten und die geplante Ausstattung der Fahrzeuge müssen
42 vorab qualitativ hochwertige Verkehrserhebungen und -prognosen durchgeführt werden. Fehler in der
43 Fahrgastprognose senken die Qualität für viele Jahre drastisch, so führen zu wenige Türen zu längeren
44 Fahrgastwechselzeiten, die wiederum Verspätungen und damit eine niedrigere Betriebsqualität
45 bedeuten. **Die Sitzplatzkapazitäten sollten flächendeckend ausgeweitet werden, außerdem muss es**
46 **größere Mehrzweckbereiche geben, um eine größere Anzahl von Fahrrädern und Rollstühlen**
47 **transportieren zu können.** Da aufgrund von Zulassungsproblemen und häufigen „Kinderkrankheiten“
48 neue Fahrzeuge nicht immer zu Beginn des Verkehrsvertrages in ausreichender Zahl und Qualität zur
49 Verfügung stehen und es in Deutschland keinen Markt für gebrauchte Schienenfahrzeuge gibt,
50 versuchen einige Aufgabenträger dieser Entwicklung mit Fahrzeugpools, einer
51 Wiederezulassungsgarantie im nächsten Ausschreibungszeitraum oder der Bestellung standardisierter
52 Fahrzeuge entgegenzuwirken. **Ebenso sollten sich die Aufgabenträger für den im SPNV-Markt**
53 **angestrebten Flächentarifvertrag für Arbeitnehmer*innen stark machen und dies in die**
54 **Ausschreibungen mitaufnehmen.** Die Übernahme der Mitarbeiter*innen zu gleichen Konditionen ist
55 bei Ausschreibungen in Europa, mit Ausnahme von Deutschland, üblich.

56 **Schienenpersonenfernverkehr (SPFV)**

57 Im Gegensatz zum SPNV wird der Schienenpersonenfernverkehr heute eigenwirtschaftlich erbracht.
58 Bei einem Marktanteil von 99,9 % hat die Deutsche Bahn mit ihrer Tochtergesellschaft DB Fernverkehr
59 eine Monopolstellung, die dazu führt, dass sich die Deutsche Bahn grundsätzlich die Strecken
60 aussuchen kann, auf der sie Fernverkehr anbietet. Auf diesen kommt es dann oft zu unregelmäßigen
61 Angeboten, das heißt Taktlücken, eingeschränkten Verkehrstagen oder verkürzten Zügen. Die im
62 Grundgesetz verankerte Daseinsvorsorge vernachlässigt der Bund an dieser Stelle bis heute. Viele
63 große Städte wie Krefeld und Chemnitz hat die Deutsche Bahn in der Vergangenheit vom Fernverkehr
64 abgehängt.

65 Konkurrenten der Deutschen Bahn haben es schwer als Wettbewerber in den Fernverkehrsmarkt
66 einzusteigen, da es hohe Eintrittsbarrieren gibt: ein eingeschränkter Zugang zum Schienennetz, hohe
67 Trassen- und Stationsentgelte, aber auch die Publikation der angebotenen Verkehre, der
68 Fahrkartenvertrieb und sonstige tarifliche Schwierigkeiten wie die Anerkennung von Bahncards. Das
69 Beispiel des Hamburg-Köln-Express (HKX) zeigt die Bedeutung der tariflichen Integration: seit der HKX
70 den C-Tarif der Bahn anerkennt, sind die Fahrgastzahlen deutlich gestiegen.

71 Trotz der geplanten Fernverkehrsoffensive, den Fernverkehr also wieder stärker in die Fläche zu
72 tragen, **muss der Bund seine Infrastruktur unabhängig von den Interessen einzelner**
73 **Eisenbahnverkehrsunternehmen planen.** Ähnlich der Strategie „Bahn 2000“ in der Schweiz, die der
74 Bund und die Eisenbahninfrastruktur- und -verkehrsunternehmen gemeinsam entwickelt haben und

75 dabei die Kund*innen im Mittelpunkt sahen, müssen wir die deutsche Verkehrsplanung
76 weiterentwickeln. Dazu gehört, einen **kundenorientierten Fernverkehrsplan zu entwickeln, der ein**
77 **gesetzlich vorgeschriebenes Mindestangebot im SPFV enthält.**

78 Um ferner die Akzeptanz des Schienenfernverkehrs zu erhöhen, ist es notwendig, die **Mehrwertsteuer**
79 **auch für den Fernverkehr** von 19% auf 7% zu senken und somit die Auslastung der Züge zu verbessern.

80 **Grenzüberschreitender Schienenverkehr**

81 In Europa existieren viele historisch gewachsene nationale Bahnsysteme, die sich in der Spurweite,
82 dem Lichtraumprofil, dem Stromsystem oder den Zugbeeinflussungs- & Sicherungssystemen
83 unterscheiden und damit einen grenzüberschreitenden Bahnverkehr behindern. So ist bei
84 internationalen Zügen meistens ein Lokwechsel im jeweiligen Grenzbahnhof nötig, in besonders
85 schwierigen Fällen müssen Fahrgäste umsteigen oder Güter umgeladen werden. Aufwändige nationale
86 Zulassungsverfahren erschweren die Verwendung von Mehrsystemfahrzeugen, die auf verschiedenen
87 Bahnnetzen verkehren können. Nicht abgestimmte technische Systeme, bspw. optisch ähnliche
88 Signalbegriffe mit national vollkommen unterschiedlicher Bedeutung oder eine nicht identische
89 Bemessung von Bremswegen, tragen dazu bei, dass grenzüberschreitender Schienenverkehr
90 ineffizient und teuer ist und darüber hinaus ein Sicherheitsrisiko darstellt.

91 Durch die Umsetzung des europäischen Binnenmarktes und der wachsenden wirtschaftlichen
92 Verbindungen sind das Transportaufkommen und die Wettbewerbsintensität im
93 grenzüberschreitenden Verkehr in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen. Heute ist
94 annähernd die Hälfte des europäischen Schienengüterverkehrs (SGV) dem grenzüberschreitenden
95 Verkehr zuzuordnen. Durch die Globalisierung wird eine weitere Konzentration des SGV auf
96 langlaufende nationale und internationale Verbindungen prognostiziert, was im Grunde auch dem
97 Systemvorteil schienengebundenem Verkehrs entspricht. Jedoch offenbart sich hier, wie sehr der
98 Schienenverkehr im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern benachteiligt wird. Insbesondere die
99 Qualität des SGV kann immer weniger mit dem Straßengüterverkehr mithalten. Durchschnittliche
100 (Fahrplan-)Transportgeschwindigkeiten von unter 20 Stundenkilometern, durch Grenzaufenthalte
101 induzierte Verspätungen, mangelnde zeitliche Flexibilität, sowie unklare Zuständigkeiten führten dazu,
102 dass der Verkehrsleistungsanteil des SGV am gesamten Gütergrenzverkehr in den letzten Jahrzehnten
103 deutlich zurückgegangen ist.

104 Die Europäische Union hat sich daher bereits in den 1980er Jahren das Ziel gesetzt, wesentliche
105 Elemente des europäischen Schienenverkehrs zu vereinheitlichen. Das elementare Ziel der
106 europäischen Politik zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Schienenverkehrsmarktes ist,
107 zwischen den nationalstaatlichen Netzen für Interoperabilität zu sorgen. Also einer
108 Verknüpfungsqualität, die einen nahtlosen Übergang an den Schnittstellen ermöglicht. Um dies zu
109 erreichen, wurden die TSI (Technischen Spezifikationen für die Interoperabilität) eingeführt, mit deren
110 Hilfe grundlegende Anforderungen an die Fahrzeuge und die Infrastruktur festgelegt werden. Des
111 weiteren wurden umfangreiche Richtlinien-Pakete verabschiedet, welche die rechtliche Basis für einen
112 freien Netzzugang schufen (Marktöffnung, intramodaler Wettbewerb) und die Eisenbahnsicherheit
113 erhöhten.

114 Einen Schwerpunkt der von der EU geförderten Forschungen bildet die Entwicklung des europäischen
115 Betriebsleit- und Informationssystems ERTMS (European Rail Traffic Management System), dessen

116 Bestandteil **ETCS (European Train Control System)** als europäischer Nachfolger der nationalen
117 Signalsysteme etabliert werden soll. **Dieses muss rasch flächendeckend installiert werden.**

118 Die Bilanz dieser Bemühungen ist jedoch ernüchternd, wichtige (Güter-)Transitländer wie Deutschland
119 haben ihre grenzüberschreitenden Verbindungen trotz steigendem Verkehrsaufkommens nur
120 marginal ausgebaut. Die bisherigen Investitionen haben kaum mehr als den Erhalt der bisherigen
121 Infrastruktur ermöglicht. Dabei ist das Potenzial der Schiene bei weitem noch nicht ausgeschöpft und
122 muss mittels **erhöhter Investitionen und Planungskapazitäten** gehoben werden. Neben den
123 bestehenden Strecken brauchen wir ferner **mehr grenzüberschreitende Strecken**, um etwa dem
124 Flugverkehr Marktanteile abzunehmen.

125 **Integraler Taktfahrplan im Schienenverkehr**

126 Um den Schienenverkehr grundlegend zu verbessern, bedarf es einer **anderen Planungsphilosophie**
127 **wie bisher**. Wurde Infrastruktur aus- oder neugebaut, so wurde erst anschließend versucht, auf dieser
128 bereits gebauten Infrastruktur einen Fahrplan zu konstruieren.

129 Am Beispiel Schweiz zeigt sich, dass es deutlich mehr Sinn macht, vom gewünschten Ergebnis aus zu
130 planen. Man muss sich also Gedanken machen, welche Reisezeit man zwischen zwei Knotenbahnhöfen
131 erreichen muss, um an beiden Bahnhöfen optimale Anschlüsse zu generieren.

132 Dieses Konzept nennt man Integraler Taktfahrplan. Dabei erreichen die Züge etwa gleichzeitig einen
133 Knotenbahnhof in regelmäßigem Takt und bieten dort innerhalb eines kurzen Zeitfensters von 5-15
134 Minuten Anschlüsse in alle Richtungen bevor sie diesen wieder verlassen.

135 Die deutsche Bundesregierung hat 2017 eine Studie veröffentlicht, die einen deutschlandweiten
136 integralen Taktfahrplan („Deutschland-Takt“) grundsätzlich für machbar hält. Im Koalitionsvertrag der
137 aktuellen, im März 2018 gebildeten Bundesregierung heißt es: „Wir werden die Umsetzung des
138 Deutschlandtakts vorantreiben. Die dafür vorgesehenen Aus- und Neubaumaßnahmen wollen wir
139 bevorzugt realisieren. Unser Ziel ist, vertakteten Fernverkehr auf der Schiene deutlich zu stärken, das
140 beinhaltet auch eine Ausweitung des Angebots auf größere Städte und Regionen, so dass mehr
141 Menschen von Direktverbindungen im Fernverkehr profitieren.“

142 Eine einseitige Betrachtung des Fernverkehrs darf es nicht geben, nur **durch eine integrierte**
143 **Betrachtung von Nah-, Güter- und Fernverkehr lässt sich ein sinnvoller Taktfahrplan erreichen.**

144 **Nachhaltiger Infrastrukturausbau**

145 Ein wesentliches Ziel von Nachhaltigkeit ist die **Reduzierung des Flächenverbrauchs**. Während für
146 Straßen viel Platz benötigt wird, kommen Bahnstrecken oft mit deutlich weniger Fläche aus. Unser Ziel
147 sind mehr Bahnstrecken, die entsprechend dem Integralen Taktfahrplan ausgebaut werden. Der
148 Tunneleinsturz bei Rastatt im August 2017 hat eindrücklich gezeigt, welche großen Probleme fehlende
149 Ausweichstrecken verursachen. Deshalb müssen diese in künftigen Bundesverkehrswegeplänen bzw.
150 Kosten-Nutzen-Untersuchungen berücksichtigt werden.

151 Mit Blick auf die Zukunft wird die Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe deutlich sinken, deshalb benötigen
152 wir vor allem **mehr elektrisch befahrbare Bahnstrecken**. Der aktuelle Elektrifizierungsgrad liegt in
153 Deutschland lediglich bei gerade einmal 60%, die restlichen Strecken werden fast ausnahmslos mit
154 Dieselloks und -triebwagen befahren. Effektive Baumaßnahmen erfordern eine **Beschleunigung der**
155 **bisweilen langwierigen Planungs- und Bauphasen von Infrastrukturprojekten**. Bei diesen ist im

156 weiteren Verlauf darauf zu achten, dass auch **infrastrukturseitig größere Kapazitäten** eingeplant
157 werden. Vielerorts sind mehr Gleise und vor allem längere Bahnsteige notwendig. Damit ein großer
158 Ausbau des deutschen Bahnnetzes gelingen kann, muss der bisherige Sparzwang und die
159 Investitionszurückhaltung aufgegeben werden. **Die Verstaatlichung des deutschen Bahnnetzes ist ein**
160 **wichtiger Beitrag, um eine angemessene und umweltschonende Verkehrsinfrastruktur vorzuhalten.**

161 Ebenso wichtig ist für uns, die **Privatisierung von Autobahnen zu vermeiden**, da dies lediglich zu
162 steigenden Kosten für die Allgemeinheit führt, wie uns bereits einige Beispiele gelehrt haben. Auch
163 hier kommt es darauf an, die Mittel möglichst effektiv einzusetzen und im Vorfeld den **Planungs- und**
164 **Genehmigungsaufwand zu reduzieren.**

165 **Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)**

166 Vor allem in größeren Städten ist der ÖPNV unverzichtbar geworden. Regionalzüge, Straßenbahnen,
167 Busse und U-Bahnen können dort ihren Systemvorteil als Massentransportmittel voll entfalten. In
168 **dichtem Takt verkehrende und gut miteinander vernetzte Verkehrsmittel** bilden eine echte
169 Alternative zum motorisierten Individualverkehr.

170 Aber auch in weniger dicht besiedelten Gegenden ist der ÖPNV eine ernstzunehmende Alternative,
171 sofern gewisse Kriterien erfüllt sind. Gerade in Tagesrandzeiten unterliegt man einem subjektiven
172 Gefühl der Unsicherheit, mangelnde Anschlüsse, fehlende Beleuchtungen und verlassene Haltestellen
173 tragen dazu bei. Der Staat muss hier seiner Aufgabe der Daseinsvorsorge nachkommen und Mobilität
174 für alle gewährleisten. **Ein dichterer Takt, ausgeweitete Betriebszeiten, mehr Kundenservice mit**
175 **Ansprechpartnern vor Ort, gute Beleuchtung, sichere Anschlüsse, mehr Direktverbindungen und**
176 **sauberen Haltestellen und Verkehrsmittel** machen den ÖPNV insgesamt attraktiver.

177 Auch wenn der ÖPNV nicht überall kostendeckend betrieben werden kann, steht für uns der Mensch
178 im Mittelpunkt. Wir wollen eine **verstärkte Ausrichtung nach den tatsächlichen Kundenbedürfnissen**
179 erreichen. Um die finanziellen Defizite dennoch zu begrenzen, soll in sehr dünnbesiedelten Gegenden
180 verstärkt über Anrufsammeltaxis, Anruflinientaxis oder Kleinbusse nachgedacht werden. **Das Ziel muss**
181 **sein, jeden Ort in Deutschland mit dem ÖPNV regelmäßig erreichbar zu machen.**

182 **Höhere Investitionen in die Erforschung von alternativen Energiekonzepten** sind notwendig, um auch
183 den straßengebundenen Verkehr umweltschonend zu gestalten. Diese Forschungen sollten jedoch
184 möglichst technologieoffen erfolgen. Langfristig müssen alle auf fossilen Energieträgern basierenden
185 Verkehrsmittel zwingend ersetzt werden, dies kann zum Beispiel durch Elektrobusse mit integrierter
186 Feststoffbatterie oder Brennstoffzellenantriebe erfolgen.

187 **Motorisierter Individualverkehr (MIV)**

188 Da das Mobilitätsbedürfnis der Menschen kontinuierlich wächst, ist auch der PKW-Verkehr weiterhin
189 von Bedeutung. Jedoch müssen diesem angesichts seiner vielfältigen Nachteile Grenzen gesetzt
190 werden. Dies gilt ebenso dem Lkw-Verkehr, der schon seit Jahren erfolglos auf die Schiene verlagert
191 werden soll. Zunehmend schwerere und längere Straßengütertransporte verursachen infolge höherer
192 Belastungen der Straßen und Brücken vermehrt Schäden, die aufwendig repariert werden müssen.
193 Immer mehr Brücken müssen sogar komplett ersetzt werden.

194 Aber auch eine **Reduzierung des ruhenden Verkehrs**, das heißt der parkenden Fahrzeuge, wird
195 vielerorts deutliche Verbesserungen erzielen. Straßenflächen, die in großer Menge und oft ungenutzt
196 vorgehalten werden sowie geplante Straßenverkehrsflächen wie Ortsumgehungen, können zukünftig

197 anderweitig nutzbar gemacht werden, dies könnte Wohnungsmangel vorbeugen und mehr Raum für
198 die Landwirtschaft schaffen. Nichtsdestotrotz erachten wir es als notwendig, die **Verknüpfung mit den**
199 **öffentlichen Verkehrsmitteln zu verbessern und mehr Park-and-Ride-Plätze anzubieten.**

200 Neben dem Platzbedarf sprechen auch noch weitere Gründe für dringend notwendige Veränderungen.
201 Verkehrssicherheit beschäftigt viele Menschen. Erwiesenermaßen ist das Risiko, im Straßenverkehr zu
202 verunfallen, deutlich höher als bei allen anderen Verkehrsmitteln. Besonders die hohen
203 Geschwindigkeiten auf vielen Autobahnen sind ein großes Sicherheitsrisiko und fördern einen
204 erhöhten Schadstoffausstoß sowie mehr Lärm. **Wir fordern deshalb eine**
205 **Geschwindigkeitsbegrenzung auf allen deutschen Autobahnen.**

206 **Fahrradverkehr**

207 Das Fahrrad ist für uns ein elementarer Bestandteil der Verkehrswende, denn er kommt allen
208 Menschen zugute, auch denjenigen, die überwiegend das Auto nutzen oder zu Fuß gehen. Radverkehr
209 ist als umweltfreundlicher Verkehr weder mit Lärm noch mit schädlichen Emissionen verbunden und
210 sein Flächenbedarf ist gering. Zusammen mit dem ÖPNV und dem Fußverkehr bietet er die Möglichkeit,
211 insbesondere die Innenstädte vom Kraftfahrzeugverkehr und damit vom Stau sowie von Schadstoffen
212 und Lärm zu entlasten. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden Städte, Gemeinden und Regionen mit
213 hohen Radverkehrsanteilen meistens als besonders lebendig und lebenswert bewertet. Dafür müssen
214 Fahrräder jederzeit verfügbar sein. Das wollen wir u.a. durch **verstärktes Bikesharing** erreichen. Nur
215 wem schnell, unbürokratisch und günstig ein Fahrrad zur Verfügung steht, zieht es als alternatives
216 Verkehrsmittel in Betracht.

217 Die Abstellung und Verwahrung von Fahrrädern muss deutlich verbessert werden. Unhaltbare
218 Zustände wie die am Braunschweiger Hauptbahnhof schaden der Attraktivität der Stadt und machen
219 das Radfahren insgesamt unattraktiv. Unsere Devise lautet daher: **Mehr Fahrradständer, -boxen oder**
220 **-häuser**, je nach Standort eine Kombination verschiedener Varianten und diese **möglichst in direkter**
221 **Nähe zu Bus und Bahn.** Da inzwischen immer mehr E-Bikes auf unseren Straßen unterwegs sind, sind
222 zukünftig auch **Lademöglichkeiten an Abstellanlagen und weiteren wichtigen Plätzen** vorzuhalten.

223 Städte und Gemeinden sollten ganzheitliche Ansätze in Betracht ziehen und
224 **Verkehrsentwicklungspläne erstellen**, in denen der Radverkehr eine prominente Stellung einnimmt.
225 Innerhalb dieses Prozesses ist ein **Radverkehrsplan zu erstellen**, um den Bedarf an zusätzlichen oder
226 auszubauenden Strecken zu ermitteln. **Neben zusätzlichen Fahrradwegen bzw. Fahrradschnellwegen**
227 **ist es eminent, diese laut aktueller Richtlinien ausreichend breit und barrierefrei zu errichten.** Dies
228 gilt im Übrigen besonders im Bereich von Kreuzungen, um Unfällen vorzubeugen. Weiter wird eine
229 **gute Beleuchtung und Beschilderung der Wege** als notwendig erachtet.

ANTRAGSBEREICH: **INI** - Initiativanträge

Ini 1	Antragsteller*innen:	Landesvorstand
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Resolution: Kein Fußbreit dem rechten Terror!**

2 Am 2. Juni 2019 wurde der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke zuhause durch einen
3 Kopfschuss brutal ermordet. Die Tat wird von der Bundesanwaltschaft aktuell als Attentat mit
4 rechtsradikalem Hintergrund eingestuft. Der Täter hat seine Tat bereits gestanden und dort den
5 rechten Hintergrund bestätigt. Doch dieser Fall ist nur die erneut sichtbar werdende Spitze des
6 Eisbergs von Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik, dessen Abwehr spätestens seit dem
7 Bekanntwerden der Mordserie des NSU eine unserer vordringlichen Aufgaben hätte werden müssen.
8 Doch was vielerorts wirklich passierte war ein Erstarren nationalistischer, fremdenfeindlicher Kräfte,
9 wie der AfD, die mit ihrer Sprache solche Taten erst immer weiter in die Sphären des Machbaren
10 gerückt haben.

11 Die Liste der Gewalttaten und Morde, die Rechtsradikale dabei alleine in den letzten Jahren über uns
12 gebracht oder zumindest geplant haben, ist lang und vielfältig. Teils richteten sich gegen vermeintliche
13 "Ausländer*innen", Andersdenkende, gesellschaftlich Engagierte, gegen Repräsentant*innen des
14 Staates oder wer auch immer nicht in das Weltbild rechtsradikaler Ideologie passt. Ein Motiv ist dabei
15 in den letzten Jahren immer präsent: der Hass auf die, die zu uns kamen oder die, die sich für sie
16 einsetzten. Der Messerangriff auf die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker im Oktober 2015
17 zeigt das, der Amoklauf des 18-jährigen Schülers David S. im Juli 2016 in München, bei dem er neun
18 Menschen tötete, zeigt das, aber auch die Morddrohungen in den Jahren 2018 und 2019 mutmaßlich
19 aus Kreisen der Frankfurter Polizei gegen die Anwältin Seda Basay-Yildiz, die unter anderem mehrere
20 Opfer des NSU vertrat, zeigen das. Alleine seit 1990 zählt die Amadeu-Antonio-Stiftung mittlerweile
21 196 Todesopfer rechter Gewalt. Das BKA nur 83.

22 Aber auch davor hat der Rechtsterrorismus Tradition in der Bundesrepublik. Angefangen bei
23 ehemaligen Nazis, die nach dem Krieg unter anderem den Bürgermeister von Aachen ermordeten, das
24 Attentat auf Rudi Dutschke 1968 durch einen Neonazi, das Oktoberfest-Attentat im September 1980
25 begangen von einem Mitglied der Wehrsportgruppe Hoffmann, das Attentat auf Schlomo Levi und
26 Frieda Poeschke, tödliche Brandanschläge auf Geflüchtetenunterkünfte, Schießereien in Nachtclubs.
27 Die Liste ist zu lang, um sie komplett hier niederzuschreiben. Hinzu kommen noch bewaffnete
28 Wehrsportgruppen, angelegte Waffendepots und geführte Todeslisten. Seit Beginn der
29 Bundesrepublik waren und sind solche Gruppen aktiv, treffen sich in Osteuropa oder in entlegenen
30 Ecken der Bundesrepublik, um den Ernstfall zu trainieren. Den bewaffneten Kampf gegen alles und

31 jede*n der Ihnen im Weg steht. Die Erkenntnisse zum Netzwerk von Hannibal, dem Verein Uniter und
32 der Gruppe Nordkreuz sind dafür nur aktuelle Beispiele.

33 Dabei kämpfen wir nicht nur in der Bundesrepublik gegen rechte Umtriebe. Symbolisch steht dafür
34 eine Tat andernorts in Europa, die sich im Juli 2011 ereignete und die viele von uns bis heute sprachlos
35 zurücklässt: Die Ermordung von 67 norwegischen Jungsozialist*innen bei einem Sommercamp auf der
36 Insel Utøya durch den Rechtsterroristen Anders Behring Breivik. Oder auch Brenton Tarrant, der sich
37 auf Breivik berief, und im März dieses Jahres in Christchurch auf Neuseeland 51 Menschen bei einem
38 Anschlag auf zwei Moscheen erschoss.

39 Für uns sind all das keine Einzelfälle, sondern ein konkreter und teils koordinierter Angriff auf unsere
40 Demokratie und unsere vielfältige Gesellschaft! Ein weites Netzwerk rechtsradikaler Organisationen
41 und Gruppen, bestens vernetzt durch Treffen am Rande von Rechtsrock-Konzerten, Kampfsport-
42 Veranstaltungen oder Demonstrationen oder über das Internet. Neben persönlichen Austausch
43 werden hier ideologische Schriften rezipiert von rassistischen Konzepten, über
44 Verschwörungstheorien bis hin zu strategischen Anleitung wie man eine Terrorzelle betreiben solle.
45 All das trägt zusammen mit einem parlamentarischen Arm rechter Ideologien in vielen Ländern zur
46 weiteren Radikalisierung bei, die nicht Halt macht vor staatlich Institutionen wie Polizei, Bundeswehr
47 oder Verfassungsschutz. Das beste Beispiel hierfür ist der ehemalige Chef des Bundesamtes für
48 Verfassungsschutz, der mittlerweile an einem Bündnis von Union und AfD schmiedet und dabei die
49 SPD als linksradikal bezeichnet. Angesichts seines Amtsantrittes nach der Selbstenttarnung des NSU,
50 der verbunden war mit der Aufgabe die Fehler aufzuarbeiten, muss dieser Überprüfungsprozess
51 wiederholt werden.

52 Als Jusos sehen wir uns dabei gerade auch in unserer historisch gewachsenen Verantwortung und
53 verurteilen all diese bekannten, aber auch die (noch) unbekannt Taten aufs Tiefste und wollen uns
54 den Feind*innen unseres demokratisch verfassten Rechtsstaates entschlossen entgegenstellen.

- 55 ▪ Wir fordern eine lückenlose Aufklärung der Ermordung Lübckes um insbesondere etwaige
56 Verstrickungen zwischen dem Tatverdächtigen und organisierten rechtsradikalen Strukturen,
57 wie beispielsweise Combat 18 aufzudecken. Angesichts der offensichtlichen
58 Ermittlungsspannen und Versäumnisse der Sicherheitsbehörden im NSU-Komplex unterstützen
59 wir die Forderung des Generalbundesanwalts Peter Frank mit dem Ende des NSU-Prozesses
60 keinen Schlussstrich unter die Aufklärung zu ziehen. Daher bekräftigen wir unsere Forderung
61 nach einer transparenten und lückenlosen parlamentarische Aufklärung des NSU-Komplexes.
62 Die Sicherheitsbehörden dürfen ihr Eigenleben nicht mehr fortführen, sondern müssen
63 demokratische Kontrolle ermöglichen und nicht verhindern.
- 64 ▪ Während wir anerkennen, dass es in den Verfassungsschutzbehörden, Bestrebungen eines
65 Kulturwandel als Reaktion auf den NSU gab, gibt es weiterhin die Notwendigkeit u.a.
66 grundsätzlich den Einsatz von V-Leuten zu diskutieren. Mindestforderung ist daher eine
67 Überprüfung der in den Verfassungsschutzbehörden Beschäftigten auf eine rechtsradikale
68 Einstellung. Fälle wie unter anderem des Oberstudienrats Björn Höcke zeigen aber auch, dass
69 bei Verstößen gegen die Werte des Grundgesetzes ein konsequentes Vorgehen von Nöten ist.
- 70 ▪ Es muss eine lückenlose Prüfung der Methoden der Sicherheitsbehörden gegenüber
71 rechtsradikaler Kräfte geben, um die These zu widerlegen, dass die Sicherheitsbehörden rechte
72 Gruppen zeitweise gewähren lassen wurden, um aus ihrem Verhalten zu lernen. Falls diese

73 Strategie angewendet wurde ist sie unverzüglich durch ein hartes Durchgreifen gegen die
 74 Gruppen und Akteure zu beenden.

- 75 ■ Während sich Bundesinnenminister Horst Seehofer erst jetzt der echten Gefahr des
 76 Rechtsradikalismus bewusst wird, zeigt die Fehleinschätzung der Gewaltbereitschaft
 77 Rechtsradikaler in der Vergangenheit aber, dass eine grundlegende Neubeurteilung
 78 ■ auch vergangener Gewalttaten – notwendig ist. Ergänzend fordern wir eine selbstkritische
 79 Überprüfung der Ermittlungsergebnisse in den von Journalist*innen und von
 80 zivilgesellschaftlichen Organisation benannten Fällen.
- 81 ■ Um der großen Verantwortung, welche die Strafverfolgungsbehörden bei der
 82 Ermittlungsarbeit haben, gerecht zu werden, fordern wir eine Sensibilisierung und Schulung
 83 der Mitarbeitenden in Strafverfolgungsbehörden gegenüber rechter Gewalt. Dies kann durch
 84 die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt werden. Wir fordern ein
 85 klares und nachdrückliches Bekenntnis zum Grundgesetz und gegen Faschismus.
- 86 ■ Die Gewalt fußt dabei auf einem rhetorischen Fundament, welches durch rechte Vordenker
 87 wie dem “Institut für Staatspolitik” mit dem Verlag “Antaios”, der AfD, aber auch Teilen der
 88 Union, wie der “Werteunion” gelegt wird. Wir müssen wieder klar machen, dass nicht jede
 89 Äußerung von rechts in den demokratischen Diskurs gehört und gleichberechtigt diskutiert
 90 werden sollte. Wir müssen klar machen, wo die Meinungsfreiheit endet und rechte Hetze
 91 beginnt. Nur so werden wir unsere Grundwerte verteidigen können: als echte wehrhafte
 92 Demokratie.

93

Ini 2	Antragsteller*innen:	UB Göttingen
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

1 **Resolution: Solidarität mit der Sea-Watch**

2 Am 12. Juni rettete die Seawatch 3 mit ihrer Crew das Leben von 53 Menschen in internationalem
 3 Gewässer vor der lybischen Küste und machte sich auf den Weg zum nächsten sicheren Hafen,
 4 Lampedusa. 11 Menschen wurden aus medizinischen Gründen evakuiert, 40 andere mussten bis zum
 5 heutigen Morgen mehr als zwei Wochen bei unsagbar schlechten Bedingungen auf dem Schiff bleiben. Ein
 6 beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gestellter Eilantrag auf einstweiligen Rechtsschutz,
 7 wurde am 25. Juni abgelehnt. Infolge dessen und trotz des Verbots der italienischen Regierung, der
 8 drohenden Strafe in Höhe von 10.000€-50.000 €, der möglichen Beschlagnahmung des Schiffs und einer
 9 drohenden Anklage hatte sich die Seawatch 3 in Richtung eines sicheren Hafens in Italien gemacht. Im
 10 Zuge dessen erklärte Italiens stellvertretender Ministerpräsident Matteo Salvini die Kapitänin der
 11 Seawatch drei, Carola Rackete zur “Hauptfeindin”. Ihr droht ein Ermittlungsverfahren. Aktuell ist sie in
 12 Hausarrest genommen worden.

13 Für uns ist klar, dass Europa nicht weiter zusehen darf, wie Menschen im Mittelmeer ertrinken. Wir Jusos
 14 solidarisieren uns daher mit der Crew und den Geflüchteten der Seawatch 3. Als sozialdemokratisch
 15 regiertes Bundesland sollte Niedersachsen vorangehen und der Bundesregierung seine Bereitschaft zur
 16 Aufnahme der von der „Sea-Watch 3“ geretteten Geflüchteten aussprechen, so dass diese ohne
 17 Verzögerung erfolgen kann, nachdem die Menschen heute Morgen an Land gegangen sind. Dies auch vor

18 dem Hintergrund, dass Carola Rackete, die Kapitänin des Rettungsschiffes, Niedersächsin ist. Sie lebt in
19 der Gemeinde Hambühren im Landkreis Celle. In Solidarität mit ihr und den Menschen auf der Flucht
20 sollte sich das Land Niedersachsen dafür einsetzen, den Geflüchteten bei sich Schutz gewähren zu
21 können.

22 Wir fordern deshalb die Niedersächsische Landesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, die in den
23 letzten Wochen auf der „Sea-Watch 3“ festgesetzten Geflüchteten in Niedersachsen aufzunehmen.

24 Sozialdemokratische Asylpolitik bedeutet für uns uneingeschränkte Solidarität mit Geflüchteten. Konkret
25 bedeutet das neben den oben genannten Punkten, dass wir uns von menschenverachtenden
26 Restriktionen wie dem sogenannten „Geordnete-Rückkehr“-Gesetz distanzieren. Dies erwarten wir auch
27 von unseren Abgeordneten.

<h1>Ini 3</h1>	Antragsteller*innen:	UB Cloppenburg
	Weiterleitung:	
	<input type="checkbox"/> Angenommen <input type="checkbox"/> Abgelehnt <input type="checkbox"/> Überwiesen an:	

- 1 **Unterstützung des offenen Briefes „Diskriminierung ist keine**
- 2 **Befindlichkeit, sondern ein strukturelles Problem“**
- 3 Hiermit unterstützen wir die Forderungen des Offenen Briefes „Diskriminierung ist keine
- 4 Befindlichkeit, sondern ein strukturelles Problem“ zu dem Vorfall beim Campusfest der Universität
- 5 Hildesheim und dessen Forderungen